

Sascha Stanicic

Welcher Weg zum Sozialismus?

*eine kritische Auseinandersetzung
mit Theorie und Praxis von Linksruck*

SAV

***Sozialistische
Alternative***



*Mitgliedspartei im
Komitee für eine
Arbeiterinternationale
(CWI/KAI)*

Erste Auflage, Juni 2001

Umschlaggestaltung & Satz: Holger Dröge

Druck: Wiesjahn Satz- und Druckservice, Berlin

Herausgeber und Vertrieb:
Sozialistische Alternative (SAV), Berlin

Nachbestellungen der Broschüre bei:
SAV, Littenstraße 106/ 107, 10179 Berlin
Tel. (030) 24723802, Fax (030) 24723804
email: info@sav-online.de
Internet: www.sav-online.de

Einzelexemplare zuzüglich 2 DM Porto und Versand

Bankverbindung:
Vorab
Kontonummer: 2500 59 - 430
Postbank Essen
BLZ 360 100 43

Inhaltsverzeichnis

Warum diese Broschüre über Linksruck?_____	2
Bündnisarbeit, Einheitsfront und die antikapitalistische Bewegung_____	5
SPD, PDS und neue Arbeiterpartei_____	14
Eine Strategie für Betriebe und Gewerkschaften?_____	21
Welche Aufgaben hat die antifaschistische Bewegung? oder: Was ist eigentlich eine antifaschistische Einheitsfront?_____	24
Das Programm oder: Was für ein Programm?_____	30
MarxistInnen im Klassenkampf_____	34
Zum Aufbau einer revolutionären Organisation_____	38
Die Staatskapitalismustheorie_____	41
Schlussbemerkung_____	51

Warum diese Broschüre über Linksruck?

„Ein Gespenst geht um in der Welt - das Gespenst einer neuen Jugendbewegung. Alle Mächte der alten Welt haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet, der IWF und die WTO, die Bild-Zeitung und die CDU, sozialdemokratische FührerInnen und Polizisten.“ – so könnte, in Anlehnung an das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels, eine Deklaration zur weltweiten Bewegung gegen Neoliberalismus und Globalisierung beginnen. Seit den Massenprotesten gegen die Tagung der Welt Handelsorganisation WTO in Seattle im Herbst 1999 können die RepräsentantInnen des Kapitals zu keiner Konferenz zusammenkommen ohne mit der Wut zehntausender DemonstrantInnen konfrontiert zu werden. Hört man heute die Namen von Städten wie Prag oder Nizza, denkt man nicht mehr an die wunderschöne Prager Altstadt und die romantische Moldau oder an die Cote d'Azur, sondern an die Demonstrationen gegen den IWF im September und gegen den EU-Gipfel im Dezember 2000.

Diese Protestbewegung ist ein neues Phänomen: sie hat einen internationalen Anspruch und bringt tatsächlich DemonstrantInnen aus allen Teilen der Welt zusammen; neue internationale Netzwerke wie People's Global Action (PGA) oder ATTAC sind entstanden; sie hat neue Kampfformen entwickelt und beschränkt sich nicht auf symbolische Demonstrationen, sondern fordert die Herrschenden direkt durch Blockaden der diversen kapitalistischen Tagungen heraus. Diese Bewegung stellt das herrschende Wirtschaftssystem in Frage, sie kann zurecht als eine antikapitalistische Bewegung verstanden werden. Jedoch gibt es in der Bewegung viele Vorstellungen darüber, wogegen vorgegangen werden muss, aber wenig Vorstellungen darüber wofür gekämpft werden sollte. Sie umfasst zur Zeit vor allem Jugendliche. Wie der französische Arbeitgeberverband in einer internen Stellungnahme aber sehr richtig formulierte, ist es nur eine Frage der Zeit bis sie die Betriebe erfassen wird.

Diese neue Bewegung schreit geradezu nach einem sozialistischen Programm, nach einer klaren Strategie und Taktik zur Überwindung der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse. Viele verschiedene linke Organisationen bieten ihre programmatischen und strategischen Vorstellungen an und versuchen die Bewegung zu beeinflussen. Eine Debatte über die verschiedenen Vorstellungen und Ideen ist nötig, um zu verhindern, dass die internationale antikapitalistische Bewegung ihre Dynamik verliert und um aus ihr ein Instrument für die Abschaffung des Kapitalismus zu machen.

Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (englische Abkürzung CWI) – die internationale sozialistische Organisation, der die SAV angeschlossen ist – ist aktiver Bestandteil der antikapitalistischen Bewegung. Wir sehen unsere Aufgabe darin, diese Bewegung aufzubauen,

weiter zu entwickeln und ein sozialistisches Programm zur Abschaffung des Kapitalismus in sie herein zu tragen.

Eine der Organisationen, die sich massiv an den Protesten beteiligt und versucht Einfluss auf sie auszuüben ist Linksruck und ihre internationale Organisation, die International Socialist Tendency (IST).

Linksruck/IST vertritt den Anspruch die besten Traditionen des Marxismus und der revolutionären Arbeiterbewegung zu verkörpern und konstruktiv am Aufbau der weltweiten antikapitalistischen Bewegung teilzunehmen.

Viele AktivistInnen dieser Bewegung wurden in den letzten zwei Jahren zum ersten Mal mit Linksruck konfrontiert, nicht zuletzt weil das massenhafte Verteilen von Linksruck-Schildern auf Demonstrationen oftmals den Eindruck erweckt, diese seien von Linksruck geführt beziehungsweise Linksruck sei sehr viel stärker vertreten als es in Wirklichkeit der Fall ist. Bei vielen AktivistInnen hat dieses Auftreten von Linksruck zu Unmut geführt und sie ziehen daraus leider die Schlussfolgerung revolutionären Sozialismus beziehungsweise sozialistische Organisationen insgesamt abzulehnen. Andere fühlen sich von der sozialistischen Vision, die Linksruck verbreitet angesprochen, sind auf der Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative, fragen sich aber, warum es verschiedene Organisationen gibt, die sich auf den Marxismus berufen, obwohl auf den ersten Blick kaum Unterschiede erkennbar sind.

Marxismus ist international

Diese Broschüre ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Theorie und der Praxis von Linksruck/IST. Sie ist gleichzeitig ein Diskussionsangebot an die Mitglieder von Linksruck/IST. Sie wird sich nicht nur mit Linksruck, sondern auch mit der Politik der Linksruck-Schwesterorganisationen in anderen Ländern auseinandersetzen, vor allem mit der Socialist Workers Party (SWP) in Großbritannien und der gleichnamigen Partei in Irland. Dies hat einen einfachen Grund: Marxismus ist entweder international oder er ist gar nicht. Marxistische Bewegungen hatten immer einen internationalen Anspruch, sind aufgebaut auf der Grundlage einer Analyse der Weltlage, vertreten ein internationales Programm und arbeiten entlang einer gemeinsamen politischen Methode. Die Politik der IST lässt sich oftmals besser an Beispielen aus Ländern erklären, in denen ihre Mitgliedsorganisationen größer sind und über mehr Einfluss verfügen. Nicht zuletzt ist die IST de facto das internationale Anhängsel der britischen Socialist Workers Party und keine selbständige internationale Organisation mit demokratischem Aufbau. Die Methoden der britischen SWP finden wir bei Linksruck und anderen IST-Organisationen wieder.

Diese Broschüre wird anhand exemplarischer Politik-

felder darlegen, dass Linksruck/IST ihren selbstgesteckten Ansprüchen nicht gerecht wird. Sie wird erklären, dass die Politik von Linksruck/IST einerseits sektiererisch, ist (in dem Sinne, dass kurzfristige und vermeintliche Organisationsinteressen – Zeitungsverkauf, Organisationsprofil, Mitgliederwerbung – über die Interessen der Bewegung gestellt werden) und andererseits ein opportunistischer Kurs eingeschlagen wurde (in dem Sinne, dass darauf verzichtet wird ein konsequentes revolutionär-sozialistisches Programm zu vertreten). Die Beispiele, die benannt werden – linke Bündnispolitik, Antifaschismus, Sozialdemokratie, Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und andere – haben in der Methode von Linksruck/IST das verbindende Element, dass in allen Fragen zum Vorschein kommt.

Der Marxismus ist nicht zuletzt eine Methode. Eine Methode zum Verständnis der Weltgeschichte und der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen und eine Methode als Anleitung zum revolutionären Handeln (wie Marx sagte haben die „*Philosophen die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an sie zu ändern*“).

Die marxistische Methode besteht in der Anwendung des dialektischen Materialismus. Grob zusammengefasst bedeutet das, die Dinge in ihrer widersprüchlichen Entwicklung zu erfassen und ihren materiellen Ursachen auf den Grund zu gehen. Dabei versteht der Marxismus die Wirtschaft als die Grundlage für politische und soziale Prozesse. Dies nicht in einer schematischen Art und Weise – der Marxismus erkennt sehr wohl die Wechselwirkung von ökonomischen und politischen bzw. sozialen Prozessen an – aber die ausschlaggebende Grundlage für gesellschaftliche Entwicklungen ist letztlich der Zustand der Ökonomie. „*Das gesellschaftliche Sein schafft das Bewusstsein*“ (Marx).

Dabei bedeutet die Anwendung einer marxistischen Methode vor allem den Dingen auf ihren (materiellen) Grund zu gehen. Marxismus ist das Gegenteil von Oberflächlichkeit.

Die marxistische Methode bedeutet auch aus der Geschichte zu lernen. Gerade die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – von den gescheiterten revolutionären Möglichkeiten von 1918 bis 1923 über den Sieg Hitlers bis zur Wiedererrichtung des Kapitalismus in der BRD und der Entstehung eines stalinistischen Staates in der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg – beinhaltet viele schmerzhaft Erfahrungen, aus der MarxistInnen die Lehren für die Zukunft ziehen müssen. Diese Lehren beinhalten nicht zuletzt, dass es nicht ausreicht mächtige Organisationen aufzubauen, sondern, dass es notwendig ist, diese Organisationen mit einem klaren marxistischen Programm, einer Strategie und Taktik auszurüsten, die eine sozialistische Revolution zum Sieg führen können. Die Rechtfertigung der Existenz verschiedener marxistischer Organisation ist gerade die Bedeutung von Programm, Methode, Strategie und Taktik.

Der Marxismus ist auch die Lehre vom Klassenkampf. Das erste Kapitel des Kommunistischen Manifests beginnt mit dem Satz: „*Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen*“ (wobei Engels später darauf hingewiesen hat, dass neuere Forschungen ergaben, dass es zu Beginn der Menschheitsgeschichte eine klassenlose Gesellschaft gab, die er Urkommunismus nannte). Im Kapitalismus findet dieser Klassenkampf zwischen der Klasse der Kapitalisten und der Klasse der Lohnabhängigen statt. SozialistInnen stehen konsequent auf der Seite der Lohnabhängigen und fördern ihre Einheit und politische Unabhängigkeit. Sie kämpfen für jede Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und verteidigen jede Errungenschaft. Um noch einmal mit den Worten des Kommunistischen Manifestes zu sprechen: „*Sie (die Kommunisten, d.A.) haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen.*“ Auch daran muss sich eine sozialistische Organisation messen lassen. Die Broschüre wird nachweisen, dass Linksruck sowohl in ihrer Herangehensweise an die Arbeiterbewegung als auch in bestimmten theoretischen Konzeptionen diesem Anspruch nicht gerecht wird.

Zuletzt wird diese Broschüre auf die wichtigste theoretische Grundlage der IST eingehen, die Staatskapitalismustheorie.

Immer wieder haben Linksruck-Mitglieder zu uns gesagt: „Wir finden vieles an der SAV besser, als an Linksruck. Eure Zeitung und Euer Programm sind besser, Ihr legt mehr Wert auf politische Ausbildung, macht ernsthafte Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, seid demokratischer aufgebaut – aber wir können nicht Mitglied bei Euch werden, weil Ihr nicht die Staatskapitalismus-Theorie vertretet und die Sowjetunion als einen bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat betrachtet habt.“ Tatsächlich wird die Staatskapitalismustheorie innerhalb von Linksruck/IST wie der heilige Gral behandelt. Stimmt man damit nicht überein, könne man nicht wirklich Sozialist sein. In den letzten Kapiteln dieser Broschüre werden wir erklären, warum die theoretischen Grundkonzeptionen von Linksruck/IST falsch und unmarxistisch sind und vielfach zu einer reaktionären praktischen Schlussfolgerung geführt haben.

Zur Geschichte von Linksruck

Wir werden in dieser Broschüre auch auf die Vorläuferorganisation von Linksruck eingehen, die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG). Dazu müssen einige Worte zur Geschichte der IST in Deutschland gesagt werden.

Anfang der 70er Jahre gründete die britische SWP einen Ableger in Deutschland. Diese Organisation nannte sich Sozialistische Arbeitergruppe und publizierte die Zeitung „Klassenkampf“. 1994 trat die Mehrheit der SAG-Mitgliedschaft auf persönliche Anweisung vom britischen SWP-Führer Tony Cliff in die SPD-Jugendorganisation Jusos ein und begann innerhalb der Jusos das Linksruck-Netzwerk um die gleichnamige Zeitung auf-

zubauen. Damit wurde die Haltung der SAG zur Sozialdemokratie auf den Kopf gestellt. Teile der früheren SAG-Mitgliedschaft machten dies nicht mit und spalteten sich ab, daraus entstanden die Organisationen ISO (Internationale Sozialistische Organisation), IS (Internationale Sozialisten) und GIS (Gruppe Internationaler Sozialisten), die allerdings alle bedeutungslos und vollständig isoliert sind.

Der Anbiederungsprozess von Linksruck an die Jusos ging so weit, dass führende Linksruck-Mitglieder leugneten jemals SAG-Mitglieder gewesen zu sein. Linksruck präsentierte sich als linkes Netzwerk innerhalb der Jusos. Grundlagen für die Mitgliedschaft hatten wenig politischen Inhalt, links und aktiv sollte man sein. Linksruck rief bis 1998 zur Wahl der SPD auf.

Nach der Bildung der rot-grünen Bundesregierung hat sich Linksruck still und heimlich aus den Jusos verabschiedet. Zumindest in ihrer Zeitung ist keine Erklärung erschienen, die diese neuerliche taktische Wendung erklären würde. Unter dem Eindruck des rot-grün geführten Balkankrieges wurde dann bei den Europawahlen 1999 erstmals zur Wahl der PDS aufgerufen.

Man darf gespannt sein, wie die nächsten überraschenden Wendungen von Linksruck aussehen werden. Die Bezugnahme auf die Geschichte der SAG und von Linksruck ist wichtig, weil eine sozialistische Organisation, ihre theoretische Festigkeit und politische Ernsthaftigkeit auch dadurch unter Beweis stellen muss, dass sie eine politische Kontinuität aufweist. Bei SAG/Linksruck ist anstelle politischer Kontinuität ein prinzipienloser Zickzackkurs zu beobachten, dessen Wendungen – zumindest für den Außenstehenden – überraschend und ohne politische Begründung beziehungsweise Korrektur von Fehlern vollzogen werden.

Diese Broschüre ist geschrieben für AktivistInnen, ob bei Linksruck, in der SAV oder anderen Bewegungen, und für solche Jugendliche und ArbeiterInnen die zum ersten Mal in Kontakt mit sozialistischen Ideen beziehungsweise der Linksruck-Organisation kommen. Wir haben versucht eine einfache Sprache zu benutzen und so wenig politisches Wissen wie möglich vorauszusetzen. Trotzdem werden einzelne Abschnitte für den Außenstehenden oder für junge AktivistInnen schwer verständlich sein und möglicherweise weitere Diskussionen und Erklärungen bedürfen.

Die Ortsgruppen der SAV werden diesem Diskussionsbedarf gerne nachkommen. Der Autor ist aber auch jederzeit bereit an Diskussionen teilzunehmen und die Broschüre bei Veranstaltungen und Gruppentreffen vorzustellen. Ein Anruf in der SAV-Bundeszentrale genügt.

Bevor es losgeht möchte sich der Autor bei den Genossinnen und Genossen bedanken, die bei der Erstellung der Broschüre behilflich waren, indem sie Material zur Verfügung gestellt beziehungsweise besorgt haben, das Manuskript durchgesehen und Anregungen gegeben haben. Das waren zwei ehemalige Linksruck-Mitglieder, die heute in der SAV aktiv sind: Christoph

Wälz aus Trier und Stefan Godau aus Kiel, desweiteren Peter Hadden, dessen Broschüre über die irische SWP viele Anregungen gegeben hat, Hannah Sell von der britischen Socialist Party, Robert Bechert vom Komitee für eine Arbeiterinternationale, Aron Amm, Daniel Behruzi, Holger Dröge, Wolfram Klein, Anton Dannat für die Benutzung seines umfangreichen Archivs zur Geschichte des Trotzkismus und alle, die nicht erwähnt wurden, sich aber trotzdem angesprochen fühlen können.

Berlin, den 21.5.2001

Sascha Stanicic

Bündnisarbeit, Einheitsfront und die antikapitalistische Bewegung

Die International Socialist Tendency (IST) und mit ihr Linksruck stecken mitten in einem Umbruchprozess, der zu einer Umorientierung von Linksruck/IST und zu einem Bruch mit alten Aussagen und Arbeitsweisen zu führen scheint.

Bis vor zirka einem Jahr waren Linksruck/IST jedem Aktivist/jeder Aktivistin als eine besonders sektiererische Gruppe bekannt, die sich dadurch auszeichnete, dass sie ihre politische Aktivität fast hundertprozentig auf Mitgliedergewinnung und den Verkauf der Linksruck-Zeitung konzentrierte; dass sie an Kampagnen oder Bündnissen nur dann teilnahm, wenn sie unter ihrer Kontrolle standen und direkt als Rekrutierungsfeld für ihre Organisation zu nutzen waren; dass sie kaum Anstrengungen unternahm in Bewegungen und Kämpfen Verantwortung zu übernehmen und sich dafür einzusetzen, dass diese zum Erfolg geführt werden konnten. Ihre Politik war sektiererisch im klassischen Sinne: sie stellen – für alle sichtbar – ihre kurzfristigen Organisationsinteressen über die Interessen der Bewegung.

Wir kritisieren nicht die Tatsache, dass Linksruck versucht über das Eingreifen in Bewegungen neue Mitglieder zu gewinnen. Das macht die SAV auch. Aber wir übernehmen Verantwortung für Kämpfe und Bewegungen. Mitgliedergewinnung und die Entwicklung vom Bewusstsein der Arbeiterklasse durch Kämpfe und verschiedene Formen der Selbstorganisation sind für uns beide wichtig. Eine revolutionäre Organisation, die ernsthaft versucht, Bewusstsein, Kampfkraft und Selbstorganisation der Arbeiterklasse zu entwickeln, kann letztlich keine von den Interessen der Arbeiterklasse und der Bewegung separate Interessen haben, weil sie selbst die konsequente Verkörperung dieser Interessen ist.

Unter dem Eindruck der Massenproteste gegen die WTO-Tagung in Seattle im November 1999 und der sich seitdem verstärkenden globalen antikapitalistischen Bewegung und unter dem Eindruck des Erfolges der irischen Socialist Party (Sektion des CWI in Irland, die einen Abgeordneten im nationalen Parlament hat), der Schottischen Sozialistischen Partei (Ende 1998 gegründete breite, sozialistische Partei, die von CWI-Mitgliedern mitgegründet wurde) und anderer linker Wahlerfolge hat sich die IST-Führung deutlich für eine Wende ihrer Politik ausgesprochen. Oberflächlich betrachtet scheinen sie grundlegend mit ihren bisherigen Methoden zu brechen. Linksruck und IST behaupten, dass sie ihren Hauptschwerpunkt auf den Aufbau der antikapitalistischen Bewegung und einer allgemeinen Stärkung der Linken legen. Sie beteiligen sich plötzlich an Bündnissen, wie der Sozialistischen Allianz oder innergewerkschaftlichen Oppositionsströmungen in Großbritannien, der sie über Jahre ferngeblieben waren und sprechen sich für die Teilnahme an Parlamentswahlen aus, was sie jahrelang als falsch bezeichnet haben.

In Deutschland ruft Linksruck zum Aufbau von

Widerstandsnetzwerken auf. In einem Artikel in Linksruck Nummer 107 vom April 2001 werden die „Anforderungen der Zeit“ so formuliert: *„Die Linke stärken durch den Aufbau der antikapitalistischen Bewegung in Deutschland. Die Rechte schwächen durch den Aufbau einer offensiven Anti-Nazi-Bewegung.“* Die von Linksruck betriebenen „Widerstandsnetzwerke“ werden als Mittel zur Überwindung der Zersplitterung der Linken dargestellt. Der Anspruch ist kein geringer, wie ein Zitat aus demselben Artikel zeigt: *„Aus diesem Grund versucht Linksruck zusammen mit anderen Organisationen Widerstandsnetzwerke zu gründen. Die Widerstandsnetzwerke sollen ein Angebot an jeden sein, der in Deutschland eine antikapitalistische Bewegung aufbauen möchte, ein Dachverband der Seattle-Menschen. Großmobilisierungen, Kongresse, und Aktionstage können über diese Netzwerke organisiert werden, die Bewegung bekommt sowohl eine Infrastruktur, als auch ein Forum für Debatte. So wird eine sichtbare antikapitalistische Alternative geschaffen.“*

Wir wollen in diesem Kapitel diese „Wende“ untersuchen, die Politik von Linksruck/IST in Bündnissen und der antikapitalistischen Bewegung analysieren und bewerten, ob tatsächlich ein fundamentaler Wandel dieser Organisation stattgefunden hat. Beginnen werden wir jedoch mit unserer Einschätzung der antikapitalistischen Bewegung.

Die antikapitalistische Bewegung

Die antikapitalistische Bewegung, die sich um die Demonstrationen von Seattle, Melbourne, Prag, Nizza, Quebec und andere herum entwickelt hat, markiert einen wichtigen Wendepunkt in der weltweiten politischen Entwicklung und vor allem natürlich der Entwicklung der Linken.

Sie ist Ausdruck der Unfähigkeit des Kapitalismus auch nur eines der drängendsten Probleme der Weltbevölkerung zu lösen.

Der Zusammenbruch der stalinistischen Staaten 1989-91 und die dortige Wiedereinführung des Kapitalismus verstärkte beziehungsweise führte zu einer unvergleichlichen ideologischen, politischen und ökonomischen Offensive des Kapitalismus. Diese kann mit den Schlagworten Neoliberalismus und Globalisierung zusammengefasst werden. Francis Fukuyama sprach vom *„Ende der Geschichte“* und meinte damit den endgültigen Sieg des Kapitalismus über alle Versuche eine Gesellschaft zu errichten, die nicht auf Privateigentum, Profitmaximierung und Konkurrenz, sondern auf gesellschaftlichem Eigentum, Planung und Solidarität aufgebaut ist. Diese kapitalistische Offensive führte zu einer fortgesetzten drastischen Verschlechterung der Lage der arbeitenden Menschen weltweit, aber auch zur vollständi-

gen Verbürgerlichung der meisten früheren Arbeiterparteien (die zu den Vorreitern des Neoliberalismus geworden sind) und einem drastischen Rechtsruck in der Führung der Gewerkschaften. Dadurch wurden Arbeiterbewegung und die Linke politisch weitgehend entwaffnet. Es kam es zu großer politischer Verwirrung in den Reihen der Arbeiterbewegung.

Dieser Prozess hat begonnen sich umzukehren und die antikapitalistische Stimmung und Bewegung ist die erste Manifestation dieser Umkehrung. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass eine Schicht, vor allem von Jugendlichen, begonnen hat über Ein-Punkt-Bewegungen (zum Beispiel Antifa-Bewegung, Anti-AKW-Bewegung etc.) hinauszugehen und verallgemeinerte Schlussfolgerungen gegen die Logik des kapitalistischen Systems zu ziehen. Das drückt sich darin aus, dass die führenden Institutionen des weltweiten Kapitalismus zum Ziel der Proteste geworden sind: Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Welthandelsorganisation, Weltwirtschaftsforum, Europäische Union etc.

Diese Bewegung wird von einer Schicht linker Intellektueller und VordenkerInnen angetrieben und hat diese gleichzeitig ins Rampenlicht gebracht. Dabei handelt es sich um Susan George, Naomi Klein, Walden Bello, Pierre Bourdieu, Vivianne Forrester - um nur einige zu nennen. Neue Organisationen und Bewegungen wie ATTAC und People's Global Action (PGA) sind entstanden.

Innerhalb von wenigen Jahren ist es gelungen den ersten Schritt aus der politischen Defensive zu machen und den Kapitalismus einer vernichtenden Anklage zu unterziehen. Dabei ist sie bisher eine Bewegung, die weiß wogegen sie ist, die aber noch nicht weiß wofür sie ist und die noch keine geschlossene gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus formuliert hat.

Stützen kann sich diese Bewegung auf die Erfahrungen und Gefühle von Millionen ArbeiterInnen, Jugendlichen, Arbeitslosen, Bauern/Bäuerinnen und Armen auf der ganzen Welt, die ganz materiell die Erfahrung machen mussten, dass der Kapitalismus seine großen Versprechungen nicht einhalten kann. Und stützen kann sich diese Bewegung auch auf andere Kämpfe und Bewegungen der Arbeiterklasse und unterdrückten Völker, wie der indonesischen Revolution, den Streiks der südkoreanischen Arbeiterklasse, den Aufständen in Ecuador und Bolivien, der serbischen Revolution, dem Massenaufstand auf den Philippinen, der französischen Streikbewegung von 1995 und vielen darauffolgenden Streiks, der Bewegung gegen die Benzinpreiserhöhungen in Großbritannien, Frankreich, Belgien und anderen Ländern im Jahr 2000 und vielen anderen Ereignissen (nicht zuletzt auch ersten linken Wahlerfolgen wie dem Erfolg französischer Trotskisten bei den Europawahlen 1999 oder der Wahl von Joe Higgins von der Socialist Party ins irische Parlament im Jahr 1997).

Als MarxistInnen können wir auf viele Faktoren hinweisen, die wir als Schwächen oder Defizite dieser Bewegung begreifen: ihre programmatische Begrenztheit, die geringe Beteiligung der Arbeiterklasse und das Vorherrschen von kleinbürgerlichen und jugendlichen Schich-

ten, einen Mangel an demokratischen Strukturen und so weiter. Das dürfen wir aber nicht zum Anlass nehmen außerhalb dieser Bewegung zu verharren und nur als KommentatorInnen aufzutreten. Die antikapitalistische Stimmung und die Protestbewegung seit Seattle ist die wichtigste Entwicklung der letzten Jahre und der aktuellen Phase. Sie ist gleichzeitig ein Vorbote kommender Klassenkämpfe und kommender Radikalisierungsprozesse der Arbeiterklasse weltweit.

Die Aufgaben von SozialistInnen in dieser Bewegung

Die SAV und das Komitee für eine Arbeiterinternationale haben von Anfang an einen aktiven Beitrag zum Aufbau der antikapitalistischen Bewegung geleistet. Tatsächlich haben wir schon vor den Protesten von Seattle einen Schwerpunkt unserer Arbeit auf die Internationalisierung von Protesten gelegt.

1992 haben die europäischen Sektionen des CWI die Initiative zur Gründung von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) ergriffen und die erste (und bisher einzige) internationale Demonstration gegen Rassismus und Faschismus durchgeführt, an der im Oktober 1992 in Brüssel 40.000 Jugendliche und ArbeiterInnen teilnahmen. Ebenso haben wir von Anfang an die „Euromärsche“ unterstützt und zu den großen Demonstrationen gegen die EU-Gipfel 1997 in Amsterdam und 1999 in Köln mobilisiert. Unsere US-amerikanischen GenossInnen haben tausende Studierende zu den Protesten nach Seattle mobilisiert und spielen seitdem eine Rolle in der Bewegung in den USA. Die Socialist Party in Australien hat eine wichtige Rolle bei den Demonstrationen gegen das Weltwirtschaftsforum in Melbourne gespielt und unter anderem einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet die Unterstützung der Gewerkschaften zu mobilisieren und einen Schülerstreik organisiert. Wir waren an den Protesten in Prag, Nizza und Quebec beteiligt und führen im Moment eine Kampagne zur Mobilisierung zu den Demonstrationen gegen den EU-Gipfel am 16. Juni in Göteborg/Schweden und gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 21. Juli in Genua/Italien durch. Gleichzeitig bereiten wir eine Kampagne gegen den EU-Gipfel im Dezember 2001 in Brüssel vor.

Wir betrachten es als eine vordringliche Aufgabe diese Demonstrationen zum Erfolg zu führen, den Aufbau der antikapitalistischen Bewegung voran zu treiben und breitere Teile der Arbeiterklasse für die Proteste zu gewinnen.

Doch Aufbau der antikapitalistischen Bewegung bedeutet nicht nur Mobilisierung zu den verschiedenen Protesten. Die Bewegung aufzubauen bedeutet auch sie politisch weiter zu entwickeln. Neben dem Aufbau der Bewegung ist eine zentrale Aufgabe für SozialistInnen, ein politisches Programm für die antikapitalistische Bewegung auszuarbeiten und mit diesem in den stattfindenden Debatten einzugreifen. Die VordenkerInnen, die an die (mediale) Spitze der Bewegung gespült wurden,

vertreten verschiedenste Ideen. Gemeinsam ist ihnen eine scharfe Kritik an den Auswirkungen der kapitalistischen Marktwirtschaft und der Aufruf zur internationalen Gegenwehr. Gemeinsam ist ihnen aber auch der Mangel an einer klaren Analyse der Ursachen von wachsender Armut, Ausbeutung der sogenannten „Dritten Welt“, Umweltzerstörung, Massenarbeitslosigkeit etc. und gemeinsam ist ihnen der Verzicht auf die Propagierung einer sozialistischen Alternative. Damit drücken die propagierten Ideen tatsächlich weitgehend den Zustand des Massenbewusstseins aus: zu wissen, wogegen man ist ohne zu wissen wofür man sein kann. Will die Bewegung aber erfolgreich sein, muss sie diese Schwäche überwinden. Deshalb schlägt das Komitee für eine Arbeiterinternationale ein Programm vor mit dem es zu bestimmten Fragen Stellung nimmt und eine Debatte über eine sozialistische Alternative voran treiben will.

Fragen, die in der Protestbewegung diskutiert werden sind zum Beispiel, ob die Finanzmärkte demokratisch kontrolliert und gelenkt werden können und somit im Dienste der Weltbevölkerung wirken können. Daraus ergibt sich auch die Frage, ob die internationalen Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO abgeschafft oder reformiert werden sollen.

Eine andere Frage ist: mit wem gilt es zu kämpfen und wen gilt es zu bekämpfen? Als auf Initiative von der Zeitschrift *Le Monde Diplomatique* und der Organisation ATTAC Vertreter der französischen Regierung beim Weltsozialgipfel im Januar 2001 in Porto Alegre erschienen, führte das zu heftigen Diskussionen unter den TeilnehmerInnen.

Welche Methoden sollen angewendet werden? Massendemonstrationen? Blockaden? Barrikaden? Anschläge auf McDonald's und andere Symbole der weltweiten Ausbeutung? Streiks?

Auf diese Fragen muss eine sozialistische Organisation Antworten geben.

Ein sozialistisches Programm

Das CWI spricht sich für die Auflösung der Weltfinanz- und Handelsinstitutionen IWF, Weltbank und WTO aus. Wir unterstützen jede Forderung, die die Reichen zur Kasse bittet, wie zum Beispiel die Tobin-Steuer. Gleichzeitig schlagen wir eine weitergehende Besteuerung der Einkommen und Vermögen vor: Abschaffung aller indirekten Massensteuern und Einführung eines einfachen Steuersystems mit starker Progression.

Doch die Krise des Kapitalismus kann nicht durch Umverteilungs-Reformen innerhalb des Systems behoben werden. Deshalb stellen wir die Forderung nach einer Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung auf. Diese Forderung macht deutlich, dass es keinen Weg daran vorbei gibt, die Eigentumsverhältnisse grundlegend zu verändern, wenn man die Macht des Kapitals brechen will.

Dabei stellen wir die Annahme unseres Programms nicht

als Bedingung für unsere aktive Mitarbeit in der Bewegung. Wir schlagen auch nicht in jeder Situation unser vollständiges Programm zum Beispiel als Plattform für Demonstrationsaufrufe vor. Wir erkennen an, dass die Mehrheit der TeilnehmerInnen der Bewegung noch keine sozialistischen Schlussfolgerungen gezogen haben. Trotzdem sehen wir es als unsere Verantwortung an Vorschläge zu machen, die die Bewegung wenn auch vielleicht nicht zwei, drei, so doch immerhin einen Schritt weiter bringen.

Wir sehen zwei weitere zentrale Fragen, die revolutionäre SozialistInnen in der Bewegung aufwerfen müssen: erstens die Notwendigkeit der Orientierung auf die Arbeiterklasse und zweitens die Notwendigkeit des Aufbaus neuer politischer Organisationen der Arbeiterklasse, neuer Arbeiterparteien (siehe dazu das Kapitel „SPD, PDS und neue Arbeiterpartei“).

Als MarxistInnen sehen wir in der Arbeiterklasse die einzige Kraft, die in der Lage ist den Kapitalismus zu stürzen und eine neue Gesellschaft auf der Grundlage von Gemeineigentum an Produktionsmitteln und einer demokratisch geplanten Wirtschaft aufzubauen. Dies weil sie heute die große Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung darstellt, weil sie in der Lage ist durch Streiks und Betriebsbesetzungen die ökonomische Macht der Kapitalisten zu brechen und weil sie aufgrund ihrer (zumindest teilweise) vorhandenen Konzentration in Betrieben in der Lage ist ein kollektives Klassenbewusstsein zu entwickeln, kollektive Kämpfe zu führen und dadurch auch die kollektive Kontrolle und Planung der Wirtschaft durch die Überführung in Gemeineigentum zu erreichen. Die antikapitalistische Bewegung ist zur Zeit vor allem eine Jugendbewegung. Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte, dass die Jugend als ein Seismograph für gesellschaftliche Veränderungen wirkt. Tatsächlich nimmt sie oftmals große Bewegungen der Arbeiterklasse voraus, wie zum Beispiel 1968 in Frankreich. Die größten und effektivsten Proteste der antikapitalistischen Bewegung waren bisher die, an denen ArbeiterInnen einen wichtigen Anteil genommen haben: Seattle, Melbourne, Nizza. Aufgabe von SozialistInnen muss es sein, die Jugendlichen, die in der Bewegung aktiv werden auf die Arbeiterklasse und ihre Organisationen zu orientieren. Das wird nur möglich sein, wenn versucht wird die Verbindung zu den alltäglichen Kämpfen und Auseinandersetzungen von ArbeiterInnen zu ziehen: Also aktive Unterstützung von Lohnkämpfen, Kämpfen gegen Arbeitsplatzabbau, Betriebsschließungen und der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, aber auch Kämpfen gegen Sozialkürzungen, Schließungen kommunaler Einrichtungen und so weiter.

Gleichzeitig müssen SozialistInnen in den Betrieben und Gewerkschaften die Unterstützung für die internationalen Proteste propagieren, entsprechende Anträge in Gremien einbringen und Druck auf die Führungen der Gewerkschaften ausüben. Durch die kapitalistischen Krisen, Arbeitsplatz- und Sozialabbau werden sich auch vermehrt Kämpfe von ArbeiterInnen entwickeln, wer-

den sich ArbeiterInnen radikalieren und ihrerseits antikapitalistische und sozialistische Schlussfolgerungen ziehen. Die große Herausforderung für die antikapitalistische Bewegung wird sein, sich mit diesen Arbeiterkämpfen zu verbinden.

Die Orientierung auf die Arbeiterklasse bedeutet auch, dass wir für Kampfmethoden eintreten, die ArbeiterInnen nicht von den antikapitalistischen Protesten entfremden und den Herrschenden nicht die Möglichkeit geben, diese Proteste zu diskreditieren.

Wir sehen die Radikalisierung der Kampfmethoden als einen wichtigen Fortschritt in der Bewegung an. Der Schritt von symbolischen Demonstrationen, wie noch in Amsterdam und Köln bei den Demonstrationen gegen die EU-Gipfel hin zu Versuchen die Tagungen der kapitalistischen Institutionen zu blockieren und damit unmöglich zu machen war ein richtiger und wichtiger Schritt und wurde vom CWI mitgetragen. Dabei setzen wir aber erstens weiterhin auf das Mittel der Massenmobilisierung und der Durchführung von Massendemonstration. Gleichzeitig legen wir einen Schwerpunkt darauf in den entsprechenden Städten die Arbeiterbewegung einzubeziehen und die lokale Bevölkerung in die Proteste einzubinden. So konnten wir durch das Eingreifen von CWI-Mitgliedern in der örtlichen Gewerkschaft in Melbourne erreichen, dass es zu Streikaktionen und Arbeiterdemonstrationen gegen das Weltwirtschaftsforum kam. Auch in Prag haben unsere tschechischen GenossInnen – leider im Gegensatz zu der dortigen IST-Gruppe und anderen Organisationen – vor allem versucht tschechische ArbeiterInnen und Jugendliche zu den Protesten zu mobilisieren.

Während Blockadeaktionen von einer breiten Schicht von ArbeiterInnen mit Sympathie betrachtet werden, gilt das für individuelle Anschläge auf McDonald's-Filialen oder ähnliches nicht. Diese Aktionen, die entweder von Polizeispitzeln oder einzelnen AktivistInnen der autonomen bzw. anarchistischen Szene durchgeführt werden sind kontraproduktiv und führen nicht dazu, dass die Proteste auf eine breitere Basis gestellt werden können.

Linksruck/IST und die antikapitalistische Bewegung

Wir haben unsere Haltung zu den antikapitalistischen Protesten ausführlich dargestellt, um sie mit der Politik und der Praxis von Linksruck/IST vergleichen zu können. Dabei wollen wir uns vor allem auf drei Texte beziehen: die von Linksruck veröffentlichte Broschüre „Antikapitalismus - Theorie und Praxis“ von Chris Harman, der Text „The Anticapitalist Movement and the Revolutionary Left“ von Alex Callinicos, die Linksruck-Selbstdarstellung „Die Linke stärken, die Rechte schwächen“ aus Linksruck Nr. 107. Außerdem werden wir uns beziehen auf verschiedene andere im Linksruck veröffentlichte Artikel, das von Linksruck initiierte Falblatt „Bildet Widerstandskollektive überall“ und auf den Bei-

trag von Regina Sternal, Mitglied der Linksruck-Bundeskoordination, bei den Sozialismus-Tagen 2001 der SAV.

Linksruck/IST haben die Bedeutung der antikapitalistischen Bewegung erkannt und eine Umorientierung ihrer Organisation eingeleitet. Während die SAV einen Anteil an den Prozessen genommen hat, die zum Wendepunkt von Seattle geführt haben, waren die Ereignisse von Seattle eher eine Überraschung für Linksruck/IST und erst seitdem versuchen sie an den internationalen Protesten verstärkt teilzunehmen und Einfluss auf sie zu nehmen.

Dabei benennen sie vier entscheidende Faktoren, deren Erkenntnis sie zu ihrer Umorientierung bewogen hat: 1. einen neuen Protestzyklus (seit Ende der 70er Jahre bezeichnete die IST die Periode pauschal als einen „Abschwung der Klassenkämpfe“, nun scheint für sie ein neuer „Aufschwung“-Zyklus eingesetzt zu haben); 2. die Entstehung einer antikapitalistischen Stimmung; 3. die Bildung neuer politischer „Milieus“ (womit sie die Entstehung neuer Kampagnen und Organisationen wie ATTAC meinen) und 4. das Aufkommen neuer KritikerInnen der Kapitalismus (wozu sie als die wichtigsten Bello, George, Bourdieu, Klein und Monbiot zählen).

Diese Situation sieht Callinicos als „die größte Öffnung für die Linke seit den 60er Jahren“. Daraus leitet Linksruck/IST nun die Notwendigkeit neuer Arbeitsweisen ab. Damit meint sie vor allem eine Wende hin zur Zusammenarbeit mit anderen Linken und eine Beteiligung an der antikapitalistischen Bewegung („Beteiligung“ im Gegensatz zum früher praktizierten Eingreifen von außen).

Dabei schreibt Callinicos einen für MarxistInnen überraschenden Satz: „Neue Arbeitsmethoden sind nun nötig. Vor allem der Gebrauch der Herangehensweise der Einheitsfront, wie sie von den Bolschewiki und der Kommunistischen Internationale in ihrer frühen Phase (1918-23) entwickelt wurde, ist von entscheidender Bedeutung, um sich mit diesem neuen politischen Milieu zu verbinden.“ Damit gibt Callinicos indirekt zu, dass die IST die Einheitsfrontmethode in der Vergangenheit nicht als wichtigen Teil ihrer Arbeitsweise betrachtet hat. Für die SAV war und ist die Einheitsfrontmethode ein taktisches Prinzip, das solange gilt, bis die Mehrheit der Arbeiterklasse eine revolutionäre, marxistische Partei unterstützt und bereit ist den Kapitalismus zu stürzen. Einheitsfront bedeutet Zusammenarbeit verschiedener Arbeiterorganisationen (beziehungweise in der heutigen Zeit auch oftmals verschiedener Organisationen und einzelner AktivistInnen oder Kampagnengruppen) in bestimmten spezifischen Kämpfen, ob jetzt im antifaschistischen Kampf, bei Tarifrunden, gegen Sozialkürzungen, gegen die Castor-Transporte, gegen Betriebsschließungen oder bei Protesten gegen IWF- oder EU-Gipfel. Ziel ist es die größtmögliche Einheit der Arbeiterklasse und der Jugend zur Erreichung unmittelbarer Ziele zu ermöglichen.

Mit dieser Aussage gibt Callinicos auch indirekt zu, dass

die SWP und andere IST-Sektionen niemals ernsthaft an Klassenkämpfen teilgenommen haben, geschweige denn diese geführt zu haben. Denn ohne die Anwendung der Einheitsfrontmethode ist das einfach unmöglich.

Es ist mehr als bedenklich, wenn eine marxistische Organisation die Einheitsfrontmethode 80 Jahre nachdem sie von den Bolschewiki und der Kommunistischen Internationale entwickelt wurde „wiederentdeckt“. Wird Linksruck/IST bei der nächsten Wende in der politischen Lage sie ebenso schnell wieder fallen lassen?

Das Fehlen eines Programms

Das auffälligste an dem Eingreifen von Linksruck/IST in der antikapitalistischen Bewegung ist der völlige Verzicht darauf ein sozialistisches Programm auszuarbeiten und dieses in die Bewegung hineinzutragen.

Chis Harmanns Text beinhaltet eine interessante Zusammenfassung der Ideen und Vorstellungen, die in der Bewegung zur Zeit diskutiert werden (auf seine sehr zum Teil sehr fragwürdigen historischen Aussagen können wir an dieser Stelle nicht eingehen). Er weist auch richtigerweise, wenn auch in sehr allgemeiner Form, darauf hin, dass diese Ideen weder eine korrekte Analyse von Neoliberalismus und Globalisierung darstellen noch eine Alternative zum Kapitalismus erklären. In dem 60-seitigen Text wird aber kein alternatives Programm und keine klare Strategie zur Erreichung der Ziele der Bewegung dargelegt. Nach der Lektüre dieser Broschüre weiß der Leser/die Leserin bestenfalls, dass der Autor der Ansicht ist, dass der Kapitalismus als System die Ursache von Ausbeutung und sozialer Ungleichheit ist und dass er überwunden werden sollte. Implizit weist der Text auch darauf hin, dass ArbeiterInnen dabei eine wichtige Rolle zu spielen haben. Wodurch der Kapitalismus ersetzt werden soll, welches Programm Linksruck/IST vorschlagen, wie sich die Bewegung organisieren soll, welche Organisationsformen nötig sind, um den Kapitalismus abzuschaffen und wie genau dabei die Rolle der Arbeiterklasse aussieht wird jedoch nicht erklärt.

Die weitestgehenden Aussagen in der Broschüre sind folgende:

„Die Antwort auf die schrecklichen Fehler dieses Systems ist nicht einzelne Länder oder Regionen vom Rest der Welt abzuschneiden, sondern den weltweit existierenden Wohlstand für alle Menschen dieses Planeten zu nutzen.“

„In einer gesunden Gesellschaft würde es umso leichter für jedermann, seinen Lebensunterhalt ohne übermäßige Plackerei zu sichern, je mehr Maschinen es gibt. Wenn die derzeitige Gesellschaft nicht so aussieht, so liegt das daran, dass an ihr etwas grundsätzlich verkehrt ist“

„Eine wirksame Kritik daran (an Neoliberalismus und Globalisierungstheorien, d.A.) darf nicht dabei stehen bleiben, die Unmenschlichkeit aufzuzeigen. Sie muss auch benennen, wie diese Theorien die Widersprüche in ihrem eigenen System verschleiern, und sie muss Mög-

lichkeiten zeigen, wie dagegen gekämpft werden kann.“

„Aber es gibt die Möglichkeit, die Kontrolle dieses Reichtums zu übernehmen und die Produktion so zu reorganisieren, dass die Bedürfnisse der Menschen in einer Art befriedigt werden können, von der man in der Vergangenheit nur träumen konnte. Die kapitalistische Akkumulation ist der äußerste Ausdruck menschlicher Entfremdung, aber sie bereitet auch den Boden für eine revolutionäre Überwindung der Entfremdung, für die Schaffung einer Gesellschaft, die Schluss macht mit Not und Elend, die mindestens seit der Jungsteinzeit das Los des größten Teils der Menschheit gewesen sind.“

„Nur eine Strategie, die sich der Macht des Kapitals weltweit entgegenstellt, anstatt bloß seine Bewegungsfreiheit einzuschränken, kann mit diesem Problem fertig werden.“

„Statt dessen muss man Mittel und Wege finden, sich die gewaltigen produktiven Ressourcen anzueignen, die durch kapitalistische Ausbeutung geschaffen werden und sie zur Befriedigung wirklicher menschlicher Bedürfnisse einzusetzen.“

Weder in dieser Broschüre noch in anderen Texten wird ein sozialistisches Programm ausgearbeitet. Tatsächlich werden mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. Wenn Harmann schreibt, dass „man“ sich die „gewaltigen produktiven Ressourcen aneignen“ muss oder dass die „Kontrolle“ über den „Reichtum“ „übernommen“ werden muss, so sind all das elastische Formulierungen, die vielfach interpretierbar sind. An keiner Stelle spricht sich Linksruck/IST für die Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung aus. Der Marktwirtschaft wird an keiner Stelle das Konzept einer demokratischen Planwirtschaft entgegengesetzt. Der Arbeiterklasse wird zwar eine wichtige Rolle zugeschrieben, aber daraus werden so gut wie keine konkreten Schlussfolgerungen gezogen. Es wird zwar davon gesprochen, dass die Verbindung zwischen der antikapitalistischen Bewegung und den alltäglichen Kämpfen gegen die kapitalistische Globalisierung gezogen werden muss, aber die antikapitalistische Bewegung und die Arbeiterbewegung werden doch wie zwei getrennte und nicht zusammenzuführende Dinge behandelt, denn es wird nicht die Notwendigkeit der politischen Organisation, des Aufbaus von sozialistischen Arbeiterparteien erklärt.

Linksrucks Haltung zur antikapitalistischen Bewegung zeigt, dass sie ihre Methode nicht grundlegend geändert haben. Auch in der Vergangenheit haben sie andere linke Organisationen äußerst „revolutionär“ kritisiert, wenn sie selber nicht an Bewegungen oder Kämpfen beteiligt waren. So mussten wir uns über Jahre vorwerfen lassen einen Wahlfetischismus zu betreiben, weil Teil unserer Arbeit Kandidaturen bei verschiedenen Stadtrats- und Parlamentswahlen war. Ist Linksruck/IST aber Teil einer

Bewegung oder kontrolliert bestimmte Kampagnen, so legen sie schleunigst den Weg von ultralinken Politik zum Opportunismus zurück und nehmen Positionen ein, die man bestenfalls als linksreformistisch bezeichnen kann (mehr zu Fragen des Programms im Kapitel „Das Programm - der: was für ein Programm?“)

Hinter dieser Methode scheint der Gedanke zu stecken, dass es einerseits Bewegungen und Klassenkämpfe gibt und andererseits die eine und einzige revolutionäre Organisation, nämlich Linksruck/IST. Sie werfen kein Programm auf, mit dem man bestehende Bewegungen und Kämpfe politisch weiterentwickeln kann, denn sie scheinen davon auszugehen, dass dieses Programm ja in Form der Linksruck/IST-Organisation existiert und alle diejenigen, die weitergehende Schlussfolgerungen ziehen zwangsläufig zu ihrer Organisation stoßen werden. Diesen Eindruck muss man gewinnen, liest man in dem Artikel „Linksruck stellt sich vor: Die Linke stärken – die Rechte schwächen“ folgenden Satz: *„Doch innerhalb dieser Projekte (der Widerstandsnetzwerke und der Kampagne Weg mit der NPD, d.A.) wollen wir eine weitergehende Perspektive anbieten: Den Aufbau einer Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Ursache von Ausbeutung und Unmenschlichkeit zu beseitigen: Ein System, welches auf Konkurrenz und Profitgier beruht.“* Linksruck sieht also offensichtlich nicht seine Aufgabe darin, der Bewegung behilflich zu sein, ein Programm zu entwickeln, dass die „Ursachen von Ausbeutung und Unmenschlichkeit beseitigen“ kann und dementsprechend der Bewegung eine weitergehende Perspektive anzubieten. Sie trennt beides und verhält sich dementsprechend opportunistisch innerhalb der Bewegung. In der Hoffnung sich dadurch nicht von anderen Kräften in der Bewegung zu isolieren, verhalten sie sich unkritisch gegenüber den vorherrschenden reformistischen Ideen und tendieren dazu diese zu wiederholen.

Callinicos schreibt in seinem Text, die SWP in Großbritannien sei *„mehr oder weniger empirisch“* auf diese Schlussfolgerungen während des Balkankrieges 1999 gestoßen. Hier habe man ein höheres Maß an Einheit auf der Linken vorgefunden, was sich dann bei der Mitarbeit in der Londoner Sozialistischen Allianz im Jahr 2000 fortgesetzt habe. In diesem Zusammenhang betont er die neue Notwendigkeit von Einheitsfrontarbeit (siehe oben) und schreibt, dass es wichtig sei, mit *„den Tendenzen zum Sektierertum zu brechen, die durch die Isolierung in der sich revolutionäre SozialistInnen in den letzten 20 Jahren befunden haben, verstärkt wurden.“* Desweiteren führt Callinicos aus, dass sich revolutionäre SozialistInnen sensibel in der antikapitalistischen Bewegung verhalten müssen und eine Bereitschaft zum Dialog mitbringen müssen. Der ganze Text hat den Zweck die Abspaltung der IST-Organisation in den USA, der International Socialist Organisation (ISO), zu erklären. Dieser wirft Callinicos vor, sich sektiererisch zu verhalten, die Bedeutung der antikapitalistischen Bewegung nicht zu verstehen und sich nicht vollständig darauf zu

orientieren. Liest man diesen Text, könnte man den Eindruck gewinnen, dass die IST tatsächlich grundlegend ihre Methoden ändert – und dabei nur über das Ziel hinaus schießt und einen opportunistischen Kurs einschlägt. Unsere praktischen Erfahrungen mit Linksruck und verschiedenen IST-Organisationen international zeigen aber, dass die grundlegenden Methoden nicht geändert wurden.

Beispiel 1: Die Antikriegsbewegung

In Köln mussten wir während der Bewegung gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 die Erfahrung machen, dass Linksruck nicht an dem Bündnis teilnahm, das verschiedene Organisationen und Einzelpersonen zusammenbrachte, sondern stattdessen eigene Anti-Kriegs-Komitees bildete, die nicht einmal in diesem Bündnis mitarbeiteten. Der Versuch die eigenen Projekte dem Kölner Bündnis aufzuschwatzen scheiterten. Als das Bündnis mitten in einer Diskussion über die Frage einer Demonstration war, tauchte ein Linksruck-Vertreter auf und erklärte, dass sie schon eine Demonstration angemeldet hatten, an der man sich doch beteiligen sollte.

Unsere irischen GenossInnen beschreiben ihre Erfahrungen mit der irischen SWP während der Antikriegsbewegung in einem offenen Brief an die SWP so: *„Grundsätzlich ist Eure Partei bekannt dafür sich zu weigern an ehrlicher Kooperation teilzunehmen. Wie oft schon haben wirkliche breite Kampagnen schon zu Protesten oder Aktivitäten aufgerufen, nur um dann herauszufinden, dass eine neue „Kampagne“ gegründet wurde, die ihren Protest ein paar Tage oder ein paar Stunden früher durchführt. Die neue Kampagne stellt sich in der Regel als Feigenblatt der SWP heraus, irgendeine imaginäre „Organisation“ oder „Komitee“, die von SWP Mitgliedern in verschiedenster Verkleidung „unterstützt“ wird. Das Problem mit SWP-„Komitees“ oder „Kampagnen“ ist nicht, dass Ihr sie ins Leben gerufen habt. Wir heißen mutige Initiativen willkommen, die Massentaktilitäten lostreten wollen, wenn sie die Stimmung von ArbeiterInnen und Jugendlichen treffen. Das eigentliche Problem ist, dass diese niemals mit wirklichem Leben gefüllt werden - es gibt keine Strukturen und keine interne Demokratie - sie sind einfach nur ein Mittel, um die Entscheidungen die vom Politischen Komitee der SWP gefällt werden, umzusetzen. (...)*

Vor kurzem hat Euer Verhalten in Bezug auf die Bewegung gegen die NATO-Angriffe auf dem Balkan gezeigt, dass trotz Eurer verbalen Appelle für „linke Einheit“ in anderen Bereichen, Eure ganze Herangehensweise hoffnungslos sektiererisch ist. Sobald die NATO-Bombardierungen begannen, hat der Abgeordnete der Socialist Party Joe Higgins zu einem Treffen von VertreterInnen von sechs Parteien, einschließlich der SWP, eingeladen, um eine breite Kampagne dagegen zu gründen.

Anstatt ihr Gewicht in diese „Koalition gegen den Krieg“ zu werfen, hat sich die SWP entschieden ihre wirklichen Anstrengungen in den Versuch eine separate „Nein zum Krieg Kampagne“ zu stecken – während sie gleichzeitig

mit einem Fuß in dem breiten Bündnis blieben. Die „Nein zum Krieg Kampagne“ bestand darauf konkurrierende Aktivitäten durchzuführen und hat in einigen Fällen Angebote für gemeinsame Aktivitäten zurückgewiesen. Das wird nicht rechtfertigt auf der Grundlage von politischen Unterschieden zwischen den beiden Kampagnen. „Nein zum Krieg“ ist keine „sozialistische“ oder „revolutionäre“ Kampagne. Sie wirft drei vage und recht liberale Forderungen auf. RednerInnen auf öffentlichen Veranstaltungen sind unter anderen Pazifisten, Befürworter von UN-Interventionen und andere.

Die Intention ist den Eindruck einer „breiten“ Kampagne zu erwecken, wenn die Realität doch anders aussieht. „Nein zum Krieg“, wie andere „breiten“ Kampagnen der SWP sind nur eine Erweiterung der SWP. Die RednerInnen, die nicht von der SWP sind und auf Veranstaltungen eingeladen werden haben keinen Einfluss auf die Kampagne. Es gibt keine demokratischen Strukturen, nur ein Scheinkomitee, das Entscheidungen absegnet, die schon an anderer Stelle von der SWP getroffen wurden.“

Beispiel 2: Die Socialist Alliances in England (überarbeiteter Artikel aus VORAN Nummer 223)

Großbritannien vor der Wahl –Die sozialistische Herausforderung

Kaum ein europäischer Staat wurde in den letzten zwölf Monaten ähnlich von Krisen und Katastrophen getroffen, wie Großbritannien. Im letzten Herbst führte die Ölkrise zu einer Protestbewegung, die das Land lahmlegte. BSE und Maul- und Klauenseuche zerstören die Landwirtschaft, die Industrie ist von Werksschließungen und Massenentlassungen betroffen. Vor diesem Hintergrund werden am 7. Juni die Parlamentswahlen stattfinden. Bei diesen wird Tony Blair es nicht nur mit seinen traditionellen konservativen und liberalen Herausforderern zu tun haben, sondern auch mit der größten Kandidatur links von der Labour Party seit 50 Jahren.

Die Sozialistische Allianz in England und Wales, ein Bündnis verschiedener sozialistischer Parteien, Organisationen und Einzelpersonen und die Schottische Sozialistische Partei (SSP) (eine neue breite sozialistische Partei) planen in 170 Wahlkreisen anzutreten. Die Sozialistische Partei (SP), Schwesterpartei der SAV in England und Wales, und auch die schottische Schwesterorganisation der SAV sind aktiver Teil der Allianz bzw. der SSP. Dave Nellist, SP-Stadtrat in Coventry ist Vorsitzender des nationalen Netzwerks der Sozialistischen Allianzen. In England und Wales werden zehn SP-Mitglieder als KandidatInnen der Sozialistischen Allianz antreten und zwei weitere werden als SP-Kandidaten antreten.

Was ist die Allianz?

Die Entstehung der SSP und der Sozialistischen Allianz ist eine Entwicklung, die auch unter SozialistInnen in

Deutschland wahrgenommen und diskutiert wird und die von manchen als ein Modell für die Zusammenarbeit von SozialistInnen und die Erreichung linker Einheit gesehen wird. Ein genauer Blick auf die Sozialistische Allianz ist deshalb sinnvoll.

Diese wurde Mitte der 90er Jahre gegründet und brachte die SP, kleinere sozialistische Gruppen und einzelne AktivistInnen zusammen. Hintergrund der Entstehung war der extreme Rechtsruck der Labour Party und die Verwandlung dieser früheren Arbeiterpartei in eine durch und durch bürgerliche, kapitalistische Partei. Diese Entwicklung konfrontierte die Linke mit neuen Aufgaben: zum einen stellte sich die Frage bei Wahlen gegen Labour anzutreten, zum anderen die Frage, wie eine neue Arbeiterpartei aufgebaut werden kann. Die Sozialistischen Allianzen entwickelten sich zuerst auf örtlicher Ebene und bildeten später ein nationales Netzwerk. Sie sahen ihre Aufgabe in erster Linie darin, Wahlabsprachen unter linken Gruppen zu ermöglichen, um zu verhindern, dass verschiedene linke KandidatInnen gegeneinander antreten und verstanden sich, neben den linken Oppositionsstrukturen in den Gewerkschaften und Ein-Punkt-Bewegungen, als Teil des Prozesses, eine linke Arbeiteralternative zu Blairs Labour Party aufzubauen. Somit markierten die Allianzen keine neue Partei oder einheitliche Organisation, sondern ein (Wahl-)Bündnis. Dabei verstand sich die Sozialistische Allianz als eine offene und demokratische Struktur, in der die Unterschiede zwischen den verschiedenen teilnehmenden Organisationen anerkannt wurden und versucht wurde, auf der Grundlage der Gemeinsamkeiten eine Zusammenarbeit zu entwickeln.

Die Rolle der SWP

Mitte 1999 trat die SWP in die Sozialistische Allianz ein. Das markierte eine 180-Grad-Wende der SWP. Über Jahrzehnte hatte sie sich gerade dadurch hervorgetan, dass sie nicht an linken Bündnissen teilgenommen hat (es sei denn diese standen unter ihrer völligen Kontrolle) und SozialistInnen, die an Wahlen teilgenommen haben als ReformistInnen und WahlfetischistInnen beschimpft hat. SP und SWP sind die einzigen sozialistischen Organisationen in der Allianz, die ihre Mitgliedschaft nicht in Dutzenden oder wenigen Hundert, sondern in Tausenden zählen können. Aufgrund ihrer relativ starken Basis unter Universitätsstudierenden ist die SWP deutlich größer als die SP und war so in der Lage die Sozialistische Allianz seit ihrem Eintritt zu dominieren und de facto zu übernehmen.

Demokratie oder Zentralismus

Mit der nun einsetzenden SWP-Dominanz in der Sozialistischen Allianz setzte ein Abbau von Demokratie und eine Zentralisierung der Allianz ein. Die SWP sieht die Allianz nicht als einen Schritt hin zu einer neuen Massenpartei der Arbeiterklasse. Sie ignoriert die Tatsache, dass die Allianz heute noch keine Massenkraft ist und sich

ArbeiterInnen nicht nur durch die Allianz politisch aktivieren. Anstatt zum Beispiel anzuerkennen, dass es sinnvoll sein kann aus örtlichen Kämpfen heraus lokale Wahlbündnisse zu schließen, vertritt die SWP den Anspruch, dass die Allianz die einzige mögliche Wahlalternative darstellt. Die SWP versuchte auch die Rechte der anderen Mitgliedsorganisationen innerhalb der Allianz zu beschränken, zum Beispiel in dem sie vorschlug, dass nur noch politisches Material der Allianz verteilt und verkauft werden soll. Die demokratischen Strukturen der Allianz ignorierend hat die SWP zum Beispiel im Namen der Allianz Stellungnahmen abgegeben, zu denen es keine Beschlüsse gab und Beschlüsse der Konferenz der Allianz ignoriert.

Beispiel Kommunalwahl in London

Bei den Londoner Kommunalwahlen trat neben der Londoner Sozialistischen Allianz (LSA) auch die Kampagne gegen die Privatisierung der U-Bahn (CATP) an. Dieser Liste von ArbeiterInnen war aus dem Kampf gegen die U-Bahn-Privatisierung entstanden und genoss die Unterstützung der Gewerkschaft der U-Bahn-Beschäftigten. Die SP trat im Vorfeld der Kommunalwahlen für eine größtmögliche Einheit der Linken auf und schlug eine gemeinsame Liste von LSA und CATP vor. Als dies von der CATP-Führung abgelehnt wurde, schlug die SP vor, dass die LSA bei der stadtweiten Listenwahl nicht gegen die CATP antreten sollte und stattdessen nur KandidatInnen in den Wahlkreisen aufstellen sollte (vergleichbar mit Erst- und Zweitstimme bei den Bundestagswahlen in Deutschland). Dies lehnte die SWP ab und die LSA trat gegen die CATP an, die linken Stimmen wurden gespalten. Die SWP hat auch in anderen Fällen ArbeiterInnen, die eine Arbeiterliste bilden wollten das Ultimatum gestellt: entweder ihr tretet der Sozialistischen Allianz bei oder diese wird gegen euch kandidieren. Im Fall der Nachwahl zu einem Stadtratsposten im Londoner Stadtteil Hackney hat die SWP-geführte Allianz genau das gemacht. Die Beschäftigten der dortigen Stadtverwaltung befinden sich seit Monaten im Kampf gegen Kürzungspolitik und Arbeitsplatzabbau. Die Mehrheit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute haben sich entschlossen einen Arbeiterkandidaten bei dieser Nachwahl aufzustellen. Als Kandidat wurde der führende Gewerkschaftslinke und Socialist Party-Mitglied Glenn Kelly aufgestellt. Weitere einhundert ArbeiterInnen haben seine Kandidatur namentlich unterstützt. Die Sozialistische Allianz in Hackney sieht darin nicht einen wichtigen Schritt von ArbeiterInnen auf dem Weg die Bühne des politischen Kampfes zu betreten, sondern eine Bedrohung ihrer eigenen Position und hat ebenfalls eine Kandidatin für diese Wahl aufgestellt, anstatt den Arbeiterkandidaten zu unterstützen.

Letztlich erzielte die LSA bei der Listenwahl 1,85 Prozent und die CATP 1,12 Prozent – der Einzug eines linken Kandidaten in den Stadtrat wurde verfehlt. In einigen Wahlkreisen konnte die LSA aber bis zu sieben Prozent erzielen.

Wahlergebnisse

Die SP ist die einzige sozialistische Partei in England und Wales, die bei Kommunalwahlen Stadtratsitze erobern konnte. Sie konnte in den letzten Jahren fünf Sitze in Coventry und Lewisham/London gewinnen. In Preston ist ein bis dahin unabhängiger Stadtrat kürzlich in die SP eingetreten. In den letzten vier Jahren war die SP in über 200 Wahlkreisen bei Kommunalwahlen angetreten und konnte im Durchschnitt 8,3 Prozent erreichen. Damit ist sie innerhalb der Allianz mit Abstand die Partei, die den höchsten Bekanntheitsgrad und Verankerung bei Wahlen hat (nebenbei bemerkt ist die SP auch die Partei mit der größeren Verankerung in den Betrieben und Gewerkschaften, so sind SP-Mitglieder in die Vorstände verschiedener nationaler Gewerkschaften gewählt worden).

In den letzten Monaten konnten KandidatInnen der Sozialistischen Allianz bei verschiedenen Nachwahlen zwischen fünf und elf Prozent erlangen, was Ausdruck der Möglichkeiten für linke Wahlerfolge ist.

Vor den Parlamentswahlen

Auseinandersetzungen innerhalb der Allianz gab es auch bei der Kandidatenauswahl für die im Juni 2001 anstehenden Parlamentswahlen. Die SWP wollte die Kandidatenauswahl in den lokalen Allianzgruppendurchführen, was ihr die Möglichkeit gegeben hätte, diese durch ihre zahlenmäßige Überlegenheit in den meisten Fällen zu bestimmen (ähnliches war vor der Londoner Kommunalwahl geschehen). Durch die Haltung der SP, die diese undemokratischen Maßnahmen ablehnte, konnte ein Kompromiss erzielt werden, der es der SP ermöglicht zehn KandidatInnen für die Allianz aufzustellen und einen eigenständigen Wahlkampf zu führen.

Wie weiter?

Zur Zeit besteht die Sozialistische Allianz fast ausschließlich aus bestehenden sozialistischen Parteien und Organisationen und einigen unorganisierten „Altlinken“. Bisher unorganisierte und nichtaktive ArbeiterInnen und Jugendliche oder GewerkschaftsaktivistInnen sind kaum aktiv geworden. Um die Allianz auf dieser Grundlage lebensfähig zu halten argumentiert die SP, dass die Unterschiede zwischen den teilnehmenden Gruppen anerkannt werden müssen, die Allianz eine föderale und äußerst demokratische Struktur haben soll, die teilnehmenden Gruppen die Freiheit haben sollen, ihr eigenes Material zu verbreiten und die Allianz keinen Alleinvertragsanspruch bei Wahlen annehmen darf. Dies steht im Widerspruch zum Vorgehen der SWP, die die Allianz zur Zeit dominieren kann. Die Politik der SWP gefährdet die Zukunft der Allianz. Sie schreckt ArbeiterInnen und Jugendliche ab, die beginnen an Kämpfen teilzunehmen und auf der Suche nach einer politischen Alternative sind. Die Sozialistische Allianz könnte das Schicksal der Socialist Labour Party des Bergarbeiterführers Ar-

thur Scargill erleiden. Diese wurde 1996 mit großen Erwartungen gegründet, ist aber seitdem wieder in der Versenkung verschwunden, weil die Parteiführung eine extrem zentralistische und undemokratische Struktur durchgesetzt hatte.

Eine neue Massenpartei der Arbeiterklasse wird sich nicht geradlinig von heute auf morgen entwickeln. Sie wird sich aus verschiedenen Quellen speisen: den Gewerkschaften, Ein-Punkt-Bewegungen, lokalen Wahlbündnissen und möglicherweise auch der Sozialistischen Allianz. Um diese verschiedenen Quellen zusammenzuführen bedarf es aber einer konstruktiven und demokratischen Vorgehensweise. Versuche einzelner Gruppen, diese Prozesse zu kontrollieren können nur zum Scheitern verurteilt sein. Wenn die Sozialistische Allianz – unter der Führung der SWP – so weiter macht, könnte sie von einem Hebel zur Bildung einer neuen Arbeiterpartei zu einem Hindernis werden.

Die SP wird weiterhin alles daran setzen die Sozialistische Allianz zu einem effektiven und demokratischen Bündnis zu machen. Wir unterstützen den Aufbau einer neuen Massenpartei der Arbeiterklasse. Während wir weiterhin gleichzeitig eine revolutionäre Partei aufbauen, wird eine neue Arbeiterpartei ein wichtiger Schritt dabei sein, ArbeiterInnen in politische Aktivität zu bringen und wird den Aufbau einer revolutionären Massenpartei in der Zukunft erleichtern.

Beispiel 3: Die „Widerstandsnetzwerke“

Wir begrüßen die Initiative von Linksruck die sogenannten „Widerstandsnetzwerke“ ins Leben zu rufen. Revolutionäre SozialistInnen sollten heute in breiten antikapitalistischen Kampagnen mitarbeiten bzw. solche initiieren. Die SAV hat mit der Kampagne „Widerstand International“ ebenfalls eine Initiative in diesem Bereich gestartet.

Gleichzeitig bezweifeln wir, dass diese Netzwerke das einlösen werden, was Linksruck verspricht. Und was noch problematischer ist: die Ansprüche von Linksruck an die „Widerstandsnetzwerke“ sind ungerechtfertigt und übertrieben. Denn sie schreiben, dass ihre sogenannten „Widerstandsnetzwerke“ ein „Dachverband“ sein sollen und der Bewegung eine Infrastruktur geben soll. Damit ignorieren sie andere Initiativen, die schon existieren (wie Euromärsche, ATTAC, PGA und andere), die für die kommende Phase zwangsläufig nebeneinander existieren werden und die sich vor allen Dingen koordinieren müssen.

Linksruck schreibt, dass sie mit anderen Organisationen zusammen diese Widerstandsnetzwerke aufbauen wollen. An die SAV ist Linksruck bisher nicht herangetreten, um gemeinsame Widerstandsgruppen aufzubauen. Ohne uns zu solchen Treffen einzuladen, werden wir trotzdem dafür kritisiert, dass wir nicht teilgenommen haben (so geschehen in Berlin).

Unsere Erfahrung mit der Hamburger Gruppe „Widerstand gegen Neoliberalismus – Netzwerk für eine Globalisierung von unten“ in dem Linksruck und SAV aktiv

sind haben unsere Skepsis gegenüber dem Vorgehen von Linksruck in solchen Gruppen wachsen lassen: Linksruck hat dort keine demokratischen Strukturen vorgeschlagen. Es gibt also kein von Linksruck unabhängiges Vorbereitungsteam oder ähnliches, so dass eine wirklich gleichberechtigte Zusammenarbeit erschwert wird. Zum anderen wurde über die Köpfe der anderen AktivistInnen in der Gruppe hinweg entschieden, dass die Hamburger Gruppe Teil eines bundesweiten Netzwerks („Menschen statt Profite“) sei.

SPD, PDS und neue Arbeiterpartei

In kaum einer Frage hat Linksruck und ihre Vorgängerorganisation SAG einen so weitgehenden Zickzackkurs hinter sich, wie in der Haltung zur SPD. Während die SAG von 1974 bis 1994 als selbständige Organisation außerhalb der SPD existierte, löste sie sich dann auf und gründete sich als Linksruck (Untertitel der Zeitung bei den ersten Ausgaben: „Jusos gegen Rechts!“) innerhalb der SPD-Jugendorganisation wieder. Nach der Bundestagswahl 1998, bei der die Schröderregierung gewählt wurde, änderte Linksruck wiederum seinen Kurs und verließ die SPD. Diese vielen politischen Wendungen innerhalb weniger Jahre wurden nicht auf der Basis von tiefgehenden politischen Analysen vollzogen, ihre Grundlage war vielmehr politischer Impressionismus (das Handeln auf der Basis kurzfristiger Eindrücke) und der Versuch Abkürzungen für den Aufbau der eigenen Organisation zu finden. Wir kritisieren Linksruck nicht, weil sie grundsätzlich kurzfristige taktische Wendungen machen, sondern weil sie diese nicht auf der Grundlage von korrekten Analysen und Perspektiven machen. Wir kritisieren Linksruck nicht grundsätzlich dafür in der SPD gearbeitet zu haben, sondern weil sie zum falschen Zeitpunkt außerhalb und zum falschen Zeitpunkt innerhalb der SPD gearbeitet haben und diese Arbeit obendrein ohne ein klares marxistisches Programm durchgeführt haben.

Um den Zickzackkurs zu illustrieren folgen einige Zitate von SAG und Linksruck aus den letzten zehn Jahren:

„Die SPD kann nicht reformiert werden. Sie ist eine kapitalistische Arbeiterpartei, d.h. sie stützt sich auf die organisierte Arbeiterbewegung, steht aber mit beiden Beinen im Lager der Kapitalisten. **Linke Oppositionelle sollten daher auch die SPD verlassen** und eine wirkliche sozialistische Alternative aufbauen, die den revolutionären (Sturz) des Kapitalismus auf ihre Fahnen geschrieben hat. Die SAG ist dabei, eine solche Alternative aufzubauen.“

(aus der SAG-Zeitung Klassenkampf Nr. 109, Oktober 1992)

„Die Politik der SPD-Spitze veranlasst viele linke Genossen, insbesondere Jusos, darüber nachzudenken ob sie für diese Partei noch Wahlkampf machen sollen und wenn ob sie dann ihre oder Scharpings Positionen vertreten sollen. Tatsächlich ist „unser“ Kanzlerkandidat der personifizierte Rechtsruck der SPD und mit seiner Annäherungstaktik alles andere als ein geeigneter Kandidat. **Aber wir, die Basis, und nicht Scharping sind die Partei.**“

„(...) die SPD ist (...) eine linke politische Partei, auch in Wahlkampfzeiten.“

„Und die PDS sollte sich sowieso in Partei Demokratischer Schizophrenie umbenennen. Einerseits hat sie nie auch nur den Versuch unternommen ihre stalinistische

Vergangenheit aufzuarbeiten, andererseits ist ihr Wahlprogramm eher rechts. Einerseits mimt sie im Westen die linke Reform- und Oppositionspartei, andererseits sind die vielen Parteifunktionäre im Osten reaktionärer als so manche CDU-Blockflöte. Einerseits will sie die Arbeiter vertreten, andererseits mangelt es ihr an Kontakten zur Gewerkschaft (im Gegensatz zur SPD) und an Außerparlamentarischer Aktivität.

Außerdem ist sie für den Regierungswechsel obnehin ohne Bedeutung wenn sie, aller Voraussicht nach an der 5%-Hürde scheitert. Wenn wir jetzt mit einem offensiven Wahlkampf beginnen, der sich gegen Kohl und **nicht gegen Scharping richtet**, haben wir eine Chance, dass Deutschland im Oktober einen Linksruck erfährt.“

(alle drei Zitate aus Linksruck Nr.10, September 1994)

„Das Linksruck Netzwerk will alle Juso-Aktivisten vereinen, um eine gemeinsame Kraft zu entwickeln. Außerdem können auch Leute mitmachen, die nicht in einer politischen Organisation sein wollen.“

(aus Linksruck Nr. 11, Oktober 1994)

„Vor einem Jahr, als die Kumpel in Bischofferode um ihre Zeche gekämpft haben, da war die SPD ganz oben. Abgeordnete sind mit den Kumpeln zusammen in den Hungerstreik getreten. **Es war deutlich auf welcher Seite die SPD steht.**“

(aus Linksruck Nr. 12, November 1994)

„Die Menschen wollen Kohl loswerden. Sie wollen eine andere Regierung. Aber dafür brauchen wir eine kämpfende SPD, die nicht auf Kohls Schoß herumkrabbelt, sondern die Interessen der Menschen aktiv verteidigt!“

(aus Linksruck AKTUELL, September 1996)

„Völlig unabhängig vom Opportunismus Schröders vertritt er die Partei die, durch ihre Verbindungen zu den Gewerkschaften **immer noch als Interessenvertretung der kleinen Leute gilt**, selbst wenn sie ihren Job schlecht verrichtet.“

„Wir kämpfen nicht für Schröder, sondern gegen Kohl. Deshalb gehen wir **gemeinsam mit der SPD** gegen diese Regierung, machen uns aber nicht von ihr abhängig.“

(aus Linksruck Nr. 54, März 1998)

„Eine Stärkung der PDS als linke Parlamentsopposition können auch revolutionäre Sozialisten nur begrüßen.“

(aus Linksruck Nr. 69, Mai 1999)

„Und zweitens ist die Gewerkschaftsführung quasi mit der SPD verheiratet. In dieser Ehe gibt es eine Arbeitsteilung - die Gewerkschaften sorgen sich um den ökonomi-

schen Schutz der Arbeiter, die SPD um ihre politische Vertretung im Parlament.“

„Wie einige wissen werden, arbeitete Linksruck mehrere Jahre als Fraktion innerhalb der Jungsozialisten. Nicht nur aus dieser Erfahrung heraus sind wir der Ansicht, dass die SPD als Instrument fortschrittlicher Politik untauglich ist - und leider auch bleiben wird.

Die SPD gehört nicht ihren Mitgliedern und Wählern. Sie wird von einer kleinen Schicht von privilegierten Abgeordneten und Funktionären kontrolliert, die nicht Teil unserer Klasse sind. Auf die SPD ist, wenn es um die Verteidigung unserer sozialen und politischen Interessen geht, keinerlei Verlass. Wir sind der Meinung, dass eine neue, sozialistische Partei aufgebaut werden muss.“

(beide Zitate aus Linksruck Nr. 72, August 1999)

„Wenn wir heute erfolgreich die Nazis in ihre Schranken weisen wollen, so ist die Politik der Einheitsfront unumgänglich. In diesem Zusammenhang ist es sehr zu begrüßen, dass Gerhard Schröder den „Aufstand der Anständigen“ fordert“.

(Sozialismus von Unten Nr.5, Winter 2000/2001)

alle Hervorhebungen durch uns, d.A.

Die SPD damals und heute

Die SPD wurde im 19. Jahrhundert als sozialistische Arbeiterpartei gegründet, die sich auf den Marxismus berufen hat. Aus Gründen, die wir an anderer Stelle erklärt haben (siehe zum Beispiel die SAV-Broschüre „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“) verkam die SPD zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer reformistischen Arbeiterpartei mit einer bürgerlichen Führung. Das bedeutete, dass die SPD zwar weiterhin eine Massenbasis in der Arbeiterklasse hatte und von dieser auch als ihre Partei betrachtet wurde, sie aber von einer Führung kontrolliert wurde, die sich dem Kapitalismus völlig angepasst hatte und diesen nicht mehr abschaffen wollte. Tatsächlich kam die SPD-Führung spätestens seit 1914 dem Kapitalismus immer zu Hilfe, wenn es für diesen brenzlich wurde: 1914 mit der Zustimmung zum imperialistischen Ersten Weltkrieg, 1918/19 mit dem Verrat an der Novemberrevolution und der de facto-Unterstützung der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, 1945 mit der Wiedererrichtung eines kapitalistischen Westdeutschland.

Damit drückte die SPD, wie auch die sozialdemokratischen Parteien international, widersprüchliche Klasseninteressen aus. Einerseits drückten sie die Ambitionen der Massen für eine bessere, auf sozialer Gleichheit beruhende Gesellschaft aus. Sie führten den Sozialismus vielfach noch im Mund und traten für Reformen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ein. Ihre Existenz war, trotz bürgerlicher Führung und reformistischer Politik, ein Vorteil für die Arbeiterklasse, konnten sie ihren

Druck doch zumindest teilweise durch diese Parteien zur Geltung bringen und stellten sie den Anspruch einer unabhängigen politischen Vertretung der Arbeiterklasse dar. Die bürgerlich-reformistische Führung wollte den Kapitalismus etwas humaner, sozial gerechter und friedlicher gestalten - ihn aber keinesfalls abschaffen. Sozialreformen, die größtenteils in Phasen des kapitalistischen Aufschwungs erreicht wurden, konnten jedoch die fundamentale Schwäche der sozialdemokratischen Parteien nicht verdecken. Sie waren nicht in der Lage die kapitalistische Reaktion zu schlagen, selbst wenn einzelne Führer, wie Salvadore Allende Anfang der 70er Jahre in Chile, dies ehrlich versuchten.

Die VORAN-Gruppe, Vorgängerorganisation der SAV, hat zwischen 1973 und 1994 als marxistische Fraktion innerhalb der SPD und der JungsozialistInnen gearbeitet. Heute kritisieren wir Linksruck für ihre Arbeit in der SPD Mitte der 90er Jahre. Wo liegt der Unterschied?

Erstens vollzog sich unsere Arbeit innerhalb der Sozialdemokratie auf der Basis eines klar formulierten marxistischen Programms, während Linksruck sich nicht eindeutig von den reformistischen Strömungen in SPD und Jusos distanzierte. Zweitens weil die SPD der 70er und 80er Jahre und die SPD der 90er Jahre nicht vergleichbar sind. Diese beiden Punkte wollen wir hier ausführen:

In den 70er und 80er Jahren war die SPD eine bürgerliche Arbeiterpartei. Sie hatte auf vielfältige Weise enge Verbindungen zur Arbeiterklasse und wurde von dieser als ihre Partei betrachtet. Sie vertrat, zumindest in Worten, zum Teil aber auch in Taten, ein Reformprogramm. Die SPD hatte eine aktive Massenbasis, die Jusos waren ein linksreformistischer Massenverband mit Gruppen an Schulen, Hochschulen und unter Auszubildenden. Viele Arbeiterjugendliche, die sich politisierten, orientierten sich oftmals an den Jusos, genauso wie ArbeiterInnen, die in gewerkschaftlichen oder sozialen Kämpfen aktiv wurden, sich an der SPD orientierten. Anfang der 70er Jahre traten einhunderttausend neue Mitglieder zwischen 16 und 35 Jahren in die SPD ein, nachdem Kohl 1982 Bundeskanzler wurde traten innerhalb weniger Monate 20.000 neue Mitglieder unter 35 Jahren ein. Innerhalb der Partei gab es lebendige Debatten und es gab die Möglichkeit für eine sozialistische Perspektive einzutreten und sich dafür Gehör zu verschaffen. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD forderte die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und selbst in den 80er Jahren verabschiedeten SPD-Parteitage Resolutionen, die Schritte nach Links markierten. So beschloss der Nürnberger Parteitag von 1986 unter anderem den Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb von 10 Jahren und ein staatliches Beschäftigungsprogramm zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Kurz: Es gab in der SPD die Möglichkeit ArbeiterInnen und Jugendliche mit marxistischer Politik zu erreichen.

VORAN/SAV hatte die Perspektive, dass sich Klassenkämpfe innerhalb der Sozialdemokratie niederschlagen

würden und zur Bildung von linksreformistischen Massenflügeln führen würden. ArbeiterInnen, die in Aktivität und Politisierung getrieben wurden, würden sich an der SPD orientieren, in sie eintreten und versuchen die Partei zu verändern. Wir gingen davon aus, dass die Masse der Arbeiterklasse die Erfahrung mit Reformismus, Linksreformismus und eventuell auch Zentrismus in den traditionellen Arbeiterparteien machen muss, um zu revolutionären Schlussfolgerungen zu kommen. Diese Einschätzung stützte sich unter anderem auf die Erfahrungen der Entstehung vieler kommunistischer Parteien nach dem Ersten Weltkrieg, die sich – in unterschiedlicher Art und Weise – in Ländern wie Deutschland, Italien und Frankreich aus den alten sozialdemokratischen Parteien heraus entwickelt hatte. Aufgabe von revolutionären SozialistInnen wäre es in einer solchen Situation gewesen, an diesen Entwicklungen teilzunehmen und zu versuchen die sich nach links radikalisierenden ArbeiterInnen für den Marxismus zu gewinnen. Diese Perspektive hat sich in den 70er und 80er Jahren zumindest teilweise bestätigt.

Doch seit Anfang der 90er Jahre sieht die Situation in der SPD völlig anders aus. Es hat innerhalb der Partei eine schleichende, aber vollständige bürgerliche Konterrevolution stattgefunden, die den Charakter der SPD grundlegend verändert hat: sie wurde von einer bürgerlichen Arbeiterpartei zu einer durch und durch bürgerlichen Partei. Woran machen wir diese Entwicklung fest? In unserem Kongressdokument „Der Niedergang des Kapitalismus und der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei“ haben wir diese Analyse 1997 ausgeführt:

„Für ArbeiterInnen und Jugendliche stellt sich heute ein anderes Bild dar: Eine SPD, die sich von der CDU kaum unterscheidet und die in den Ländern und Kommunen selber drastischen Sozialabbau betreibt. Die SPD hat, wie die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien international, seit Mitte der 80er Jahre einen dramatischen Rechtsruck durchgemacht. Dieser geht weiter als zu jedem früheren Zeitpunkt in der Geschichte, denn es ist mehr als nur ein Rechtsruck an der Spitze der Sozialdemokratie. Die Partei hat ihre Arbeiterbasis weitgehend verloren und wird von einer bürgerlichen Arbeiterpartei zu einer rein bürgerlichen Partei.“

Wenn wir diese Einschätzung vornehmen geben wir von verschiedenen Faktoren aus:

Das Programm und die Politik der SPD vertreten auch in Worten keinen Sozialismus mehr. In der Praxis ist die SPD von Reformpolitik zu Anti-Reformpolitik übergegangen.

Der linke Flügel und die Jusos sind zusammengebrochen und bedeutungslos.

Es findet ein deutlicher Mitgliederrückgang und eine Entleerung der Ortsvereine statt. Vor allem Arbeiteraktivisten ziehen sich zurück, die Ortsvereine und Unterbezirke werden von Akademikern und Mittelständlern dominiert.

Die Verbindung zu den Gewerkschaften nimmt ab.

Ein großer Teil der Arbeiterklasse und der Jugend sieht die SPD nicht mehr als ihre Partei an, sondern als Teil

des bürgerlichen Establishments. (...)

Es gibt heute keinerlei Ansätze mehr, dass sich in der Partei wieder eine starke Linke entwickeln könnte. Es gibt keinen Grund, weshalb Arbeiter in Zukunft wieder versuchen sollten, aus der SPD ein Kampfinstrument zu machen. Früher gab es auch bei rechter Politik der Führung zumindest linke Flügel, die eine gewisse Anziehungskraft ausüben konnten. Entscheidend ist, dass ArbeiterInnen in Kämpfen die SPD auf der anderen Seite der Barrikaden erleben werden, wie das heute schon der Fall ist, wenn es Tarifrunden im öffentlichen Dienst gibt oder kommunale Beschäftigte gegen Kürzungspolitik sozialdemokratisch geführter Stadträte kämpfen. (...) Die SPD wird keine Rolle in den Politisierungs- und Neugruppierungsprozessen der Arbeiterklasse spielen. Sie ist eine bürgerliche Partei mit einer gewissen Basis in der Arbeiterklasse, was auch bedeutet, dass in eine mögliche SPD-geführte Regierung gewisse Erwartungen gesteckt werden. Aber diese werden sehr schnell verfliegen, wenn klar wird, dass eine SPD-geführte Regierung da weitermacht, wo Kohl aufgehört hat.“

Diese Einschätzung hat sich unserer Ansicht nach in den letzten Jahren bestätigt. Die SPD ist – zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen – zur Vorreiterin des Neoliberalismus in der Bundesrepublik geworden. Sie hat der deutschen Bourgeoisie einen lange gehegten Traum erfüllt: Die erste Kriegsbeteiligung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Sie hat mit der Rentenreform die Demontage eines Kernstücks des sogenannten Sozialstaats begonnen, was zweifellos den bisher größten Angriff auf die sozialen Rechte der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik markiert, das Sparpaket von 1999 stellte alle Sparpakete der Kohlregierung in den Schatten. Gegen all diese Maßnahmen regt sich kein nennenswerter Widerstand in der SPD. Andrea Nahles, eine der Vorzeige“linken“ der SPD, hat auf dem 99er Parteitag unter anderem gesagt, es ginge um einen 100-Meter-Lauf und Schröder habe erst 50 Meter zurückgelegt – sie meinte aber sehr wohl in die richtige Richtung. In Bewegungen, ob Antifa, Anti-Castor oder betrieblichen Kämpfen spielen Jusos und SPD keine Rolle. Eine Umfrage nach der anderen belegen, dass die SPD von der Mehrheit der Arbeiterklasse als Partei des Kapitals gesehen wird. So sagte zum Beispiel der Chef des Meinungsforschungsinstituts Emnid: *„Die SPD ist im Bewusstsein der Leute nicht mehr vorrangig die Partei der sozialen Gerechtigkeit. (...) Die Umfrage belegt, dass die SPD bei ihrer ureigenen Klientel, den Arbeitnehmern und sozial Schwachen, an Reputation verloren hat. (...) Die SPD hat sich den Ruf einer Partei des Großkapitals erworben.“*

Aus dieser neuen Situation, aus der qualitativen Veränderung der SPD von einer Arbeiterpartei mit bürgerlicher Führung zu einer durch und durch bürgerlichen Partei, ergeben sich Konsequenzen für die Politik von MarxistInnen. Während es in der Vergangenheit gerechtfertigt war, innerhalb der Sozialdemokratie zu arbeiten

(unter der Voraussetzung der Verteidigung eines klaren sozialistischen Programms), Forderungen an die SPD-Führung zu richten und zur Wahl der SPD aufzurufen stellen sich heute andere Aufgaben: Keinen Zweifel daran lassen, dass die SPD die Seiten gewechselt hat und nicht mehr als Kampfinstrument für die Arbeiterklasse dienen kann, ArbeiterInnen, die aktiv werden nicht auf die SPD orientieren, sondern ihnen andere Wege des politischen Kampfes und der politischen Organisation aufzeigen.

Während SAG/Linksruck/IST in den 70er Jahren die Arbeit von MarxistInnen innerhalb der Sozialdemokratie abgelehnt und verdammt haben, sind sie tatsächlich zu einem Zeitpunkt in die SPD eingetreten, als diese sich in Siebenmeilenstiefeln nach Rechts bewegt hat und die Linke innerhalb der Partei marginalisiert wurde und nicht den Kampf gegen den rechten Flügel aufgenommen hat. Mitte der 90er Jahre war aufgrund des Rechtsrucks und der verschärften Bürokratisierung der SPD eine offene revolutionäre Tätigkeit kaum möglich. Der Druck auf Linke wurde verstärkt. Linksrucks Reaktion darauf war, dass sie nicht offen mit einem marxistischen Programm gearbeitet haben. Das hat den Jusos Bezirk Mittelrhein bewogen zu schreiben: „*Es ist jedoch festzustellen, dass ihre (Linksrucks, d.A.) Strategie sich insofern deutlich vom Auftreten der ehemaligen "Vorán"-Gruppe bzw. der heutigen "Sozialistischen Alternative VORAN (SAV)" unterscheidet, als sie nicht offen zu ihren Zielen stehen, ableugnen, Trotzlisten zu sein bzw. mit trotzkistischen Gruppen in Verbindung zu stehen, und sich in ihren inhaltlichen Äußerungen nicht weit von dem absetzen, was z.B. unser eigener Bezirk an Inhalten vertritt.*“ Die Selbstverleugnung ging so weit, dass frühere SAG-Mitglieder selbst in persönlichen Gesprächen behauptet haben, niemals der SAG angehört zu haben und behauptet wurde, nicht als organisierte Gruppe in die Jusos eingetreten zu sein.

Die Wende aus der SPD hinaus, die Linksruck 1998 begonnen und während des Balkankrieges 1999 endgültig vollzogen hat, ist vor diesem Hintergrund (vor allem da Linksruck weiterhin davon ausgeht, die SPD sei eine Arbeiterpartei) kaum nachvollziehbar und wird nirgends wirklich erklärt. Worin liegt der qualitative Unterschied der SPD von 1996 und 1998/99? Doch nur darin, dass sie ihre Politik als Regierungspartei nun umsetzen kann. Welche Politik sie an der Regierung umsetzen würde, war jedoch vorhersehbar und davor hätten MarxistInnen warnen müssen, anstatt zur Wahl der SPD aufzurufen, wie es Linksruck getan hat.

Linksruck und die PDS

Während sich Linksruck in der SPD versuchte breit zu machen und die Jugendlichen und ArbeiterInnen, die sie erreichten auf die SPD orientierte, ignorierte Linksruck die PDS und kritisierte sie schärfer als die SPD. So schrieben sie in ihrer Zeitschrift „Sozialismus von Un-

ten“ nach der Bundestagswahl 1994: „*Die SPD hat zwei riesige Vorteile gegenüber der PDS. Sie ist keine reine Ostpartei, sondern eine gesamtdeutsche Partei und sie ist in Ost und West eine Autorität unter den Arbeitern. Wenn die SPD sich an die Spitze der Bewegung gegen Kohl stellt, statt seine Regierung wie bisher zu tolerieren, wird die PDS keine Chance haben und bald verschwunden sein. Auf geht's!*“

Diese Haltung ist in Wirklichkeit eine Ignoranz gegenüber der Lebensrealität der Menschen in Ostdeutschland und ein Verkennen des spezifischen Bewusstseins, was sich hier nach der Vereinigung und der Restauration des Kapitalismus entwickelt hat. Sie fußt auf der Einschätzung, dass sich für die arbeitende Bevölkerung nach 1989/90 nicht besonders viel geändert hat (siehe dazu das Kapitel „Staatskapitalismustheorie“). Sie drückt auch eine völlig falsche Perspektive für die PDS aus, letztlich dachte Linksruck, die PDS könne den Einzug in den Bundestag nicht schaffen und sei erledigt.

Tatsächlich hat Linksruck Mitte der 90er Jahre Reformismus und Konterreformismus verwechselt, wenn sie die Politik von SPD und PDS mehr oder weniger gleich gesetzt hat. Die SAV hat bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 kritisch die Wahl der PDS unterstützt, weil sie die einzige Partei war, die für Reformen eintrat, den Sozialismus im Namen führte und die realistische Chance hatte, in den Bundestag einzuziehen. Gleichzeitig haben wir immer davor gewarnt, dass die PDS-Führung einen pro-marktwirtschaftlichen und rein parlamentarischen Kurs eingeschlagen hat und auf dem Weg ist aus der Partei eine zweite SPD zu machen. Auch diese Einschätzung sehen wir zum Beispiel in der Regierungspolitik der PDS in Mecklenburg-Vorpommern oder im Entwurf für ein neues PDS-Programm bestätigt.

Wir betrachten die PDS als eine reformistische Partei mit einer Massenbasis in Ostdeutschland. Die Partei befindet sich in einer klaren Rechtsentwicklung. Sie hat einen rein parlamentarischen Kurs und mobilisiert ihre Mitglieder und UnterstützerInnen nicht zu Aktionen und Demonstrationen. Dort, wo sie an Kommunal- und Landesregierungen beteiligt ist, hat sie Sozialabbau und Privatisierungen mitgetragen. Diese Rechtsentwicklung der PDS, die Skepsis weiter Teile der Arbeiterklasse (vor allem in Westdeutschland) gegenüber der PDS, die Schwäche der Parteilinken und die Tatsache, dass die Partei keine Basis unter Jugendlichen hat, werden verhindern, dass sich die PDS als bundesweite reformistische Arbeiterpartei verankern wird. Unsere Politik gegenüber der PDS basiert auf der Einheitsfrontmethode. Wir fordern die PDS in konkreten Kämpfen auf, sich zu beteiligen und ihre Mitgliedschaft und UnterstützerInnen zu mobilisieren. Gleichzeitig kritisieren wir den Kurs der PDS-Führung und haben begonnen dort, wo die PDS durch Regierungsbeteiligung Sozialabbau mitgetragen hat (Rostock, Berlin-Prenzlauer Berg) beziehungsweise wo es keine Einigung auf ein linkes Wahlprogramm geben konnte (Aachen, Stuttgart) auch unabhängig von der PDS zu kandidieren.

Ihre Einschätzung bezüglich SPD und PDS hat Linksruck plötzlich 1999 geändert, wahrscheinlich unter dem Eindruck der deutschen Beteiligung am Balkankrieg. Nun hieß es *„Eine Stärkung der PDS als linke Parlamentsopposition können auch revolutionäre Sozialisten nur begrüßen.“* Dabei vergisst Linksruck, dass die PDS niemals ins Parlament gekommen wäre, wäre es nach ihnen gegangen! Dieser unerklärte und nicht nachvollziehbare Zickzackkurs trieb dann unterschiedlichste Blüten. So gaben uns drei Berliner Linksruck-Mitglieder vor den Berliner Abgeordnetenhauswahlen im Herbst 1999 auf die Frage, zu welcher Wahl Linksruck aufrufe drei unterschiedliche Antworten: PDS, Grüne und für niemanden!

Marxismus und Wahlen

Wahlaufufe sind für eine marxistische Organisation keine Grundsatzfragen, sondern taktische Fragen. Sie sind abhängig von der konkreten Situation eine konkrete Wahl betreffend. Die SAV ist in den letzten Jahren sehr flexibel an verschiedene Wahlen herangegangen. Neben der schon ausgeführten kritischen Unterstützung für die PDS bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 haben wir bei verschiedenen Kommunal- und Landtagswahlen auf linken Bündnislisten bzw. selbständig als SAV kandidiert. Grundsätzlich hatte sich die SAV bei den Kommunalwahlen 1999 für die Bildung von Listen links von SPD und Grünen in Westdeutschland eingesetzt. In einigen Orten war dies aufgrund der rechten Politik der örtlichen PDS bzw. eines Alleinvertretungsanspruches der PDS nicht möglich. In Rostock und Berlin haben wir uns dazu entschlossen eigenständig gegen die PDS zu kandidieren beziehungsweise KandidatInnen links der PDS zu unterstützen, weil die PDS in diesen Städten an Sozialabbau und Privatisierungen teilgenommen hatte. So haben wir bei den Kommunalwahlen 1999 in Köln gemeinsam mit verschiedenen Linken auf der Liste der PDS/Kölner Linke kandidiert, in Stuttgart auf der Liste der Internationalen Demokratischen Linken (IDL), in Berlin (zum Abgeordnetenhaus) auf der Liste der Demokratischen Linken, während wir in Aachen, Rostock und Berlin (Prenzlauer Berg) als SAV-Liste angetreten sind. 2001 kandidieren SAV-Mitglieder auf der Liste Regenbogen in Hamburg.

Die Sektionen des CWI haben in vielen Ländern erfolgreiche Wahlkampagnen durchgeführt. So wurde Joe Higgins als Kandidat der irischen CWI-Sektion Socialist Party 1997 ins nationale Parlament gewählt, gibt es in England sechs Stadträte der dortigen Socialist Party, hat die Sozialistische Gerechtigkeitspartei Stadträte im schwedischen Umea, ist ein Mitglied unserer kasachischen Schwesterorganisation Stadtrat in Uralsk und zwei unserer niederländischen GenossInnen sind Stadträte für die dortige Sozialistische Partei (eine ex-maoistische, heute reformistische kleine Massenpartei, in der unsere niederländische Schwesterorganisation Offensief arbeitet). Die IST hat uns über Jahre Wahlfetischismus und Parlamentarismus vorgeworfen (nachdem sie Mitte der 70er

Jahre bei eigenständigen Kandidaturen so schlechte Ergebnisse erzielt hatten, dass sie dieses „heiße Eisen“ nicht mehr anfassen wollten). Ihre Position war so einfach, wie sie platt war: Die Parlamente sind zur Erreichung des Sozialismus nicht geeignet. Aus dieser theoretisch korrekten Position kann man aber nicht die Schlussfolgerung ziehen, dass MarxistInnen nicht bei Parlamentswahlen antreten sollten. Das hängt vom Stand der Klassenkämpfe, des Bewusstseins und der Stärke der marxistischen Kräfte ab. Wahlen sind eine niedrige Form des Klassenkampfes. Auch wenn die Arbeiterklasse bei Parlamentswahlen zersplittert und nicht in kollektiver Aktion handelt, wenn sie dadurch der bürgerlichen Propaganda noch mehr ausgesetzt ist und keine Möglichkeit hat ihren sozialen und politischen Forderungen wirklichen Ausdruck zu verleihen, so drücken sich in Wahlen auch der Kampf zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse aus.

SAV und CWI haben Wahlkampagnen immer nur als einen Bestandteil ihrer Kampagnenarbeit betrachtet. Wahlkampagnen haben wir immer mit konkreten Kampagnen und Kämpfen zu anderen Fragen verbunden. Das beste Beispiel hierfür war die Wahl von Joe Higgins ins irische Parlament: Basis des Erfolges war nicht eine besonders große und gut organisierte Wahlkampagne, sondern der Kampf gegen die Einführung von Wassergebühren, den die irische Socialist Party maßgeblich geführt hatte. Unsere irischen Genossinnen und Genossen konnten einen erfolgreichen Boykott der neu erhobenen Wassergebühren in Dublin organisieren. Auf der Grundlage dieser Kampagne wurde Joe Higgins ins Parlament gewählt und er konnte seine Parlamentsposition sofort nutzen, um diesen Kampf von der Parlamentstribüne aus zu unterstützen.

Ebenso konnten wir bei den Kommunalwahlen in Bremerhaven 1995 über 1000 Stimmen auf der Grundlage des erfolgreichen Kampfes gegen die Privatisierung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft STÄWOG erzielen. Unsere parlamentarische Arbeit führen wir nicht mit der Illusion, durch das Parlament den Kapitalismus abschaffen zu können und wir verstehen sie nicht als einen Ersatz für außerparlamentarische Arbeit. Weiterhin ist der Schwerpunkt der Aktivitäten unserer irischen Partei außerhalb des Parlaments. Wir nutzen das Parlament in erster Linie als Tribüne für sozialistische Propaganda, nutzen die Parlamentarierposition als Brücke um ArbeiterInnen zu erreichen, vor allem wenn sie sich im Kampf befinden. Aber wir nutzen natürlich auch das Parlament, wie jede andere bürgerlich-demokratische Institution, um Kämpfe durch konkrete Parlamentsinitiativen zu unterstützen. Außerdem arbeiten unsere Abgeordneten auf der Grundlage eines durchschnittlichen Facharbeiterlohnes, das heißt sie geben den Teil ihrer Diäten, der über diesen Betrag hinausgeht, an die Partei und die Arbeiterbewegung zurück und lehnen alle Formen von Privilegien ab.

Die IST hat in einigen Ländern ihre Haltung zu Wahlen in den letzten zwei, drei Jahren geändert. Einmal mehr

konnten wir nicht herausfinden, welche Analyse dieser Veränderung ihrer Politik zugrunde lag. Wir gehen davon aus, dass sie von verschiedenen sozialistischen Wahlerfolgen (vor allem der Wahl von Joe Higgins in Irland, den Erfolgen der Schottischen Sozialistischen Partei und der Wahl der französischen TrotzkiInnen ins Europaparlament) so beeindruckt waren, dass sie ihren Kurs veränderten.

Auch Linksruck scheint die Zeiten von Wahlaufufen für die SPD vorerst hinter sich gelassen zu haben. Bei den Europawahlen 1999 haben sie zur Wahl der PDS aufgerufen, bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen unterstützen sie die Regenbogen-Liste. Aber auch diese neue Politik bei Wahlen ist nicht in eine klare politische Strategie eingebettet und hat einen willkürlichen Charakter. Während Linksruck für hier und heute linke Wahlbündnisse unterstützt, Widerstandsnetzwerke aufbauen will und viel von linker Einheit spricht, haben sie bisher die Frage des Aufbaus einer neuen Arbeiterpartei übergangen. Dieser kommt jedoch in den kommenden Jahren eine zentrale Bedeutung zu.

Für eine neue Arbeiterpartei

In dem Kasten „Was will die SAV?“, der in jeder Ausgabe der VORAN erscheint, steht: *„Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.“*

Ultralinke Sektierer werden uns vorwerfen, dass wir mit dieser Position die Bildung von reformistischen Organisationen unterstützen, deren Aufgabe in der Geschichte immer war, die Arbeiterklasse vom Kampf für die sozialistische Revolution abzuhalten. Wir hingegen sehen die Aufgabe von MarxistInnen auch darin konkrete Schritte aufzuzeigen durch die die Arbeiterklasse wieder ein unabhängiges Klassenbewusstsein entwickeln kann, Kampferfahrung sammeln kann und der Aufbau einer revolutionär-sozialistischen Massenpartei in der Zukunft möglich wird. MarxistInnen haben heute eine doppelte Aufgabe: die Arbeiterbewegung im breiten Sinne wieder aufzubauen und gleichzeitig eine revolutionäre Partei aufzubauen.

Dabei gehen wir davon aus, dass die Masse der Arbeiterklasse nicht auf direktem Weg zu revolutionären, sozialistischen Schlussfolgerungen gelangen wird. Das bedeutet auch, dass eine revolutionäre Organisation, wie SAV oder Linksruck, nicht geradlinig zu einer Massenkraft wird anwachsen können. Als Folge von kapitalistischen Krisen und Klassenkämpfen wird sich in den nächsten Jahren zuerst ein antikapitalistisches und später auch

ein sozialistisches Massenbewusstsein bilden. Jedoch bedeutet, dass noch nicht Klarheit über den Weg zum Sozialismus. Die Masse der ArbeiterInnen wird zuerst die Wege ausprobieren, die einfacher erscheinen, bis sie die Schlussfolgerung ziehen wird, dass eine sozialistische Revolution und dafür eine revolutionäre Partei nötig sind. Reformismus, also entweder die Idee den Kapitalismus zu reformieren (bürgerlicher Reformismus) oder den Sozialismus durch Reformen zu erreichen (sozialistischer Reformismus) wird als der Weg des geringsten Widerstandes gesehen. Die Erfahrung mit Reformismus und Linksreformismus wird die Masse der Arbeiterklasse in Zukunft aber nicht in den alten traditionellen Parteien, wie der SPD, machen, sondern in neuen Formationen, die erst noch entstehen werden.

Wir betrachten die Bildung von reformistischen und linksreformistischen Massenformationen als einen unausweichlichen Schritt beim Wiederaufbau der Arbeiterbewegung. Aufgrund des derzeitigen Zustands des Fehlens einer Arbeiterpartei würde die Bildung einer solchen Partei, auch wenn sie ein reformistisches Programm hätte, einen Schritt vorwärts bedeuten. Ähnlich hat Lenin die Bildung der britischen Labour Party begrüßt, obwohl sie kein sozialistisches Programm hatte. Aber sie stellte in seinen Augen einen Schritt hin zu einer sozialistischen Arbeiterpartei dar. Auch Trotzki hat in den dreißiger Jahren in den USA zur Bildung einer Arbeiterpartei aufgerufen, als er durch die Entwicklung der Klassenkämpfe und des Aufschwungs der unabhängigen Gewerkschaften zu der Schlussfolgerung kam, dass die Kommunistische Partei nicht zur Hauptkraft in der Arbeiterbewegung werden könne.

Die SAV würde die Bildung einer neuen Arbeiterpartei aktiv unterstützen und für die Annahme eines sozialistischen Programms eintreten. Dies würden wir aber nicht zur Bedingung unserer Mitarbeit machen. Wir würden für eine demokratische Struktur der Partei eintreten, die es ermöglicht Fraktionen und Plattformen zu bilden, die ihr Eigenleben fortsetzen können und eigene Publikationen herausbringen können. Wir würden in einer solchen Partei unsere eigenen Strukturen und unabhängige Arbeit als marxistische Organisation nicht beenden. Vor allem würden wir aber keine reformistische Politik unterstützen oder bejubeln. Wir kämpfen für die Erreichung von Reformen, aber nicht für eine reformistische Politik.

Wie wir im Kapitel „Das Programm“ ausführen, hat Linksruck/IST eine völlig andere Herangehensweise in dieser Frage. So hat die SWP in Großbritannien in der Sozialistischen Allianz durchgesetzt, dass die Forderung *„Besteuert die Reichen und die Konzerne um den Wohlfahrtsstaat wieder zu errichten“* aufgestellt wird. Während wir natürlich Forderungen zur Besteuerung der Reichen und Konzerne unterstützen, würden wir damit nicht die Illusion verbinden, dass nur durch solche Umverteilungsmaßnahmen das Sozialsystem der Vergangenheit wieder errichtet werden könnte. Wir würden solche Forderungen als Ausgangspunkt nehmen, um für die Über-

führung der Konzerne und Banken in Gemeineigentum und eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft zu argumentieren.

Linksruck hat sich nicht zuletzt dadurch hervorgetan, dass sie 1999 in lautes Jubelgeschrei ausgebrochen sind, als Oskar Lafontaine sein Buch „Das Herz schlägt links“ veröffentlicht hat und eine unkritische Haltung zur Person Lafontaine und seinen halb-reformistischen Ideen eingenommen (Lafontaine verteidigt in seinem Buch unter anderem die Erhöhung des Renteneinstiegsalters und distanziert sich nicht von der unter ihm betriebenen Politik von Lohnverzicht und Privatisierungen).

Wie wird eine neue Arbeiterpartei entstehen? Wir gehen nicht davon aus, dass die Grundlage für eine neue Massenpartei der Arbeiterklasse durch eine einzige Entwicklung vollzogen werden wird. Also weder durch eine große Spaltung von SPD oder PDS, noch durch die Vereinigung der existierenden linken und sozialistischen Organisationen/Parteien. Eine neue Arbeiterpartei wird sich wahrscheinlich aus unterschiedlichen Quellen speisen und es wird auf dem Weg zu ihrer Bildung auch Fehlgeburten geben, Formationen, die entstehen und nach einiger Zeit wieder verschwinden.

Es wird mehrere Wellen von Klassenkämpfen bedürfen, um die Bildung einer neuen Massenpartei zu ermöglichen. Bis dahin wird es zu verschiedenen, zum Teil lokalen und regionalen Entwicklungen kommen, die dies vorbereiten werden. Dazu werden auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene die Entwicklung von oppositionellen Strömungen in den Gewerkschaften, neuer kämpferischer Vertrauensleutkörper und von alternativen Betriebs- und Personalratslisten gehören. Dazu werden die Strukturen gehören, die sich zur Zeit in der antikapitalistischen Bewegung bilden, wie ATTAC und andere. Dazu werden Wahlbündnisse gehören, die wahrscheinlich erst einmal einen lokalen Charakter tragen werden, wie verschiedene linke Wahllisten bei Kommunalwahlen. Dazu wird wahrscheinlich auch die heutige PDS-Linke und einzelne Linke in SPD und Grünen gehören.

Aufgabe von MarxistInnen ist es alle Ansätze zu solchen Formationen zu unterstützen, wenn sie etwas repräsentieren. Aufgabe von MarxistInnen ist es auch ArbeiterInnen, die sich im Kampf befinden zu motivieren die politische Ebene zu betreten, zum Beispiel durch eigenständige Kandidaturen bei Wahlen. So hat die britische Sektion des CWI die „Kampagne gegen die Privatisierung der U-Bahn“ begrüßt, die bei den Londoner Kommunalwahlen angetreten war und hat für die Bildung einer einheitlichen linken Wahlliste gekämpft. Beim aktuellen Kampf der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Londoner Stadtteil Hackney unterstützen wir die Kandidatur von Arbeiterkandidaten gegen Privatisierungen und Sozialkürzungen.

Für Linksruck/IST scheint es in dieser Frage nur schwarz und weiß zu geben. Die Bildung einer neuen Massenpartei der Arbeiterklasse hat sie aber nirgends auf ihre Fahne geschrieben. Während sie in der Vergangenheit

alle Linken kritisiert haben, die bei Wahlen angetreten sind und selber zur Wahl der Sozialdemokratie aufgerufen haben, haben sie diesen Kurs zwar verändert, aber sie nehmen nach wie vor eine einseitige Haltung zur Frage der Arbeiterpartei ein. In Deutschland hat Linksruck zwar begonnen, Kandidaturen links von rot-grün zu unterstützen, sich bisher aber nicht daran beteiligt (was sich wahrscheinlich ändern wird, da Linksruck in der Regel jede taktische Wende, die in London vollzogen wird mit einiger Zeitverzögerung nachholt). In England ist die SWP in die Sozialistischen Allianz eingetreten und hat sie aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit de facto übernommen und sieht die Allianzen als die einzige Möglichkeit von ArbeiterInnen sich politisch zu organisieren bzw. bei Wahlen anzutreten. In Schottland ist die SWP am 1.Mai in die Schottische Sozialistische Partei eingetreten (übrigens ohne eine ausführliche Diskussion innerhalb der eigenen Partei) und hat weitgehende undemokratische Richtlinien akzeptiert, die zum Beispiel beinhalten, dass Strömungen innerhalb der SSP ihre Zeitungen nicht öffentlich verkaufen sollen.

Die Entwicklung, die die IST nehmen wird, ist noch nicht vorauszusehen. Sie schwankt zwischen ultralinker Phrasendrescherei und Opportunismus. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie sich vollständig für die Projekte von linker Einheit begeistern wird und ihr eigenes Organisationsprofil dabei immer schwächer werden wird. Sie könnten dieselben Fehler begehen, die die Organisationen des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale (Anhänger Ernest Mandels) begingen, indem sie sich reformistischen und linksreformistischen Kräften angepasst und in breiten Formationen aufgelöst haben und den Aufbau einer revolutionären Organisation vernachlässigt haben. Genauso ist es möglich, dass sie, wie es zur Zeit in England der Fall zu sein scheint, einfach versuchen breitere Formationen unter ihre Kontrolle zu bekommen und ihre sektiererischen Methoden einfach auf diese zu übertragen.

Eine Strategie für Betriebe und Gewerkschaften?

In den Betrieben und Gewerkschaften konzentriert sich die kollektive Stärke und ökonomische Macht der Arbeiterklasse. Sie sind entscheidend für eine erfolgreiche sozialistische Revolution. Trotz Mitgliederschwund und der völligen Abgehobenheit der Spitzenfunktionäre, sind die Gewerkschaften mit ihren acht Millionen Mitgliedern die potenziell mächtigste Kraft in der Gesellschaft. Die Gewerkschaften werden heute von einer pro-kapitalistischen Bürokratie kontrolliert. Sie blockiert die Kampfkraft der Arbeiterklasse, betreibt Co-Management mit Unternehmen und Regierung und verbreitet die Ideologie von Marktwirtschaft und Konkurrenzkampf.

Eine marxistische Organisation, die sich in der Arbeiterklasse verankern will und ArbeiterInnen gewinnen will, braucht daher ein klares Programm und eine Strategie für die Betriebe und Gewerkschaften. Das bedeutet nicht, dass die Politik gegenüber Gewerkschaften und Betrieben immer im Vordergrund stehen muss. Vor allem in Zeiten, wo betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe der gesellschaftlichen Entwicklung nicht den Stempel aufdrücken, können andere Bewegungen zentral sein. Das gilt derzeit für Antifaschismus, Jugendbewegungen, Antikapitalismus etc.. Auch Stadtteilarbeit, Frauenarbeit, Jugendarbeit, Beteiligung an Wahlen sind wichtige Arbeitsbereiche für MarxistInnen. Dadurch ist es in Zeiten wo der Klassenkampf allgemein auf niedrigem Niveau stattfindet für eine kleine Organisation möglich unter der Jugend und der Arbeiterklasse insgesamt eine Basis aufzubauen. Eine Orientierung auf die Arbeiterklasse muss dabei jedoch immer aufrechterhalten werden. Selbst wenn die Möglichkeiten für betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit begrenzt sind, muss ein Programm für Betriebe und Gewerkschaften vorhanden sein. Denn nur so können Mitglieder einer revolutionären Organisation im marxistischen Sinne ausgebildet werden und die Fähigkeit erlernen in Arbeiterkämpfe einzugreifen und den Dialog mit ArbeiterInnen zu führen.

Linksrucks Gewerkschaftsarbeit

Es ist nicht einfach Linksrucks betriebliche und gewerkschaftliche Politik zu bewerten. Nach Durchsicht der Linksruck-Zeitung und der Website kann man nur zu einer Schlussfolgerung kommen: Es gibt keine Politik und keine Strategie für die Betriebe und Gewerkschaften. Nachdem wir anhand einiger Beispiele Linksrucks Politik in Betrieben und Gewerkschaften darstellen wollen, werden wir dann die IST-Politik anhand von Beispielen aus Irland und Großbritannien darlegen, wo die jeweilige SWP aufgrund ihrer Größe betriebliche und gewerkschaftliche Politik macht und deshalb besser zu bewerten ist.

Tatsächlich macht Linksruck keine gezielte und organisierte Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften. Außer

Solidaritätsarbeit für Streiks und Betriebsbesetzungen findet man dafür zumindest keine Beispiele in ihrer Zeitung. Ihre betriebs- und gewerkschaftspolitische Strategie scheint sich in Zeitungsverkäufen und Mitgliederwerbungsversuchen zu erschöpfen. Außer dem Aufruf in die Gewerkschaften einzutreten und in ihnen aktiv zu sein, gibt es keine weiteren Vorschläge für die Inhalte und die Methoden gewerkschaftlicher Arbeit. Die Rolle der Gewerkschaftsbürokratie wird darin erkannt, sich mit dem Kapitalismus zu arrangieren und Kämpfe von ArbeiterInnen zurückzuhalten. Linksruck hat dagegen kein Programm und keine Strategie. Ihre einzige Antwort: Aufbau einer revolutionären Organisation. Dies wird in folgendem Zitat aus Linksruck Nr. 89 (21. Juni 2000) deutlich, welches sich mit der Streiksabotage der ÖTV-Führung in der Tarifrunde 2000 auseinandersetzt: *„Der Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst zeigt die Notwendigkeit einer Organisation, die nicht den Konsens mit den Bossen sucht, sondern für Kampf argumentiert, wenn die Gewerkschaftsführung den Kampf verweigert. Diese Organisation kann nicht auf der Grundlage von Markt und Profit stehen, sondern muss eine antikapitalistische, revolutionäre Organisation sein.“* Damit macht Linksruck kritischen und kämpferischen GewerkschaftsaktivistInnen nur einen Vorschlag: In eine revolutionäre Organisation einzutreten – und das ohne ihnen Vorschläge für die betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit zu machen.

Zwei Monate später wurden die Aufgaben von SozialistInnen in den Gewerkschaften darin beschrieben, dafür zu kämpfen, dass aus möglichst vielen Betrieben und Gewerkschaftsgliederungen Delegationen zur Demonstration gegen IWF und Weltbank nach Prag fahren. Auf den Sozialismus-Tagen der SAV erklärte Regina Sternal, Mitglied der Linksruck-Bundeskoordination, auf die Frage nach der betrieblich-gewerkschaftlichen Politik von Linksruck, es sei *„konkrete Arbeiterpolitik“* am 1. Mai zu der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel nach Genua im Juli 2001 zu mobilisieren. Es ist natürlich richtig und wichtig, innerhalb der Gewerkschaften zu den antikapitalistischen Protesten zu mobilisieren. Sozialistische Gewerkschaftspolitik darf sich aber nicht darauf beschränken. Das Linksruck-Mitglied Christian Godau wird im Programmheft zu den Rosa Luxemburg Tagen 2001 wie folgt zitiert: *„In meinem Betrieb herrscht eine enorme Unzufriedenheit über die Arbeits- und Pflegebedingungen. Es ist keine Zeit für eine menschenwürdige Pflege. Das ist die Folge neoliberaler Politik, die Konzerninteressen vor soziale Interessen stellt. Die Alternative liegt in der antikapitalistischen Bewegung.“* Wenn Christian Godau den KollegInnen als einzige Antwort auf die konkreten Probleme im Betrieb die Demonstration im Juli 2001 in Genua anbietet, ist das keine Antwort auf die Frage, wie er und seine KollegInnen im Betrieb Widerstand organisieren können und wie sie die

Gewerkschaft unter Druck setzen können örtlich, regional und bundesweit einen Kampf gegen die miserablen Arbeitsbedingungen zu führen.

Linksruck ignoriert die Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften weitgehend, weil sie sich durch diese Arbeit keine kurzfristigen Erfolge beim Aufbau ihrer Organisation versprechen. Linksruck versteht nicht, dass im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich ein langer Atem notwendig ist, um sich zu verankern und Positionen aufzubauen, mit denen SozialistInnen in Zukunft hunderte und tausende von ArbeiterInnen werden beeinflussen und führen können. Einzelne betriebliche und gewerkschaftliche AktivistInnen können durch Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit schon heute für eine sozialistische Organisation gewonnen werden. Das wichtigste Ziel der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit von Sozialisten muss heute der Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und die Gewinnung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Positionen sein. Dadurch können SozialistInnen in der Praxis die Überlegenheit ihrer Ideen, ihrer Kampfmethoden und ihre persönliche Opferbereitschaft beweisen. Durch die Erfahrung im Klassenkampf können sie ihren Horizont und ihren Einblick in den Zustand der kapitalistischen Gesellschaft und deren Perspektiven erweitern und daraus weitere Schlussfolgerungen ziehen.

Die Gewerkschaftsarbeit der SAV

Die SAV hat im Unterschied zu Linksruck eine klare Strategie und Politik in diesem Bereich. Wir treten, trotz der rechten und pro-kapitalistischen Politik der heutigen Gewerkschaftsführung, für die aktive Mitarbeit in den DGB-Gewerkschaften ein. Gleichzeitig rufen wir dazu auf innerhalb dieser Gewerkschaften Zusammenschlüsse kritischer, kämpferischer KollegInnen als Opposition zur Gewerkschaftsführung zu bilden. Diese sollen eine programmatische und personelle Alternative zur Gewerkschaftsführung aufbauen und den Kampf anführen, die Gewerkschaften zu Kampforganisationen zu machen. Gleichzeitig sehen wir, dass immer häufiger Kämpfe gegen die Führung der Gewerkschaften oder sogar an den gewerkschaftlichen Strukturen vorbei organisiert werden müssen, weil die jeweiligen Gewerkschaftsführungen Kämpfe blockieren. Das kann auch dazu führen, dass sich ArbeiterInnen unabhängig von der Gewerkschaft organisieren, wie zuletzt geschehen bei den Berliner Callcenter-Beschäftigten, die die CallCenterOffensive gegründet haben. Auch kämpferische oppositionelle Listen bei Betriebsratswahlen können dabei von Bedeutung sein. Die SAV unterstützt auch solche Initiativen und stellt Mitgliedschaft in der Gewerkschaft bzw. die Organisation von Kämpfen durch die offiziellen Strukturen nicht zur Bedingung für ihre Unterstützung. SAV-Mitglieder in der ÖTV haben 1996 gemeinsam mit anderen KollegInnen die Initiative zur Gründung des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ ergriffen und damit die Bildung einer innergewerkschaftlichen Opposition initiiert. Wir sind von

Beginn an aktiver Teil der „Initiative für die Vernetzung der Gewerkschaftslinken“, die bundesweit kritische GewerkschafterInnen zusammen bringt. Wir unterstützen und beteiligen uns aktiv am Aufbau von lokalen Gruppen dieser Initiative. Wir machen Vorschläge für Aktionen, setzen uns für eine Plattform und verbindliches Auftreten ein.

Die wenig ernsthafte Herangehensweise der Linksruck-Führung an die Frage innergewerkschaftlicher Arbeit wurde auf den und nach den Rosa-Luxemburg-Tagen 2000 (die während der Tarifrunde im öffentlichen Dienst stattfanden) deutlich. SAV-Mitgliedern, die auf der Veranstaltung die Zeitung des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ anboten, wurde dies von Linksruck-Führungsmitgliedern untersagt. Erst als sich die SAV-Mitglieder weigerten diesem Verbot Folge zu leisten und Linksruck-Basismitglieder und andere TeilnehmerInnen der Veranstaltung protestierten, lenkte die Linksruck-Führung ein. Aufgrund der Tatsache, dass die Idee einer innergewerkschaftlichen Opposition und die Arbeit des Netzwerks in der ÖTV bei vielen TeilnehmerInnen sehr gut ankamen, fühlte sich die Linksruck-Führung dazu gezwungen, einem Netzwerk-Mitglied besondere Redezeit zuzugestehen und versprach, dass sie innerhalb der Linksruck-Bundeskoordination ihr Verhältnis zum Netzwerk diskutieren und möglicherweise darin mitarbeiten würden. Dies scheint ein leeres Versprechen gewesen zu sein, denn die Linksruck-Führung ist zu keinem Zeitpunkt auf das Netzwerk zugegangen, es hat keine politische Erklärung gegeben und Linksruck-Mitglieder nehmen nicht an Netzwerk-Treffen teil.

Die ver.di-Gründung

Wie weit Linksruck von den Diskussionen und Stimmungen unter GewerkschaftsaktivistInnen entfernt ist, zeigt sich am beharrlichen Schweigen zur ver.di-Gründung in den Linksruck-Ausgaben vor dem ver.di-Gründungskongress. Die SAV hat von Beginn des Fusionsprozesses an erklärt, dass es sich dabei um ein Projekt der Gewerkschaftsbürokratie handelt, das die gewerkschaftliche Kampfkraft nicht steigern, sondern die Kontrolle der Bürokratie über die Gewerkschaften verstärken wird. Wir haben auf den undemokratischen Charakter der Fusion hingewiesen und dazu aufgerufen gegen die Fusion zu stimmen. Schon Ende 1998, vor allen anderen KritikerInnen, hat das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV, unter der maßgeblichen Beteiligung von SAV-Mitgliedern eine erste Resolution gegen eine fusionierte Dienstleistungsgewerkschaft verabschiedet.

Eine Woche nach der ver.di-Gründung, die von vielen linken GewerkschafterInnen als eine politische Niederlage empfunden wurde und von noch viel mehr nur mit großen Bauchschmerzen und Skepsis mitgetragen wurde, erschien dann im Linksruck ein Jubelbericht über den „ersten ver.di-Streik“. Ein Lufthansa-Beschäftigter wird kommentarlos zitiert: „Ich hoffe, dass wir durch Ver.di mehr Macht bekommen. Jetzt, wo wir alle verei-

nigt sind, kann ein Streik zum Beispiel bei der Post auf andere Betriebe verbreitert werden.“ Damit schürt Linksruck gewaltige Illusionen in ver.di und nimmt eine unkritische Haltung ein (was die ver.di-Führung übrigens vom Kampf für höhere Löhne bei der Lufthansa hält zeigt sich in ihrer arbeitgeberfreundlichen Streikbrecherhaltung zum Streik der PilotInnen). Tatsächlich fällt man so den gewerkschaftlichen Linken, die sich ver.di gegenüber kritisch geäußert haben in den Rücken. Tatsache ist, dass ver.di nicht zu mehr Einheit, sondern zu einer weiteren Zersplitterung führt. Denn die neue Gewerkschaft gliedert sich in 13 Fachbereiche. Der öffentliche Dienst wird in acht Fachbereiche zergliedert. Das bedeutet, dass Müllmänner, BusfahrerInnen, Verwaltungsangestellte und KrankenpflegerInnen in Zukunft separate Sitzungen abhalten werden, seltener zusammen kommen und so auch die Möglichkeit für gemeinsame Kämpfe der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erschwert wird. ver.di bedeutet auch eine Schwächung der Gewerkschaft durch Abbau des gewerkschaftlichen Apparates und reduziert die Einflussmöglichkeiten der Mitglieder in der Gewerkschaft.

Die „Basisstrategie“ der IST

Während Linksruck also offensichtlich keine gewerkschaftspolitischen Vorstellungen hat, gilt das nicht für die IST insgesamt. Sie bezeichnen ihre gewerkschaftliche Strategie als „Basisstrategie“ (engl. rank-and-file-strategy). Diese hat sich, zumindest in Großbritannien und Irland, in den letzten Jahren als eine sektiererische Rechtfertigung dargestellt, um nicht mit anderen Linken zusammen zu arbeiten. Grundlage dieser Herangehensweise ist weitgehend die Einstellung, dass alle Gewerkschaftsfunktionäre – ob nun Linke oder Rechte – Bürokraten seien (es sei denn, es handelt sich um Mitglieder der SWP). Mitarbeit in breiten linken Bündnisstrukturen innerhalb der Gewerkschaften wurde daher bis vor kurzem abgelehnt und stattdessen sogenannte „Basisgruppen“ gegründet, die in der Regel nicht mehr repräsentierten, als die SWP-Mitglieder und SWP-SympathisantInnen in der entsprechenden Gewerkschaft. Dadurch hat die SWP nicht an den wichtigen Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaft teilgenommen, bei denen linke Bündnisse versucht haben sich gegen die rechte Führung zu vereinigen. Die SWP hat dies damit begründet, dass auch linke Gewerkschaftsfunktionäre immer wieder Kämpfe blockiert haben. Dies darf aber kein Grund sein, um in spezifischen Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften eine Einheitsfrontpolitik abzulehnen. Letztlich finden in solchen Auseinandersetzungen auch Differenzierungsprozesse innerhalb der Linken statt, die den Revolutionären die Möglichkeit geben ihre Unterstützung auszuweiten.

Zwei Beispiele aus Großbritannien und Irland für diese sektiererische Politik der jeweiligen SWP: Bei der Wahl zum Posten des Generalsekretärs in der größten britischen Gewerkschaft UNISON trat 1996 das CWI-Mitglied

Roger Bannister als Kandidat der „Kampagne für eine kämpfende und demokratische UNISON“ (engl. Abkürzung CFDU) an. Die CFDU ist die breite linke Opposition innerhalb von UNISON, in der CWI-Mitglieder und andere linke GewerkschaftsaktivistInnen zusammen arbeiten. Die SWP stellte damals einen eigenen Gegenkandidaten, Yunus Bakush, auf, anstatt eine gemeinsame linke Kampagne zu bilden. Bannister erhielt 18 Prozent, Bakush erhielt fünf Prozent. Bei den nächsten Wahlen sah sich die SWP nicht mehr in der Lage einen eigenen Kandidaten aufzustellen und Bannisters Ergebnis stieg auf über 30 Prozent.

In der irischen Gewerkschaft SIPTU stellte die SWP eine Kandidatin für einen Vorstandsposten auf, Carol Ann Duggan. Die Socialist Party, irische Sektion des CWI, begrüßte diese Entscheidung und, anstatt einen eigenen Kandidaten gegen Duggan aufzustellen, unterstützte sie die Kandidatur, weil sie zum richtigen Zeitpunkt kam und auf eine kritische Stimmung innerhalb der SIPTU-Mitgliedschaft stoßen konnte. Die irische SP trat dann gemeinsam mit anderen Linken an die SWP heran, um eine gemeinsame, breite, linke Kampagne für Duggan durchzuführen. Diese Angebote wurden von der SWP ignoriert. Trotz eines guten Wahlergebnisses ergriff die SWP keine Initiative mit anderen Linken ein wirkliches Basisnetzwerk aufzubauen, sondern lehnte organisierte Zusammenarbeit ab. Das Ergebnis war, dass das Wahlergebnis von Carol Ann Duggan ein einmaliges Ereignis war, sie bei den nächsten Wahlen sehr viel schlechter abschnitt und keine Oppositionsstrukturen innerhalb der Gewerkschaft gebildet wurden.

In Großbritannien scheint die SWP einmal mehr eine Wende ihrer Politik eingeleitet zu haben und ist in die dortige CFDU eingetreten. Ob dies zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit führen wird oder die SWP, wie so oft, auch hier nur versuchen wird eine breite Bündnisstruktur unter ihre Kontrolle zu bekommen, muss sich zeigen. Linksruck in Deutschland muss überhaupt erst damit beginnen betrieblicher und gewerkschaftlicher Arbeit den Stellenwert zukommen zu lassen, den diese für MarxistInnen haben sollte.

Welche Aufgaben hat die antifaschistische Bewegung?

oder: was ist eigentlich eine antifaschistische Einheitsfront?

Der Kampf gegen den Faschismus ist von zentraler Bedeutung für SozialistInnen. Angesichts wachsender faschistischer Organisationen wie der NPD, zunehmendem Terror gegen Nichtdeutsche, Juden/Jüdinnen und AntifaschistInnen und angesichts faschistischer Wahlerfolge ist der Antifaschismus zu einem der wichtigsten Themen für die Linke in der Bundesrepublik geworden. Aufgrund dieser Zustände, aber auch aufgrund der „antifaschistischen“ Stellungnahmen und Mobilisierungen von Seiten der Regierung stellt sich die Frage, wie eine Bewegung aufgebaut werden kann, die tatsächlich in der Lage ist die Nazis zu stoppen: Welche politischen Inhalte sind nötig, um eine Massenbewegung gegen die Faschisten dauerhaft aufzubauen? Welche Strategie und Taktik müssen AntifaschistInnen anwenden? Wer sind die BündnispartnerInnen beim Aufbau einer antifaschistischen Bewegung?

Von weitgehend übereinstimmenden Betrachtungen des Hitler-Faschismus und der Ursachen für das Wachstum faschistischer Kräfte seit den 90er Jahren kommen SAV und Linksruck in einigen entscheidenden Fragen antifaschistischer Politik zu sehr verschiedenen Schlussfolgerungen. Diese Tatsache hält uns nicht davon ab gemeinsam mit Linksruck und anderen Kräften aus der antifaschistischen Bewegung, der Linken und den Gewerkschaften gegen die Nazis zu kämpfen. Eine Debatte ist aber innerhalb der antifaschistischen Bewegung notwendig, um eine erfolgreiche Strategie gegen Rechts zu entwickeln und um der Bewegung eine Perspektive zu geben.

Trotzkis Einheitsfrontkonzept

Sich auf Trotzki beziehend fordert Linksruck richtigerweise eine Einheitsfront gegen die Faschisten. Bei näherer Betrachtung wird aber deutlich, dass sich die Einheitsfront Trotzkis in einigen wichtigen Punkten von der Einheitsfront von Linksruck unterscheidet. Trotzki hatte einen Klassenstandpunkt eingenommen und eine Arbeitereinheitsfront gefordert. Unter den konkreten Umständen der frühen 30er Jahre bedeutete das für die Einheitsfront der beiden großen Arbeiterparteien einzutreten: der SPD und der KPD (die KPD war vor 1933 eine Massenpartei in allen Teilen Deutschlands).

Es geht hier nicht darum Trotzkis Position nachzubeten, sondern seine Faschismusanalyse zu verstehen und daraus die richtigen Schlussfolgerungen für die Gegenwart zu ziehen.

Trotzkis Position fußte auf der Erkenntnis, dass der Faschismus eine besondere Form bürgerlicher/kapitalistischer Reaktion war. Vor dem Hintergrund von Weltwirt-

schafts- und massenhafter Arbeitslosigkeit und Verelendung entwickelte sich einerseits eine breite Radikalisierung sowohl innerhalb der Arbeiterklasse (die zu einer Stärkung der KPD führte) und auch innerhalb der kleinbürgerlichen Mittelschichten (Bauern, Beamte, kleine Gewerbetreibende, Handwerker, Militärs etc.). Letztere hatten nach dem Ersten Weltkrieg und während der revolutionären Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse bis 1923 vielfach die Hoffnung auf eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft gelegt. Die Niederlagen der Arbeiterklasse und die verpassten Chancen den Kapitalismus abzuschaffen führten dazu, dass die Mittelschichten sich enttäuscht von der Arbeiterbewegung abwendeten und nach einer anderen Lösung suchten. So wurden sie von Hitlers NSDAP mehr und mehr angezogen und organisiert. Er gaukelte ihnen einen dritten Weg jenseits von Kommunismus (der ihre ökonomische Situation als kleine Privateigentümer vom Standpunkt der Vergesellschaftung aus bedrohte) und Kapitalismus (der ihre ökonomische Situation vom Standpunkt der Konzentration von Kapital aus bedrohte) vor und baute mit SA und SS paramilitärische, terroristische Kampftruppen auf, die den entwurzelten Kleinbürgern eine Heimat boten und zu vollständigem Terror gegen die Arbeiterbewegung bereit waren. Gleichzeitig hatte das Kapital wachsende Angst vor dem Erstarken der Arbeiterbewegung und der KPD und einer möglichen sozialistischen Revolution. Die ökonomische Lage zwang das Kapital zu verschärften Angriffen auf die Rechte und sozialen Standards der Arbeiterklasse. Letztlich wollten die Herrschenden eine drastische Aufrüstung und einen neuen Krieg, um ihre Expansions- und Profitbestrebungen zu befriedigen. Dies war nur durchzusetzen, wenn die Arbeiterbewegung nachhaltig geschlagen wurde. Dazu war Hitlers hunderttausendfache Armee von SA und SS das einzige Mittel. Das Kapital brachte Hitler an die Macht, um die Arbeiterbewegung physisch zu zerschlagen. Der Kampf vor 1933 war ein Kampf zweier Alternativen: Faschismus oder Sozialismus.

Eine faschistische Bewegung hat nach Trotzki bestimmte spezifische Charakterzüge, die sie von anderen Formen bürgerlicher Reaktion unterscheidet: Vor allem den Massencharakter, Massenmobilisierungen und den Aufbau paramilitärischer Einheiten zur Eroberung der Straße und zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung.

Trotzki erklärte, dass ein einheitlicher Kampf der Arbeiterbewegung Hitler hätte stoppen können. Dies meinte er auch, aber nicht nur, im physischen Sinne. Hitler hätte mit Gewalt gestoppt werden müssen. Die Arbeiterbewegung hatte auch ihre bewaffneten Kampfformationen – Reichsbanner, Eiserne Front, Rotfrontkämpferbund – aufgebaut, diese wurden aber aufgrund der falschen Politik der Führungen von SPD und KPD im entscheidenden Moment nicht eingesetzt.

Doch Trotzki's Einheitsfrontkonzeption war nicht in erster Linie eine militärische Strategie, sondern eine politische. Eine Einheitsfront der Arbeiterparteien hätte die Arbeiterklasse im Kampf zwischen Sozialismus und Faschismus politisch in die Offensive gebracht. Die Arbeiterbewegung hätte durch entschlossenes Handeln gegen die Nazis und für ihre allgemeinen Rechte einen gesellschaftlichen Ausweg aufgezeigt. In diesem Prozess hätte die KPD beweisen können, dass ihr Programm und ihre Kampfmethoden denen der Sozialdemokratie überlegen sind und die sozialdemokratischen Massen für das Programm der kommunistischen Revolution gewinnen können. Wenn Trotzki betonte, dass diese Einheitsfront „ohne Bedingungen“ geschlossen werden sollte, so verstand er darunter, dass die KPD nicht zur Bedingung machen durfte, dass solche sozialdemokratischen ArbeiterInnen, die sich einer Einheitsfront anschließen wollten, auch das allgemeine Programm der KPD unterstützen müssten. Trotzki argumentierte gegen die stalinistische Idee der „Einheitsfront von unten“, die vorsah, dass eben nur solche sozialdemokratischen ArbeiterInnen willkommen waren, die mit ihren sozialdemokratischen FührerInnen bereit waren zu brechen. Stattdessen argumentierte er für eine wirkliche Einheitsfront von oben und unten, in der die KPD-Führung Aktionsangebote an die SPD-Führung machte. Doch nirgendwo argumentierte Trotzki, dass der politische Inhalt solcher Einheitsfrontorganisationen schematisch auf die Frage der Zerschlagung der NSDAP begrenzt bleiben sollte und nicht auch soziale Fragen oder das Problem des Antisemitismus aufgreifen sollte.

Zur Einheitsfront der Arbeiterorganisationen ist es nicht gekommen. Die SPD vertraute auf die bürgerlichen Parlamente und auf die preußische Polizei und beschimpfte die KommunistInnen als „rotlackierte Faschisten“. Die KPD hingegen machte eine ultralinke Politik und bezeichnete die SPD als „Sozialfaschisten“ und weigerte sich ernsthafte Einheitsfrontangebote an die SPD zu machen. Eine der wenigen Ausnahmen war die kleine Gemeinde Bruchsal. Dort gelang es den deutschen Trotzkiisten vor 1933 eine Einheitsfront aller Arbeiterorganisation zu erreichen. Die Zeitung der trotzkistischen Organisation „Permanente Revolution“ berichtet wie der Einheitsfrontausschuss vorging: „Gegen Abbau der Löhne und der Sozialfürsorge sowie gegen die unmittelbare drohende Gefahr eines faschistischen Regierungsterrors“ mobilisierte die Einheitsfront zu einer Kundgebung. Für Trotzki und die deutschen Trotzkiisten gab es keine Trennung von antifaschistischer Einheitsfront und Kampf gegen die sozialen Ursachen für den Aufstieg der Faschisten.

SPD und Antifaschismus

Für eine solche Trennung tritt Linksruck aber in der aktuellen antifaschistischen Bewegung ein. Linksruck vertritt keinen Klassenstandpunkt, keine Einheitsfrontpolitik, sondern de facto eine Volksfrontpolitik. Das heißt eine Politik des Bündnisses mit bürgerlich-kapitalistischen Kräften

gegen den Faschismus; eine Politik die in der Geschichte zum Beispiel während des Spanischen Bürgerkrieges von der Arbeiterbewegung betrieben wurde und zum Sieg der Faschisten führte; eine Politik, die von Trotzki auf Schärfste bekämpft wurde.

Als Zugeständnis an diese bürgerlichen Kräfte ist Linksruck bereit die politische Grundlage antifaschistischer Bündnisse auf ein „Weg mit der NPD“ zu reduzieren und auf die Problematisierung von Rassismus und sozialen Fragen zu verzichten.

Linksruck schreibt zum Beispiel: „Wenn wir heute erfolgreich die Nazis in ihre Schranken weisen wollen, so ist die Politik der Einheitsfront unumgänglich. In diesem Zusammenhang ist es sehr zu begrüßen, dass Gerhard Schröder den „Aufstand der Anständigen“ fordert“. (Sozialismus von Unten Nr.5) Immer wieder richtet Linksruck Forderungen an die rot-grüne Regierung und bezieht sich positiv auf Schröder und Fischer. In einem Flugblatt bezeichnen sie die Regierungspolitik als „halbherzig“: „Die SPD müsste zu entschlossenem Widerstand gegen den Nazi-Terror aufrufen. Doch die bisherige Reaktion ist halbherzig: Innenminister Schily fordert Begrenzung von Zuwanderung, die unseren Interessen zuwiderläuft“. Naziaufmärsche werden regelmäßig genehmigt und von Polizei-Großaufgeboten geschützt. Gleichzeitig bedeutet die neoliberale Kürzungspolitik von Rot-Grün, dass sich die soziale Misere, auf der die Nazis aufbauen können, weiter verschärft.“ Trotz dieser Erkenntnis der rassistischen und arbeitnehmerfeindlichen Politik der rot-grünen Bundesregierung setzt Linksruck alles daran antifaschistische Bündnisse auf genau diese Regierungsparteien zu orientieren.

Im Berliner Bündnis gegen Rechts gab es im Vorfeld der Großdemonstration gegen die NPD-Bundeszentrale vom 7. Oktober 2000 eine Debatte über den Demonstrationsaufruf. SAV, Jugend gegen Rassismus in Europa und andere sind für zwei Grundpositionen eingetreten: 1. Der Aufruf muss die soziale Frage aufwerfen und Forderungen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau beinhalten; 2. Der Aufruf muss für eine antifaschistische Bewegung „von unten“ eintreten und sich vom heuchlerischen „Regierungsantifaschismus“ distanzieren und davor warnen sich auf die etablierten Parteien, Regierung und Staat zu verlassen.

Zu beiden Fragen gab es eine kontroverse Diskussion. Autonome AntifaschistInnen haben es abgelehnt die soziale Frage in den Aufruf zu integrieren, ihrer Ansicht nach besteht kein Zusammenhang zwischen sozialen Problemen und dem Aufstieg der Faschisten. Die Linksruck-VertreterInnen haben in dieser Frage geschwiegen. In der zweiten Frage haben sie sich massiv dafür eingesetzt, die von SAV und anderen vorgeschlagene Formulierung nicht zu benutzen, da diese eine Barriere für die SPD sein könne, an dem Bündnis teilzunehmen. Sie wollten den Inhalt des Aufrufs auf ein Thema begrenzen: Die NPD.

Ein zweites Beispiel: Auf einer Veranstaltung der von Linksruck geführten Kampagne „Weg mit der NPD“ im Februar 2001 in Berlin sagt ein führendes Linksruck-Mitglied unwidersprochen, dass auch antirassistische Positionen kein Grundsatz von antifaschistischen Bündnissen sein sollen.

Wieder kann hinter dieser Aussage nur ein Gedanke stehen: die für die rassistische Regierungspolitik verantwortliche SPD nicht zu vergraulen.

Dabei verbreitet Linksruck einen simplen Gedanken: Alle, die etwas gegen die Nazis machen wollen, sollen in antifaschistischen Bündnissen willkommen sein. Ihnen sollen keine Bedingungen gestellt werden. Wir müssen so viele Menschen wie möglich gegen die Nazis mobilisieren.

Auf den ersten Blick scheint dies eine vernünftige und pragmatische Position zu sein. Es scheint, dass Linksruck bereit ist ihre eigenen ideologischen Prinzipien zurückzustellen, um einen möglichst massenhaften und gemeinsamen Kampf gegen die Faschisten zu ermöglichen. Doch der erste Blick ist oftmals nur ein oberflächlicher Blick, oder, um es mit marxistischer Terminologie zu formulieren: Hier wendet Linksruck formale Logik an, wo Dialektik gefragt ist.

Wie eine Bewegung aufbauen?

Um eine dauerhafte Bewegung gegen die Faschisten aufzubauen, die tatsächlich in der Lage sein kann diese zurückzudrängen, darf diese Bewegung das Problem des Faschismus nicht nur auf der Erscheinungsebene (der NPD, DVU, Kameradschaften etc.) bekämpfen, sondern muss auch Antworten zu den Ursachen für das Wachstum der Faschisten anbieten.

Was also sind heute die Gründe für das Wachstum der faschistischen Organisationen? In einer Stellungnahme der SAV vom Herbst 2000 schreiben wir dazu folgendes: „Es gibt drei Hauptfaktoren für das Erstarken der faschistischen Bewegung, die in einem Zusammenhang miteinander stehen. Diese sind: Die soziale Krise, der staatliche Rassismus und der Rechtsruck bzw. die Untätigkeit der Führung der organisierten Arbeiterbewegung.“

Die soziale Krise, also akute soziale Probleme und Zukunftsängste, haben zu einer Entfremdung von den bürgerlichen Institutionen geführt und eine Offenheit für radikale Lösungsangebote unter Teilen des Mittelstandes, der Arbeiterklasse und bei Arbeitslosen und Jugendlichen entstehen lassen. Soziale Probleme führen nicht automatisch zu Rassismus oder Unterstützung für faschistische Organisationen. Sie werden aber von den Faschisten ausgenutzt, indem sie mit ihrer sozialen Demagogie (zum Beispiel NPD-Parole „Arbeit statt Profite“) erstens den Eindruck vermitteln, sie würden die Interessen der „kleinen Leute“ vertreten und zweitens mit ihrem Rassismus einen Sündenbock für die sozialen Probleme liefern. Dies wird aber nur möglich, weil die etablierten gesellschaftlichen Kräfte (von CDU/CSU über SPD bis hin zu einzelnen GewerkschaftsführerInnen und den Medien) ihrerseits in unterschiedlicher Art und Weise Einwanderung und ImmigrantInnen zur Ursache für soziale Probleme abgestempelt haben und sich rassistische Vorurteile deshalb in Teilen der Bevölkerung ausbreiten konnten. Die Faschisten können sich so als die Kraft darstellen, die bereit ist, das Problem „AusländerInnen“ radikal anzugehen.

Durch den Rechtsruck in der Führung der Arbeiterbewegung und die Schwäche der Linken gibt es keine starke und kämpferische Alternative, die einen Weg aufzeigt gegen Unternehmer und Regierung zu kämpfen.“

Will man eine erfolgreiche antifaschistische Einheitsfront schaffen, dürfen diese Fragen nicht ausgeklammert werden. Will man den Faschisten den Boden entziehen, müssen antifaschistische Einheitsfronten auch Argumente liefern. Sie müssen die sozialen Nöte der Arbeitslosen und ArbeitnehmerInnen ernst nehmen und Lösungen anbieten, sie müssen erklären, dass nicht AusländerInnen für diese sozialen Probleme verantwortlich sind und müssen den gemeinsamen Kampf für soziale Verbesserungen propagieren.

„Wenn AntifaschistInnen auch solche deutschen Jugendlichen und ArbeiterInnen erreichen wollen, die auf die Propaganda der Faschisten hereinfallen können, sollten sie sich selber den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau auf die Fahnen schreiben. Solche Forderungen können eine notwendige Brücke zum Bewusstsein der breiten Masse, die noch keine konsequenten antifaschistischen und antirassistischen Schlussfolgerungen gezogen hat, sein.“ (aus der SAV-Stellungnahme vom Herbst 2000)

Die Frage der politischen Ausrichtung antifaschistischer Einheitsfronten stellt sich also nicht so, wie Linksruck es in folgendem Zitat darstellt: „Einheitsfront bedeutet daher zweierlei: Keiner der sich dem braunen Mob entgegenstellen will, soll dazu verpflichtet werden das Programm der Weltrevolution zu unterschreiben. Der gemeinsame Nenner muss zunächst der kollektive Kampf gegen Nazis sein. Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Leute aus kirchlichen Initiativen sollen hier mit Revolutionären an einem Strang ziehen. Auf der Basis der gemeinsamen Aktion muss jedoch über die richtige politische Strategie gestritten werden. Es muss ein Streit darüber geführt werden, warum es notwendig ist, die Nazis direkt zu konfrontieren. Es muss aufgezeigt werden, dass in der Vergangenheit gerade dann die Nazis am Aufbau gehindert wurden, wenn es gelang, sie auf breiter Basis physisch zu konfrontieren.“

Mit der Frage der physischen Konfrontation der Faschisten werden wir uns weiter unten auseinandersetzen. Aus diesem Zitat geht aber hervor, dass es für Linksruck scheinbar nur die Frage gibt, ob eine Einheitsfront das Programm der Weltrevolution (was sie wahrscheinlich als das Linksruck-Programm verstehen) oder gar kein politisches Programm vertritt. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Die SAV argumentiert nicht dafür, dass antifaschistische Einheitsfronten zum jetzigen Zeitpunkt ein sozialistisches Programm annehmen sollen. Dies wäre von vielen ArbeiterInnen und Jugendlichen nicht nachvollziehbar. Wir argumentieren dafür, dass sich antifaschistische Einheitsfronten gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau aussprechen; dass sie sich gegen Rassismus aussprechen und erklären, dass nicht AusländerInnen an den sozialen Problemen schuld sind (dabei sind übrigens Forderungen wie Linksruck sie aufstellt „Flüchtlin-

ge willkommen“ nicht wirklich hilfreich, weil sie den Zusammenhang zur sozialen Frage nicht aufwerfen) und dass sie auf unabhängige Massenmobilisierungen von unten setzen und kein Vertrauen in Staat und Regierung setzen.

Werden diese inhaltlichen Positionen nicht eingenommen landet man zwangsläufig bei einem moralischen Antifaschismus, der ohne Perspektive und politischen Inhalt dazu verdammt ist nur ein kurzzeitiges Aufbäumen gegen besondere faschistische Exzesse zu sein, aber keine dauerhafte Bewegung zu werden. Diese Erfahrung haben wir schon zu Beginn der 90er Jahre gemacht, als Millionen sich an Lichterketten beteiligt haben, ihnen aber keine politische Handlungsperspektive aufgezeigt wurde und es so oftmals bei einmaligen Aktionen blieb.

Wir machen die ausgeführten Grundpositionen nicht zur Bedingung für unsere Beteiligung an Bündnissen, aber wir kämpfen für ein solches Programm in antifaschistischen Bündnissen. Wir sind kompromissbereit. So haben wir auch dann noch an dem Bündnis zur Demonstration gegen die NPD-Zentrale teilgenommen, als ein Teil unserer Vorschläge abgelehnt worden war. Aufgabe von SozialistInnen ist es aber auch für breitere Bewegungen ein Programm vorzuschlagen, was diese Bewegungen weiterentwickeln und zum Erfolg führen kann. Ein schwerer Fehler ist es, wie Linksruck geradezu in vorauseilendem Gehorsam auf diese politischen Forderungen zu verzichten, in der Hoffnung mehr Quantität in einem antifaschistischen Bündnis zusammenzubringen.

Einheitsfront mit wem?

Welche Kräfte sollen nun in antifaschistischen Bündnissen zusammen kommen? Tatsächlich alle, die von sich behaupten, sie wollen die Faschisten bekämpfen? Dann müssten SozialistInnen runde Tische beziehungsweise die sogenannten „Bunt statt Braun“-Bündnisse propagieren, in denen neben den Gewerkschaften und der PDS auch SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Kirchen, Menschenrechtsorganisationen, aber vielfach auch CDU/CSU und FDP sitzen. Auch zu dieser Frage hat die SAV im Herbst 2000 in der schon zitierten Stellungnahme eine klare Position bezogen: *„Aus den ausgeführten Überlegungen beantwortet sich auch die Frage, wer die Faschisten erfolgreich bekämpfen kann und wer das nicht kann.“*

Um eine antifaschistische Politik zu betreiben, die auf die wahren Verursacher von sozialen Problemen und Rassismus hinweist, muss man die Dinge beim Namen nennen. Versucht man CDU/CSU, FDP, B90/Die Grünen, SPD, Unternehmer, Kirchen und Medien in solche Bündnisse einzubeziehen, wird man zwangsläufig auf klare politische Aussagen verzichten müssen. Ohne politische Antworten zu den drängenden sozialen Fragen wird aber eine antifaschistische Bewegung nicht dauerhaft aufzubauen sein. Der rein moralische „Lichterketten“-Ansatz konnte zwar 1992/93 Hunderttausende zu einmaligen Aktionen mobilisieren, aber die Faschisten waren wenig beeindruckt. Das Scheitern dieses Ansatzes ist vielen

bewusst und deshalb sind ähnliche Aktionen bisher weniger erfolgreich. Dazu kommt, dass viele kritische Menschen, vor allem ImmigrantInnen, gar nicht mit den HeuchlerInnen der etablierten bürgerlichen Parteien zusammen demonstrieren wollen.

Eine Abgrenzung vom bürgerlichen Establishment bedeutet nicht, dass SPD- und Grünen-WählerInnen und –Mitglieder bzw. untere Gliederungen dieser Parteien bei solchen Demonstrationen nicht willkommen wären. Von einem eindeutigen antirassistischen Programm und einer Abgrenzung von Sozialabbau und der Regierungspolitik für die Reichen sollten antifaschistische Bündnisse aber keinen Abstand nehmen, um SPD- oder Grünen-Gliederungen zu erreichen.

Mit dem bürgerlichen Establishment gegen die Faschisten zu kämpfen wäre genauso dumm, wie einen Pyromanen zum Feuerlöschen einzuladen. Stattdessen sollte die antifaschistische Bewegung darauf orientieren Gewerkschaften, Immigrantenverbände, Schüler- und Studierendenvertretungen, PDS und andere linke Parteien und Organisationen zusammen zu bringen und auf der Grundlage eines gemeinsamen Aktionsprogramms den Faschisten die Straße streitig zu machen.

Eine besondere Verantwortung haben hier die Gewerkschaften, die acht Millionen deutsche und nichtdeutsche ArbeiterInnen organisieren und die Kraft haben, den Faschisten das Handwerk zu legen. Wenn GewerkschaftsführerInnen diese Kraft nicht einsetzen wollen, muss von innen und außen Druck ausgeübt werden und untere Gliederungen müssen selbständig in Aktion treten.“

Wie im Kapitel zur SPD und der rot-grünen Bundesregierung beschrieben betrachtet die SAV die SPD als eine durch und durch bürgerliche, kapitalistische Partei, als eine ehemalige Arbeiterpartei, die aber eine solche Wandlung vollzogen hat und ihre Verbindungen zur organisierten Arbeiterbewegung so weit gekappt hat, dass sie kein Instrument mehr zur Verteidigung von Arbeiterinteressen oder zur Er kämpfung von Reformen ist oder jemals wieder werden wird.

Wie oben ausgeführt bedeutet das nicht, antifaschistische Bündnisse aus Prinzip für SPD-Mitglieder oder SPD-Ortsvereine zu verschließen. Es bedeutet aber eine klare Position zur SPD-Führung und der Regierung Schröder einzunehmen. Während die SAV diese SPD und die Bundesregierung scharf kritisiert, hat der Linksruck-Führer Ahmed Schah auf einer Veranstaltung nach der Demonstration gegen die NPD-Bundeszentrale im Oktober 2000 ausgerufen, er hätte sich gefreut, wenn Gerhard Schröder an dieser Demonstration teilgenommen hätte. Ein Vertreter der örtlichen SPD wurde mit tosendem Applaus vom Linksruck-Podium bedacht, als er sich gegen das Aufgreifen antirassistischer Positionen auf der Demonstration ausgesprochen hat. Anstatt kritisches Bewusstsein gegenüber der Sozialdemokratie zu fördern, schürt Linksruck die Illusion diese SPD sei ein potenzieller Bündnispartner im antifaschistischen Kampf.

Staatlicher „Antifaschismus“

In diesem Zusammenhang ist die Frage wichtig, wie man die staatliche Antifaschismus-Kampagne einschätzt. Hilft sie dem Aufbau einer antifaschistischen Bewegung oder nicht? Wie sollten sich AntifaschistInnen den staatlichen Aufrufen gegenüber verhalten?

Linksruck bezieht sich immer wieder positiv auf Schröders Aufruf zum „Aufstand der Anständigen“ und wirft der Bundesregierung Halbherzigkeit, aber nicht Heuchelei vor. Im Gegensatz dazu distanziert sich die SAV klar und deutlich von diesem bürgerlichen, staatlichen Pseudoantifaschismus. Warum? Die staatliche Kampagne gegen die Faschisten dient nicht dazu die Nazis zu zerschlagen. Das Kapital hält sich die Nazis als Hilfstruppen für die Zukunft, an einer Zerschlagung sind sie weder interessiert, noch können sie dies erreichen, da die kapitalistische Krise selber den Boden bereitet auf dem die Faschisten wachsen können. Staatliches Vorgehen gegen die Nazis geschieht entweder auf Druck der antifaschistischen und der Arbeiterbewegung oder in den Fällen, in denen das Kapital befürchtet die Nazis könnten außer Kontrolle geraten und die innenpolitische Lage destabilisieren. Dies war im Sommer 2000 der Fall. Nach dem Düsseldorfer Bombenanschlag befürchteten die Herrschenden, dass der Nazi-Terror außer Kontrolle geraten könnte. Gleichzeitig drohte die Anwerbung ausländischer ComputerspezialistInnen per Green Card ein Flop zu werden. Einmal mehr waren auch hier wirtschaftliche Erwägungen eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen. Zusätzlich wollte die Schröderregierung einer möglichen radikalen antifaschistischen Bewegung von Jugendlichen, ImmigrantInnen und ArbeiterInnen den Wind aus den Segeln nehmen.

Zu Beginn der 90er Jahre haben Staat und Regierung die Nazis wüten lassen, weil nicht zuletzt dadurch ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden konnte, das zur Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in der Bundesrepublik führte. Deshalb dürfen SozialistInnen keine Illusionen in staatliche Maßnahmen gegen Rechts verbreiten, sondern müssen immer auf die Unabhängigkeit und Selbsttätigkeit der Arbeiterbewegung und von AntifaschistInnen bestehen. Die aktuelle staatliche Antifaschismuskampagne soll aber gerade den Eindruck vermitteln, der Staat handele und deshalb sei ein antifaschistische Selbstorganisation beziehungsweise antifaschistischer Selbstschutz nicht notwendig. Damit hat diese staatliche Kampagne die Funktion den Aufbau einer antifaschistischen Bewegung von unten zu bremsen. Sie dient auch als Deckmantel um staatliches Vorgehen gegen AntifaschistInnen zu kaschieren. Allein in NRW laufen zur Zeit zirka 1000 Verfahren gegen AntifaschistInnen, die sich Faschisten direkt in den Weg gestellt haben. Bei einer antifaschistischen Demonstration in Dortmund wurden hunderte DemonstrantInnen verhaftet, während der SPD-Generalsekretär Müntefering gleichzeitig eine heuchlerische Rede hielt.

Physische Konfrontation der Faschisten?

Linksruck spricht sich zwar gegen ein politisches Programm für antifaschistische Einheitsfrontbündnisse aus, gleichzeitig argumentieren sie aber stark für eine physische Konfrontation mit den Faschisten. Wir stimmen hundertprozentig damit überein, dass faschistische Aufmärsche konfrontiert und verhindert und faschistische Versammlungen blockiert und aufgelöst werden müssen. Die SAV hat eine lange Tradition in der Organisation von Verhinderungsaktionen faschistischer Aktivitäten. Anfang der 90er Jahre haben wir gemeinsam mit Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) den NPD-Bundesparteiabend verhindern können und ein zweites Mal zum Abbruch bringen können. Wir treten ein für das Recht auf antifaschistische Selbstverteidigung und sind der Meinung, dass den faschistischen Kräften, die jegliche demokratische Rechte abschaffen wollen keine solchen gewährt werden sollten. Wir treten ein für direkte Konfrontation der Faschisten durch Massenmobilisierungen der Gewerkschaften, linker Parteien und der antifaschistischen Bewegung. Für eine solche Politik setzen wir uns auch in antifaschistischen Bündnissen ein und haben in vielen Fällen, zum Beispiel bei den NPD-Aufmärschen in Köln 1999 und 2000 eine solche Politik mit anderen linken Gruppen im antifaschistischen Bündnis umgesetzt.

Allerdings beißt sich Linksrucks antifaschistische Katze in dieser Frage in den eigenen Schwanz. Einerseits zu fordern, dass in antifaschistischen Bündnissen keine politischen Bedingungen gestellt werden sollen und der einzige gemeinsame Nenner die Bereitschaft zur Aktivität gegen Nazis sein soll (damit der Sozialdemokratie nicht der Weg in ein solches Bündnis versperrt wird), gleichzeitig aber die physische Konfrontation als Strategie für solche Bündnisse vorzuschlagen und dann noch zu hoffen, dass daran auch nur ein SPD-Ortsverein teilnehmen würde ist reines Wunschdenken oder politische Naivität, hat aber nichts mit den realen Verhältnissen zu tun.

Linksrucks Vorstellungen sind in dieser Frage aber nicht nur naiv, sondern letztlich falsch. Aus ihrer Argumentation geht hervor, dass der Kampf gegen die Nazis physisch entschieden wird, nämlich durch die massenhafte Konfrontation faschistischer Aufmärsche auf der Straße. Diese massenhafte Konfrontation spielt eine wichtige Rolle, aber sie muss einher gehen mit dem Aufbau einer politischen Bewegung und politischen Alternative. Nun mag Linksruck hierauf entgegnen, dies täten sie ja durch den Aufbau von Linksruck. Aber in der jetzigen Situation ausschließlich eine revolutionäre Kleinorganisation als politische Alternative anzubieten ist ein Fehler. SozialistInnen müssen die Leute da abholen, wo sie sind und ihnen Schritte auf dem Weg zu sozialistischen Schlussfolgerungen anbieten. Der erste Schritt von der Teilnahme an einer antifaschistischen Demonstration ist für die meisten nicht hin zum revolutionären Sozialismus, sondern eher hin zum Kampf für gleiche Rechte, gegen Sozialabbau und für den Aufbau einer antifaschistischen Bewegung, die auch politische Antworten gibt.

Bezogen auf das Vorgehen bei antifaschistischen Demonstrationen und der Frage der physischen Konfrontation von Faschisten stellt sich uns aufgrund unserer Erfahrung mit Linksruck, aber vor allem der britischen SWP eine weitere Frage: wie werden solche Demonstrationen organisiert, wie wird der Schutz der TeilnehmerInnen gewährleistet, wie werden solche Demonstrationen verantwortungsbewusst geführt?

Nicht zuletzt heißt der Versuch die Faschisten zu konfrontieren heute meistens, dass Konfrontationen mit der Polizei entstehen. An den Demonstrationen nehmen in der Regel viele Leute teil, die wenig Demoerfahrung haben und nicht wissen, wie man sich in brenzligen Situationen verhalten soll. Die SAV tritt deshalb immer für einen gut organisierten Ordnerdienst ein, der die Demonstration gegen polizeiliche und faschistische Angriffe schützen kann und der die Nazis gegebenenfalls in vorderster Reihe konfrontieren kann.

Aus unserer Erfahrung hat Linksruck und die IST oftmals eine unverantwortliche Haltung bei Demonstrationen eingenommen, zu direkten Aktionen aufgerufen ohne einen solchen Schutz und eine verantwortungsbewusste Führung von Aktionen zu stellen. Ein Beispiel, wo es im Vorfeld einer antifaschistischen Massendemonstration zu Debatten zwischen uns und der IST gekommen ist, war die Demonstration gegen die Zentrale der britischen Nazi-Partei BNP in London im Jahre 1993.

Diese Demonstration, die maßgeblich von der SWP-geführten Anti Nazi-Liga und der britischen Jugend gegen Rassismus in Europa (in der die britischen CWI-Mitglieder aktiv sind) organisiert war, wurde massiv von der Polizei angegriffen. Dies war vorherzusehen, da der Demonstration verboten worden war, direkt an der BNP-Zentrale vorbeizuziehen. Die Gefahr eines Polizeiangriffs voraussehend argumentierten Mitglieder von JRE und unserer britischen Schwesterorganisation für eine gut organisierte Demonstration mit einem starken und sichtbaren Ordnerdienst, der durch Walkie-Talkies in Verbindung stehen sollte. Die ANL/SWP lehnte diese Vorschläge ab und ließ die DemonstrationsteilnehmerInnen schutzlos in den Polizeiangriff marschieren. Sie argumentierte angesichts bis an die Zähne bewaffneter und berittener Polizeieinheiten für eine Sitzblockade und meinten die Demonstration müsse „sich selber verteidigen“. Im Sitzen hat man wahrhaft die beste Position um sich gegen angreifende Polizisten zu wehren! Einzelne SWP-FührerInnen sagten sogar, die Erfahrung mit dem Polizeiknüppel werde die DemonstrationsteilnehmerInnen radikalieren! Bei dieser Demonstration waren es die Mitglieder von JRE und Militant Labour (Name der SAV-Schwesterorganisation zum damaligen Zeitpunkt), die einen effektiven Ordnerdienst und Schutz der Demo organisierten und SWP-Mitglieder und andere AktivistInnen dazu aufriefen sich daran zu beteiligen.

Leider konnten wir ein ähnliches Vorgehen von Linksruck/IST bei anderen Demonstrationen sehen, zum Beispiel der Demonstration gegen den IWF-Gipfel in Prag, wo IST-Sprecher mit Megaphonen dazu aufriefen die Polizei zu konfrontieren ohne darauf vorbereitet gewe-

sen zu sein und ohne selber OrdnerInnen zu stellen, die eine solche Aktion hätten leiten können.

Auch bei der Demonstration gegen die NPD-Bundeszentrale war das Verhalten von Linksruck verantwortungslos. In unserem Auswertungstext mussten wir schreiben: *„Im Vorfeld ließ Linksruck offen, wo sie ihren Demoblock einordnen wollen, schickten keinen Vertreter in die Demo-Leitung, versuchten während der Demo zwischenzeitlich sich mit ihrem Block vor dem Leittransparent an die Spitze der Demo zu stellen und hatten am Bündnis vorbei in ihren eigenen Reihen ausgegeben, zumindest eine kleine Delegation zu einem symbolischen Protest mit Transpi oder ähnlichem durch die Polizei durchzukommen (aus dem Linksruck-Leitfaden für die Demo). Ein solches Vorgehen schwächt die NPD in keiner Weise, gefährdet aber die gesamte Demonstration“*

Als letzten Punkt in diesem Kapitel wollen wir darauf hinweisen, dass Linksruck auch in der Frage des Antifaschismus kein konkretes Programm vorschlägt. In ihrer Broschüre „Aktiv gegen Rechts“ werden keine konkreten Forderungen erwähnt, für die Linksruck eintritt. Die SAV kämpft für einen ernsthaften gemeinsamen Kampf von Gewerkschaften, ImmigrantInnenverbänden, antifaschistischen Organisationen, Studierenden- und Schülervvertretungen und linken Parteien gegen die Faschisten auf der Grundlage folgender Forderungen:

- Gemeinsamer Kampf gegen Arbeitsplatzabbau, Sozialkürzungen und Privatisierungen
- Verteilung der Arbeit auf alle
- Bezahlbare Wohnungen für alle, Auflösung von Sammelunterkünften, stattdessen menschenwürdige Unterbringung aller Flüchtlinge
- Einführung eines uneingeschränkten Asylrechts für alle Flüchtlinge
- Keine Abschiebungen, Auflösung der Abschiebeknäste, Bleiberecht für alle hier lebenden Menschen
- Bekämpfung der Fluchtursachen, statt der Flüchtlinge; Schluss mit Waffenexporten, Enteignung der Rüstungsindustrie, Verstaatlichung der Banken und Streichung aller Schulden der Länder der „3. Welt“
- Weg mit allen speziellen Ausländergesetzen
- Kostenlose Sprachkurse für Nichtdeutsche
- Weg mit dem Verbot der PKK und der anderen verbotenen kurdischen Organisationen
- Wahlrecht und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen ab 16 Jahre
- Verhinderung von faschistischen Aktivitäten und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften, antifaschistische Bewegung, ImmigrantInnenorganisationen und linke Parteien
- Keine Plattform für Faschisten
- Keine Vermietung öffentlicher Räume an faschistische Organisationen
- Nein zum EUROpa der Banken und Konzerne
- Für eine linke Opposition gegen EURO und EWU

Das Programm – oder: was für ein Programm?

Das Programm ist (gemeinsam mit der Überprüfung ob Programm und Praxis übereinstimmen und seinem Klassencharakter) das entscheidende Kriterium zur Bewertung einer politischen Organisation. Dies gilt für jede politische Gruppe, vor allem aber für eine Organisation, die sich auf den Marxismus beruft.

Will man das Programm von Linksruck oder der IST beurteilen, stößt man auf ein Problem: Es gibt kein Linksruck-Programm, genauso wenig findet man auf den entsprechenden Websites ein SWP-Programm oder ein IST-Programm bzw. entsprechende grundsätzliche programmatische Dokumente (im Vergleich dazu hat die SAV nicht nur ein Grundsatzprogramm, sondern hat auch 1994 und 1998 eine Selbstdarstellungsbroschüre und das Bundestagswahlprogramms beziehungsweise Programme Rassismus/Faschismus, Frauen und andere wichtige programmatische Dokumente veröffentlicht). Will man also das Programm von Linksruck und IST bewerten, muss man sich die programmatischen Kernpunkte aus verschiedenen Veröffentlichungen zusammen suchen. Dabei gibt es drei Veröffentlichungen, an denen wir uns hauptsächlich orientieren werden: Die Linksruck-Leitsätze (die in jeder Zeitungsausgabe veröffentlicht werden), das Aktionsprogramm vom März 1999 und das Dokument „Wo wir stehen“ von der Website der IST.

Die Übergangsmethode

In dem als „Das Übergangsprogramm“ bekannt gewordenen Gründungsdokument der Vierten Internationale schrieb Leo Trotzki 1938: *„Man muss den Massen im Verlauf ihres täglichen Kampfes helfen, die Brücke zwischen ihren augenblicklichen Forderungen und dem sozialistischen Programm der Revolution zu finden. Diese Brücke muss aus einem System von Übergangsforderungen bestehen, die von den heutigen Bedingungen und dem heutigen Bewusstsein breiter Schichten der Arbeiterklasse ausgehen und stets zu ein und demselben Schluss führen: Zur Machteroberung des Proletariats.“*

Die klassische Sozialdemokratie, die in der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus wirkte, teilte ihr Programm in zwei voneinander unabhängige Teile: Das Minimalprogramm, das sich auf Reformen im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft beschränkte, und das Maximalprogramm, das die Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus in unbestimmter Zukunft versprach. Zwischen Minimal- und Maximalprogramm gab es keine Brücke. Die Sozialdemokratie braucht keine solche Brücke, denn vom Sozialismus spricht sie nur an Feiertagen.“

Damit griff Trotzki jedoch nur eine Idee auf, die von Marx und Engels schon im Kommunistischen Manifest erläutert wurde: *„Sie (die Kommunisten, d.A.) kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung. (...) Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die beste-*

henden gesellschaftlichen und politischen Zustände. In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.“

Lenins Broschüre „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ vom September 1917 war ebenfalls ein Übergangsprogramm. Die Anwendung der Übergangsmethode bei den Bolschewiki fand ihren Ausdruck in der Verbindung der beiden Hauptparolen „Brot, Frieden, Land“ und „Alle Macht den Räten“.

Abgesehen davon, dass man Linksruck nicht vorwerfen kann, nur an Feiertagen vom Sozialismus zu sprechen, trifft die Beschreibung einer Trennung von Minimal- und Maximalprogramm jedoch sehr gut auf die programmatische Methode von Linksruck und IST zu. In der Vergangenheit hat die IST ausdrücklich die Notwendigkeit eines Übergangsprogramms abgelehnt. Dabei bestätigt Linksruck die Aussage Lenins, dass Opportunismus und ultralinke Politik zwei Seiten der selben Medaille sind.

Auf der einen Seite finden wir in den Linksruck-Leitsätzen und dem IST-Text „Wo wir stehen“ eine äußerst revolutionäre Argumentation. Die IST-Prinzipien beginnen mit den Zwischenüberschriften „*Arbeitermacht*“ und „*Revolution statt Reform*“. Auch die Linksruck-Leitsätze weisen in wenigen Sätzen auf den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft hin, um dann zu formulieren: *„Der wirkliche Sozialismus wird nicht das Ergebnis von Parlamentsabstimmungen oder dem Einmarsch einer Armee sein, sondern kann nur durch die selbständige und selbstbewusste Aktion der Arbeiterklasse erreicht werden. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.“*

Damit formulierten Linksruck und die IST einige theoretische Grundpositionen des Marxismus, jedoch kein Programm, das für die real existierenden ArbeiterInnen mit ihrem heutigen Bewusstsein auch nur in Ansätzen nachvollziehbar wäre. Linksruck setzt nicht am heutigen Bewusstseinsstand an, um dann eine Argumentation zu beginnen und programmatische Forderungen aufzuwerfen, die zu einer sozialistischen Schlussfolgerung führen. Gelinde gesagt, fällt Linksruck „mit der Tür ins Haus“, beginnt mit der Schlussfolgerung anstatt dazu hinzuführen. Würde eine sozialistische Organisation mit diesen Positionen in Bewegungen eingreifen, so würde sie bestenfalls auf Unverständnis, zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlich aber auf Ablehnung stoßen.

Das scheint Linksruck/IST auch zu merken und so wird zu konkreten Fragen, wie bestimmten politischen Themen (zum Beispiel Atomkraft), Ereignissen (Bundestagswahlen) oder Kämpfen und Bewegungen (Tarifrunden, antikapitalistische Proteste) nicht die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution erwähnt und entweder gar kein Programm aufgestellt oder es werden bestimmte Forderungen bzw. ein Aktionsprogramm aufgeworfen. Dieses geht aber in der Regel niemals über die Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft hinaus und wirft Fragen der Eigen-

tumsverhältnisse und der Überwindung des Kapitalismus nicht oder nur unzureichend auf.

Hierfür wollen wir einige Beispiele geben und sie der SAV-Programmatik gegenüberstellen:

Bundestagswahlen 1998

Wahlkämpfe sind immer die Gelegenheit für eine sozialistische Organisation, ein umfassendes Programm einer breiten Schicht von ArbeiterInnen und Jugendlichen näher zu bringen. Die politisierte Atmosphäre in der Gesellschaft führt zu größerer Offenheit über politische Konzepte zu diskutieren. Die SAV hat das 1998 zum Anlass genommen ein Programm zur Bundestagswahl zu erarbeiten, das ausführlich nicht nur einen Wahlauftritt erklärte, sondern auch ein sozialistisches Übergangsprogramm zu den drängendsten Themen wie Arbeit, Steuerpolitik, Bildung, Umwelt, Rassismus, Frauen unter anderem darlegte und davon ausgehend die Notwendigkeit einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft erklärte. Neben vielen Reformforderungen, die in ein „Minimalprogramm“ gehören und von uns aufgestellt werden, beinhaltete dieses Programm Forderungen wie:

- Keine Privatisierung öffentlicher Betriebe. Rückgängigmachung bisheriger Privatisierungen
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Einführung eines einfachen und klaren Systems von direkten Steuern auf Einkommen, Gewinne und Vermögen mit starker Progression für hohe Einkommen. Wer viel verdient, soll viel bezahlen.
- Vollständige Offenlegung aller Geschäftsbücher, Unternehmensbilanzen, Einkünfte der Selbständigen und Besteuerung an der Quelle
- Bei Steuer- und Kapitalflucht: Konfiszierung des Vermögens beziehungsweise Enteignung des Betriebes und Überführung in öffentliches Eigentum unter demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle
- Für ein öffentliches Investitionsprogramm von 300 Milliarden DM jährlich und Schaffung von gesicherten, qualifizierten und tariflich entlohnten Arbeitsplätzen in den gesellschaftlich sinnvollen Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnungsbau, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen und Altenpflege

Außerdem erklärten wir in diesem Programm: *„Die zentralen Industriekonzerne und Banken müssen enteignet und in öffentliches Eigentum überführt werden. (...) Die Planung der Produktion nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten erfordert die bewusste demokratische Kontrolle der Beschäftigten.“*

Mit diesem Programm haben wir ausgehend von den alltäglichen Problemen der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend Forderungen für eine Verbesserung der allgemeinen Lebenssituation aufgeworfen und diese mit der Notwendigkeit verknüpft die Macht der Banken und Konzerne zu brechen und eine sozialistische Demokratie zu errichten.

Auf der Grundlage dieses Programms haben wir dazu aufgerufen die wahlentscheidende Zweitstimme der PDS zu geben, da diese als einzige reformistische Partei mit sozialistischem Anspruch die Chance hatte in den Bundestag einzuziehen. Wir haben gleichzeitig zum Aufbau einer neuen Arbeiterpartei aufgerufen und in einigen Wahlkreisen SAV-KandidatInnen für die Erststimme aufgestellt, um einen auf unser Programm zugespitzten Wahlkampf führen zu können und um die Notwendigkeit des Aufbaus einer Partei links von SPD und PDS deutlich zu machen. Linksruck hat zur Wahl der SPD aufgerufen (mehr zur Frage von SPD, PDS und Wahlen im Kapitel „SPD, PDS und neue Arbeiterpartei“).

Im Wahlkampfmaterial von Linksruck tauchten 1998 vier zentrale Forderungen auf, die teilweise auch im SPD-Wahlprogramm zu finden waren:

1. Rücknahme des Anti-Streik-Paragraphen 116 AFG
2. Wiederherstellung der Lohnfortzahlung auf 100 Prozent
3. Wiedereinführung des Asylrechts
4. Millionäre besteuern

In welcher Form und wie stark die Millionäre besteuert werden sollten, blieb offen. Ob damit einfach nur die Wiedereinführung der Vermögenssteuer gemeint war – die ja auch von vielen Sozialdemokraten gefordert wurde – ebenfalls. Fragen wie die Überführung von Banken und Konzernen in Gemeineigentum wurden gar nicht erst aufgeworfen. Damit geht dieses Programm nicht über linksreformistische Umverteilungsprogramme hinaus und schürt, weil es dabei stehen bleibt, dadurch außerdem die Illusion, dass eine Umverteilung ausreichen könnte, um die drängenden Probleme zu lösen. Linksruck wirft zwar zum Beispiel in ihrem Wahlkampfplatt die Notwendigkeit einer *„sozialistischen Gesellschaft, in der der produzierte Reichtum demokratisch von unten kontrolliert wird, und zwar von denjenigen, die ihn auch erarbeiten.“* Aber zwischen den konkreten aufgeworfenen Forderungen zum Wahlkampf und der Aussage zum Sozialismus gibt es keine Verbindung. Und selbst in der Argumentation für eine sozialistische Gesellschaft wird die Frage der Eigentumsform ignoriert und nur von einer Kontrolle des produzierten Reichtums gesprochen.

Linksruks Aktionsprogramm vom März 1999

Mit dem Aktionsprogramm vom März 1999 wollte Linksruck offensichtlich auf die rechte Politik der rot-grünen Bundesregierung reagieren und eine alternative Politik darlegen. In diesem Programm werden einige weitergehende Forderungen aufgeworfen. Es zeigt sich aber einmal mehr die willkürliche Methode von Linksruck beim Aufstellen von Forderungen und das Verhängen in allgemeinen Phrasen ohne dabei konkret zu werden.

Linksruck schreibt: *„Verstaatlichen statt Dichtmachen – Legt den Jobkillern das Handwerk! Schluss mit allen Privatisierungen! Der Staat muss eingreifen, um Belegschaften vor Entlassungen und Betriebsschließungen zu schützen.“*

zen. Betriebe, die dichtgemacht werden sollen, müssen verstaatlicht werden - ohne Abfindung für die Bosse!“

Hier taucht die Forderung nach Verstaatlichungsmaßnahmen plötzlich in einem Linksruck-Text auf, allerdings nur um schon bald wieder zu verschwinden. Linksruck betrachtet diese Forderung offensichtlich nicht als einen zentralen Bestandteil sozialistischer Programmatik in der heutigen Zeit, sondern scheint das Aufstellen der Forderung von anderen Faktoren abhängig zu machen. Tatsächlich orientiert sich Linksruck dabei nicht an dem Ziel zu erklären, wie die drängendsten Probleme gelöst werden können und durch die Forderung die Eigentums- und Machtfrage aufzuwerfen, um dadurch sozialistisches Bewusstsein zu fördern. Hintergrund dafür, dass die Forderung gerade zum damaligen Zeitpunkt aufgestellt wurde waren reale staatsinterventionistische Maßnahmen der japanischen Regierung (die eine Bank verstaatlichte, um sie vor dem Konkurs zu retten), der Kauf der Preussag AG durch das Land Niedersachsen im Jahr 1997 und das Eingreifen der Schröderregierung zur Abwendung eines Konkurses von Holzmann 1999.

In der Form, in der Linksruck diese Forderung nun aber aufwirft sprengt sie nicht den Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft. Erstens weil sie sich auf Betriebe beschränkt, die von der Stilllegung bedroht sind. Natürlich ist es richtig in einer Situation, in der viele Betriebe von Schließung bedroht sind spezifisch zu fordern, dass solche Betriebe sofort in öffentliches Eigentum überführt werden sollen. Dabei stehen zu bleiben wirft aber mehr Fragen auf, als es beantwortet. Es könnte der Eindruck erweckt werden, dass man der Logik folgt, Verluste zu verstaatlichen und Gewinne zu privatisieren bzw. in privater Hand zu belassen. Dieser Logik folgt der Kapitalismus tatsächlich in bestimmten Situationen, um zum Beispiel größere Proteste abzuwenden (wie im Falle von Holzmann oder auch der vorübergehenden Rückverstaatlichung ostdeutscher Werften). Zweitens weil die Betonung darauf gelegt wird, dass „der Staat“ eingreifen müsse, als ob dieser eine neutrale Instanz sei. Stattdessen muss betont werden, dass Verstaatlichungen nur durch den Kampf der Massen erreicht werden können und dem kapitalistischen Staat abgetrotzt werden müssen. Drittens wird die Frage der demokratischen Kontrolle und Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch die Beschäftigten nicht aufgeworfen, was die Frage aufkommen lässt, ob man denn für bürokratische Staatsunternehmen à la Post/Telekom oder wie in der DDR eintritt.

Linksruck fordert Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ohne eine konkrete Forderung aufzustellen. Soll die Arbeitszeit auf 35 Stunden, 30 Stunden oder 20 Stunden verkürzt werden? Als allgemeine Forderung hat Arbeitszeitverkürzung nur eine propagandistische Wirkung, ist aber keine Waffe im Kampf der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften. Dazu muss eine einheitliche Stundenzahl gefordert werden für die dann auch ein konkreter Kampf organisiert werden könnte. Aufgrund der Erfahrungen mit Arbeitszeitverkürzung in kleinen Schritten, die oftmals nur zu Arbeitsverdichtung geführt hat, gibt es ArbeiterInnen und auch Gewerkschaft-

terInnen, die dieser Frage skeptisch gegenüber stehen. Deshalb ist es umso wichtiger für Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten und bei vollem Lohn- und Personalausgleich einzutreten, denn nur unter diesen Voraussetzungen kann Arbeitszeitverkürzung auch zu einer Erleichterung des Arbeitsalltags.

Anti-Castor-Bewegung

Für Linksruck ist die Bedeutung von Übergangsforderungen und die Rolle, die sie bei der Mobilisierung der Arbeiterklasse spielen können ein Buch mit sieben Siegeln. Während Linksruck allgemeine Bekenntnisse zum Sozialismus ablegt und dabei meilenweit am heutigen Bewusstsein der Arbeiterklasse vorbei zielt, gehen sie in ihrer praktischen Politik in der Regel kaum über die Forderungen hinaus, die von linken Reformisten aufgestellt werden. Das ist ihre Interpretation vom Ansetzen am Bewusstsein der Massen. Tatsächlich setzen sie damit jedoch nicht am Massenbewusstsein an (um davon ausgehend weitergehende Fragen aufzuwerfen), sondern verharren beim Massenbewusstsein. Dahinter steht die Hoffnung durch eine solche Politik in Bewegungen akzeptiert zu werden und zu einem späteren Zeitpunkt eine sozialistische Politik vorzuschlagen. Für die SAV gibt es diese Trennung nicht. Während wir unsere sozialistische Politik und unsere Übergangsforderungen nicht als ein Ultimatum an ArbeiterInnen präsentieren, versuchen wir zu jeder Gelegenheit ein Programm zu verbreiten, das das Bewusstsein von ArbeiterInnen in eine sozialistische Richtung entwickeln kann.

Noch häufiger stellt Linksruck aber gar kein Programm auf, das zur Mobilisierung der Arbeiterklasse dienen könnte beziehungsweise das das Bewusstsein der Arbeiterklasse weiter entwickeln könnte.

Ein Beispiel hierfür ist der Kampf gegen die Castor-Transporte. Linksrucks Parole in der Anti-Castor-Bewegung war „Atomindustrie blockieren!“

Die Blockade der Castor-Transporte wurde von tausenden AktivistInnen betrieben (und damit entsprach die Forderung „Atomindustrie blockieren“ dem allgemeinen Bewusstseinsstand in der Bewegung und zeigte keine weiteren Schritte auf) und war eine wichtige Aktionsform in der Bewegung. SAV hat wie Linksruck und viele andere Gruppen zu diesen Blockaden aufgerufen und daran teilgenommen. Die Blockade ist aber eine Kampfform und keine inhaltliche, politische Forderung, die einen Weg aus der Atomenergie aufzeigt. Die Atomindustrie zu blockieren, wie Linksruck es formulierte, mag sich kämpferisch anhören, ist aber in Wirklichkeit eine leere Phrase ohne konkreten politischen Inhalt. Die SAV hat die Forderungen „Schluss mit der Profitmacherei auf Kosten unserer Gesundheit“ und „Atommafia enteignen!“ aufgestellt. Damit haben wir am Bewusstsein der AktivistInnen und einer breiten Schicht von ArbeiterInnen und Jugendlichen angesetzt, die die Atomenergie ablehnen und ihre Gesundheit und ihr Leben bedroht sehen. Viele der AktivistInnen erkennen auch die Profitinteressen, die hinter dem Betreiben der Atomkraftwerke durch die großen

Energiekonzerne stehen. Eine sozialistische Organisation hat in einer solchen Situation die Aufgabe ein Programm zu formulieren, welches nicht am aktuellen, begrenzten Bewusstsein der Massen stehen bleibt, sondern einen Schritt weiter geht und einen Ausweg aufzeigt. Es ist unerlässlich in einer solchen Situation die Eigentumsfrage aufzuwerfen und deutlich zu machen, dass der private Besitz und die private Kontrolle über die Energiekonzerne die Basis für den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke ist.

Linksruck hängt einem Bewegungsfetischismus an und verkennt, dass es von großer Bedeutung ist, für welche Forderungen eine Bewegung kämpft. Hätte die Anti-Castor-Bewegung die Forderung nach Enteignung der Atomkonzerne aufgestellt, hätte sie ihre politische Sprengkraft um ein vielfaches gesteigert und wäre zu einer größeren politischen Bedrohung für den Kapitalismus geworden. SozialistInnen haben die Aufgabe in solche Bewegungen Vorschläge hineinzutragen, die Schritte aufzeigen die Bewegung politisch weiter zu bringen und in eine antikapitalistische und sozialistische Richtung zu entwickeln. Dies scheint für Linksruck/IST keine Rolle zu spielen. Das kann man besonders gut bei ihrer Beteiligung an der internationalen antikapitalistischen Bewegung beobachten (siehe dazu das Kapitel „Bündnisarbeit und antikapitalistische Bewegung“). In der von Linksruck veröffentlichten Broschüre des SWP-Führers Chris Harman „Antikapitalismus - Theorie und Praxis“ wird kein politisches Programm für die entstehende antikapitalistische Bewegung vorgeschlagen. Als die SAV eine Linksruck-Vertreterin in diesem Jahr zu einer Debatte mit dem Thema „Wie eine sozialistische Kraft aufbauen?“ einlud und erklärte, dass die Debatte sich auch mit Fragen der sozialistischen Programmatik befassen solle, sagte die Vertreterin von Linksruck, eine Programmdiskussion sei uninteressant.

Rheinhausen

Als es 1987 den Kampf für den Erhalt des Krupp-Stahlwerks in Rheinhausen gab, haben die KollegInnen und die Bevölkerung Rheinhausens und des Ruhrgebiets neue Maßstäbe der Kampfformen gesetzt indem sie Autobahnen und Brücken besetzt haben und es im Ruhrgebiet de facto zu einem eintägigen Generalstreik gekommen ist. Die Aufgabe von SozialistInnen war es in einer solchen Situation nicht nur den Kampf mit aller Kraft zu unterstützen und für eine Ausweitung der Kampfmaßnahmen zu argumentieren, sondern auch ein politisches Programm zur Rettung der Stahlindustrie zu erarbeiten. Die Bewegung hatte 1987 nicht nur eine große Bedeutung aufgrund ihrer Radikalität in den Kampfformen, sondern auch weil die KollegInnen die Verstaatlichung des Krupp-Werkes und der Stahlindustrie forderten. Eine Massenbewegung, die den Erhalt eines Stahlwerks fordert ist eine wichtige Sache, eine Massenbewegung, die aber die Verstaatlichung der Stahlindustrie fordert, um ein Stahlwerk zu erhalten, ist einen gewaltigen Schritt weiter und birgt in sich das Potenzial die Systemfrage zu stellen.

Wir haben damals ein ausführliches Programm und eine Kampfstrategie erarbeitet, die wir den KollegInnen von Rheinhausen vorgeschlagen haben. Diese beinhaltete zentrale Übergangsforderungen wie die Öffnung der Geschäftsbücher, drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, Enteignung der Stahlbosse und Überführung der Stahlkonzerne in Gemeineigentum, demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung in den verstaatlichten Betrieben und die Aufstellung eines Produktionsplanes. Wir haben gefordert, dass um jeden einzelnen Arbeitsplatz gekämpft werden muss und einen gemeinsamen Kampf mit den Beschäftigten anderer Stahlkonzerne und anderer Branchen, vor allem dem Bergbau vorgeschlagen. Als Kampfstrategie traten wir unter anderem für einen unbefristeten Vollstreik der gesamten Stahlindustrie, einen eintägigen Generalstreik im Ruhrgebiet und einen Marsch auf Bonn (das damals noch Hauptstadt war) ein.

Vergleicht man unsere damalige Programmatik mit den in der SAG-Zeitung „Klassenkampf“ erschienen Artikeln, so fällt einmal mehr das völlige Fehlen einer programmatischen Alternative und einer konkreten Kampfstrategie auf. Es wird kein Weg für den Erhalt der Stahlindustrie aufgezeigt. Forderungen nach Verstaatlichung (die ja von den KollegInnen selber aufgestellt wurde) wurden von der SAG nicht gestellt, ebenso wenig Arbeiterkontrolle. Es wurde zwar davon gesprochen, dass man sich nicht durch „Stahlquoten und Überproduktionskrise verunsichern“ lassen solle, aber nicht ein Argument gegen die Verunsicherung genannt. Außer allgemeinen Aussagen für Streik und Betriebsbesetzung als grundsätzlich bester Kampfmethod wurden keine konkreten Vorschläge für einen erfolgreichen Kampf gemacht.

Letztlich ist die Programmatik von Linksruck/IST leblos, denn sie schlägt keine Verbindung zu den realen Kämpfen der Arbeiterklasse und der Jugend und sie ist nicht darauf ausgerichtet, diese Kämpfe zu beeinflussen und das Bewusstsein der beteiligten ArbeiterInnen und Jugendlichen zu entwickeln. Linksruck/IST bewegen sich permanent zwischen pseudo-revolutionärer Phrasendrescherei und de facto reformistischen sogenannten Aktionsprogrammen. Die einzige Kontinuität in der Linksruck/IST-Programmatik ist, dass es keine Kontinuität und keine politische Linie gibt. So werden heute Forderungen aufgeworfen, die ohne erkennbaren (oder erklärten) Grund morgen schon wieder verschwunden sind. So ändert sich die Haltung von Linksruck/IST zu anderen politischen Kräften (siehe dazu das Kapitel „SPD, PDS und neue Arbeiterpartei“) willkürlich. Unter dem Strich bleibt politische Willkür und die Unfähigkeit die Übergangsmethode anzuwenden und ein Programm zu formulieren, welches am Bewusstsein der Arbeiterklasse ansetzt und einen Weg zur Abschaffung des Kapitalismus und Errichtung einer sozialistischen Demokratie aufzeigt. Deshalb sind die programmatischen Unterschiede zwischen Linksruck/IST und der SAV nicht in erster Linie anhand bestimmter unterschiedlicher Forderungen festzumachen, sondern sie bestehen in einer grundlegend unterschiedlichen Methode.

MarxistInnen im Klassenkampf

Eine revolutionär-sozialistische Organisation wird nur eine Verankerung in der Arbeiterklasse und Massenanhänger erreichen können, wenn sie sich durch eine ernsthafte Beteiligung an Kämpfen Respekt aufgebaut hat. ArbeiterInnen werden niemals eine Organisation ernst nehmen, die nicht in der Praxis bewiesen hat, dass sie konstruktiv an Kämpfen teilnimmt, einen langen Atem hat und Kämpfe von Anfang bis Ende durchgestanden hat. Denn wenn man einen Kampf begonnen hat, muss man ihn bis zum Ende durchführen. Man kann sich nicht nur in den erfolgreichen Zeiten engagieren, sondern muss das Auf und Ab an der Seite der betroffenen ArbeiterInnen mitmachen.

In Kämpfen kann sich beweisen, welche Methoden richtig sind. MarxistInnen haben die Möglichkeit die Überlegenheit ihrer Methoden in der Praxis unter Beweis zu stellen und dadurch Unterstützung zu gewinnen.

Uns ist kein sozialer oder betrieblicher Kampf bekannt, der von Linksruck oder einer der (relativ) größeren IST-Organisationen in Großbritannien und Irland geführt wurde. Die Methode von Linksruck/IST ist es nicht an den Kämpfen teilzunehmen und sie mit den betroffenen ArbeiterInnen durchzustehen, sondern von außen in Kämpfe hinein zu intervenieren – mit dem Ziel möglichst viele Zeitungen zu verkaufen und Mitglieder zu gewinnen. In der Regel bedeutete das ein massives Auftreten bei Demonstrationen oder Massenaktionen und ein Verschwinden, wenn es darum geht die schwierige tägliche Kleinarbeit zu verrichten, die nötig ist um einen Kampf zum Erfolg zu führen und die große Demonstrationen und Massenaktionen erst möglich machen.

Im Vergleich dazu hat die SAV in den letzten Jahren immer wieder an konkreten Kämpfen teilgenommen, diese beeinflusst oder sogar mitgeführt. Dazu gehören unter anderem der Kampf gegen die Privatisierung städtischer Wohnungen 1995 in Bremerhaven, der Streik gegen die Schließung beim Traktorenhersteller Deutz-Fahr in Köln 1996, der Kampf gegen die Schließung des AEG-TRO-Werkes in Berlin 1996, der Kampf gegen die Kürzungen bei Jugendeinrichtungen in Berlin-Prenzlauer Berg 1999, der Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung bei Phönix in Hamburg 1999/2000, der Kampf gegen Kürzungen im Jugendbereich und die Durchführung eines Jugendstreiktages in Bremen 2000, der Kampf gegen die Privatisierung des Kasseler Klinikums 2000 und der Kampf gegen Entlassungen von GewerkschafterInnen beim Studentenbergwerk Aachen 2000.

Konkrete Politik statt Phrasendrescherei

In der Regel treten Linksruck/IST, wenn sie von außen in solche Kämpfe eingreifen, mit den „besten“ und „radikalsten“ Vorschlägen auf. Ohne die konkrete Situation, das Kräfteverhältnis zwischen ArbeiterInnen und Kapitalisten, Bewusstsein und Kampferfahrung der KollegInnen in Betracht zu ziehen, schlagen sie meist sehr schnell „unbefristeten Streik“, „Massenaktionen“ und „Betriebs-

besetzungen“ vor. Streik und Betriebsbesetzungen werden grundsätzlich gefordert und die Betriebsbesetzung zum Allheilmittel erhoben. So steht im 99er Aktionsprogramm „Betriebsschließungen können darüber hinaus nur verhindert werden, wenn aus dem Streik eine Betriebsbesetzung wird“. Natürlich ist es die Aufgabe von SozialistInnen in allen Klassenauseinandersetzungen auf die Kampfkraft der ArbeiterInnen zu vertrauen und die passenden Kampfmaßnahmen vorzuschlagen. Dabei werden SozialistInnen und kämpferische GewerkschafterInnen oft gegen die Blockadehaltung der Gewerkschaftsführung kämpfen müssen. Doch allgemeine Forderungen nach Streiks und Betriebsbesetzungen helfen den KollegInnen in den Betrieben nicht in jeder Situation weiter. Will man in den Gewerkschaften eine Debatte über die Politik derselben initiieren, so muss man konkrete Vorschläge für konkrete Auseinandersetzungen machen. Dabei reicht es nicht allgemein darauf hinzuweisen, dass Streiks und Betriebsbesetzungen Mittel im Waffenarsenal der Arbeiterklasse sind. Als verantwortliche KlassenkämpferInnen muss man nicht nur darauf hinweisen, welche Waffen grundsätzlich zur Verfügung stehen können, man muss auch erklären wann und wie diese einzusetzen sind. Um in einem Betrieb, der von Schließung bedroht ist einen erfolgreichen Streik oder eine Betriebsbesetzung durchzuführen, bedarf es gewisser Voraussetzungen. MarxistInnen müssen eine Strategie entwickeln, um in jedem konkreten Fall gegebenenfalls diese Voraussetzungen erst zu schaffen.

Während des Spanischen Bürgerkriegs, in Frankreich 1968, Chile 1973 oder auch in Deutschland von 1918 bis 1923 war die Masse der Arbeiterklasse bereit bis zum Äußersten zu gehen und die Macht zu erkämpfen. Es waren die sozialdemokratischen und stalinistischen FührerInnen, die dies durch ihre reformistische Politik verhinderten. Das Bewusstsein der Masse der Arbeiterklasse wurde in den letzten Jahren zurückgeworfen, Traditionen und Erfahrungen sind verloren gegangen. Oftmals gibt es gar keine kämpferischen Vertrauensstrukturen im Betrieb. Leider gibt es auch oft Angst vor der eigenen Courage und eine mangelnde Vorstellung, wie Kämpfe erfolgreich organisiert werden können. Die Aufgabe von MarxistInnen kann es deshalb nicht sein, pauschal zu Beginn einer jeden Auseinandersetzung die weitestgehenden Kampfschritte zu fordern, denn es ist möglich, dass die KollegInnen, trotz Wut und allgemeiner Kampfbereitschaft, noch nicht das Vertrauen entwickelt haben, dass diese Kampfschritte erfolgreich sein können. Abhängig von der konkreten Situation müssen Kampfschritte aufgezeigt werden, die das Selbstvertrauen der KollegInnen steigern können und zu weitergehenden Kampfmaßnahmen führen können. Das kann in einem Betrieb bedeuten, dass man schon zu Beginn einer Auseinandersetzung einen Vollstreik fordert, in einem anderen Betrieb kann es bedeuten, dass man als erste Schritte Betriebsversammlungen, Aktionstage oder einen eintägigen Streik fordert.

Beispiel Deutz-Fahr

1996 hat die SAV Köln eine solche Erfahrung gemacht. Im Kölner Stadtteil Kalk sollte beim Traktorenhersteller Deutz-Fahr die Produktion nach Süddeutschland verlegt werden und das Kölner Werk geschlossen werden. Die SAV hatte damals kein Mitglied im Betrieb und musste versuchen „von außen“ eine Verbindung zu den KollegInnen herzustellen und Vorschläge für eine Kampfstrategie zu entwickeln. Hätten wir vom ersten Tag einen Vollstreik und Betriebsbesetzung gefordert, so wären wir den KollegInnen meilenweit voraus gewesen und wir hätten uns unter den ArbeiterInnen kein Gehör verschaffen können. So gründeten wir ein Stadtteil-Solidaritätskomitee, organisierten erste Protestaktionen, kritisierten die Verhandlungsstrategie der Gewerkschafts- und Betriebsratsführung, organisierten Veranstaltungen auf denen den KollegInnen die Kampferfahrungen anderer Betriebe dargelegt wurden, organisierten eine Demonstration während der Arbeitszeit und schafften es so eine Gruppe von KollegInnen zusammen zu bringen, die bereit waren Verantwortung zu übernehmen und weitere Aktionen von unten durchzuführen. So konnte letztlich ein zehntägiger wilder Streik durchgeführt werden, der zwar nicht die Schließung des Betriebes verhindern konnte, jedoch weitaus größere Abfindungen erreichte, als sie ursprünglich von der Unternehmensleitung angeboten worden waren. Dadurch, dass die SAV vom ersten bis zum letzten Tag an den Debatten und Protesten teilgenommen hat, konnten wir KollegInnen und AktivistInnen aus dem Solidaritätskomitee für unsere Partei gewinnen und unsere Verankerung im Stadtteil Kalk erheblich ausdehnen.

Eine ähnliche Erfahrung hat die Hamburger SAV 1999/2000 im Stadtteil Harburg gemacht, als es um Arbeitsplatzvernichtung beim Phönix-Konzern ging. Auch hier konnten wir durch beständige Arbeit in einem Solidaritätskomitee und im Betrieb Protestaktionen erreichen und unsere Verankerung erhöhen.

In beiden Fällen wäre es jedoch absurd gewesen allgemein für unbefristeten Streik und Betriebsbesetzung einzutreten, weil die Voraussetzungen leider nicht existierten. Die Aufgabe von MarxistInnen heute ist auch der Wiederaufbau der Arbeiterbewegung im allgemeinen. Das bedeutet häufig in Betrieben erst wieder kämpferische gewerkschaftliche Strukturen beziehungsweise innergewerkschaftliche Oppositionsstrukturen zu schaffen, KollegInnen zu erklären, wie gekämpft werden kann. Leider werden wir dabei auch häufig die Erfahrung machen, dass wir heute in vielen Betrieben noch nicht so weit sind, dass man nur zum Kampf auffordern muss und die KollegInnen folgen dem Aufruf.

Gegen Schwarz-weiß-Denken

Für Linksruck/IST gibt es in dieser Frage nur schwarz und weiß. Entweder „konsequenten Kampf“ (= Streik und Betriebsbesetzung) oder „Verrat“. Die Realität des Klassenkampfes ist aber nicht schwarz oder weiß, sondern vollzieht sich in Widersprüchen.

Als KlassenkämpferIn muss man wissen, wie und wann man die möglichen Kampfmaßnahmen einsetzt. Man muss auch in der Lage sein das Kräfteverhältnis richtig einzuschätzen und wissen, wann man zum Angriff blasen kann und wann es sinnvoll ist einen geordneten Rückzug anzutreten, Kompromisse zu schließen oder sogar eine Niederlage zu akzeptieren. Dies kann in bestimmten Situationen sinnvoller sein, als einen Kampf aus Prinzip bis zum bitteren Ende zu führen, denn am Ende kann eine Niederlage stehen, die schlimmere Folgen hat, als ein Kompromiss, und die die Kampfbereitschaft eventuell auf längere Zeit hin untergräbt. Dabei bedarf es eines detaillierten Verständnisses der konkreten Situation, um einschätzen zu können, welche Kampfmaßnahmen geeignet sind oder ob ein Kompromiss „faul“ ist und die Gewerkschaftsführung ihn nutzt, um einen Kampf zu verhindern oder ob tatsächlich nicht „mehr drin war“.

Auf der anderen Seite ist heute grundsätzlich richtig, dass eine Wut und Kampfbereitschaft besteht, die von der Gewerkschaftsführung gebremst, statt genutzt wird. Gerade zu Themen, die die gesamte Arbeiterklasse betreffen, wie die Rentenreform, wäre ein erfolgreicher Kampf möglich, wenn die Gewerkschaftsführung nur dazu aufrufen und ihn organisieren würde. Aber auch hier würde es der politischen Überzeugungsarbeit der Gewerkschaften bedürfen, müssten sie die passenden Argumente gegen die Unternehmer- und Regierungspropaganda liefern, um die Beschäftigten dauerhaft in einen Kampf zu führen. Und auch hier wäre die Kampfstrategie, die SozialistInnen vorschlagen sollten, nicht sofort der unbefristete Generalstreik. Forderungen wie die Durchführung von überregionalen Vertrauensleute- und Betriebs-/Personalrätekonferenzen, bundesweiten Aktionstagen, eintägigen Generalstreiks können notwendige erste Schritte sein, damit die Arbeiterklasse ihre Stärke und Kampfkraft spürt und zu weitergehenden Kampfmaßnahmen bereit ist.

Wir kennen kein Beispiel für einen Kampf (und damit meinen wir nicht die Durchführung einer Demonstration oder eines Protestes), den Linksruck geführt hat oder bei dem Linksruck eine führende Rolle gespielt hat. Wir lassen uns gerne eines Besseren belehren, aber konnten aus der Durchsicht der Linksruck-Zeitung und aus unserer eigenen Erfahrung kein Beispiel finden. Ebenso konnten wir kein Beispiel für einen Kampf finden, bei dem Linksruck versucht hat eine Kampfstrategie und ein Programm zu entwickeln und damit in den Kampf einzugreifen und ihn zu beeinflussen. Deshalb müssen wir Beispiele aus Großbritannien und Irland nennen, die die Herangehensweise der IST ausdrücken. Wir wollen diese Beispiele anführen, um zu illustrieren, dass taktische Erwägungen und ein dauerhaftes Engagement in Kämpfen nicht zu den Bestandteilen der IST-Politik gehören.

Die Poll-Tax-Erfahrung

Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre führte die britische Sektion des CWI, damals noch unter dem Namen „Militant“, die größte Kampagne von zivilem Ungehör-

sam in der Geschichte Großbritanniens. Auf ihrem Höhepunkt weigerten sich 14 Millionen Menschen, die sogenannte Poll Tax (Kopfsteuer) zu bezahlen, eine von der Thatcherregierung neu eingeführte Kommunalsteuer, die die Armen be- und die Reichen entlastete. Wir organisierten damals eine Steuerboykottkampagne, die nicht nur zur Rücknahme der Poll Tax führte, sondern auch ein wichtiger Faktor beim Sturz Thatchers war. Als die Steuer eingeführt wurde, organisierten wir Anti-Poll-Tax-Komitees in allen Stadtteilen, die eine Massenkampagne entfalteten, die nicht nur die Propaganda für den Steuerboykott beinhaltete, sondern auch juristische Beratung, Massenaaktionen zur Verhinderung von Zwangspfändungen im Zusammenhang mit dem Steuerboykott und Großdemonstrationen bei denen am gleichen Tag in London 250.000 und in Glasgow 40.000 Menschen demonstrierten. Dutzende Mitglieder von Militant mussten damals wegen Nichtbezahlung der Poll Tax ins Gefängnis, darunter der Parlamentsabgeordnete Terry Fields.

Unsere Stärke bei diesem Kampf war, dass wir zu Beginn der Auseinandersetzung richtig eingeschätzt haben, dass die Poll Tax zu einem enormen Unmut führen würde und wir eine engagierte Kampagne begonnen haben, die Massenunterstützung mobilisieren konnte. Wir haben also vor allem die Situation richtig eingeschätzt und auf dieser Grundlage eine realistische Kampfstrategie entwickelt.

Ganz anders die britische SWP. Diese sprach sich zu Beginn der Auseinandersetzung gegen die Kampfform des Steuerboykotts aus und sprang erst auf den fahrenden Zug auf, als dieser schon in voller Fahrt war und der massenhafte Steuerboykott schon eingesetzt hatte.

Im Socialist Worker vom 17. Dezember 1988 konnte man lesen: *„Die Erfahrung von Schottland zeigt, dass Nichtzahlen eine schwache Form des Widerstandes ist, die es der Entscheidung von Individuen überlässt sich gegen das Gesetz zu stellen. Da die städtischen Beamten drakonische Rechtsmittel haben um die Steuer einzutreiben, wird eine Nichtzahlung praktisch sowieso unmöglich sein.“* Bei einer Versammlung der Anti-Poll-Tax-Föderation (des Zusammenschlusses der lokalen Anti-Poll-Tax-Komitees) im selben Jahr argumentierte die SWP: *„Nichtzahlung kann die Poll Tax nicht besiegen, nur das Nicht-Eintreiben kann das.“* Für die SWP war der einzige Weg des Kampfes gegen die Poll Tax, städtische Beschäftigte und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aufzufordern, die Steuer gar nicht erst einzutreiben. Das führte dazu, dass zu Beginn der Anti-Poll-Tax-Kampagne die SWP nicht nur öffentlich gegen den Steuerboykott auftrat, sondern auch ihre eigenen Mitglieder diese Steuer zu Beginn bezahlten. In einem Papier von kritischen SWP-Mitgliedern konnte man 1989 lesen: *„Im Januar wurde den GenossInnen in Glasgow gesagt, es mache keinen Unterschied, ob sie die Poll Tax zahlten oder nicht, da Nichtbezahlung unbedeutend und eine Ablenkung sei. Konsequenterweise haben viele unserer eigenen Mitglieder die Poll Tax gezahlt und fühlen sich nun schuldig und voller Zweifel, wie sie sich in der aktuellen Phase der Kampagne verhalten sollen. Können ParteigenossInnen ArbeiterInnen dazu auffordern die Steuer nicht zu zahlen, wenn sie selber schon für*

die Steuer registriert sind und sie gezahlt haben?“ Das selbe Papier fasst die verschiedenen Wendungen der SWP-Politik in der Poll Tax-Kampagne zusammen:

„ 1. Die SWP hat betriebliche Aktionen der Kampagne in den Stadtteilen entgegengestellt. 2. Deshalb waren wir von diesem Kampf isoliert. 3. Im Oktober 1988 änderte sich die Linie und man (die Parteiführung, Anm. d. A.) sagte uns, wir sollten in die Stadtteilkampagnen eintreten. 4. Es war sehr schwer dann politischen Einfluss zu gewinnen und den verlorenen Boden wieder gut zu machen, da wir vorher die Kampagne verschmäht hatten. 5. Kurz darauf änderte sich die Linie wieder. Im Januar 1989 wurde wieder „auf die Bremse getreten“. Uns wurde gesagt „in der Poll Tax-Kampagne gibt es für uns nichts zu holen“ 6. Im Mai 1989 wurde die Linie wieder geändert, so dass uns der Socialist Worker im September 1989 sagte, dass „Stadtteilkampagnen oft reale Erfolge erzielen können“. (...) 7. Das hatte sehr demoralisierende Folgen. Einzelne Mitglieder hatten sich dadurch kompromittiert, dass sie die Poll Tax gezahlt hatten. Ein Maß an Zynismus und Mangel an Vertrauen in die Führung, die sich ihren eigenen Fehlern nicht eingestehen wollte, entstand.“

Wir traten auch dafür ein, dass die Gewerkschaften eine Kampagne des Nicht-Eintreibens der Poll Tax organisieren sollten, haben das aber mit der Boykottkampagne verbunden. Aufgrund der Politik der Gewerkschaftsführung hätte eine Kampagne zum Nichteintreiben ohne den millionenfachen Steuerboykott wahrscheinlich nicht erfolgreich sein können. Hätten die Anti-Poll-Tax-AktivistInnen auf die SWP gehört, so wäre die Bewegung wahrscheinlich in einer Niederlage geendet. Das hielt die SWP aber nicht davon ab, sich den Sieg über die Poll Tax auf die eigene Fahne zu schreiben.

Die Poll Tax-Kampagne ist auch ein gutes Beispiel für die Notwendigkeit einen Kampf von Anfang bis Ende zu führen. Noch lange Zeit nachdem die Kampagne ihren Höhepunkt überschritten hatte und die Entscheidung die Steuer wieder zurückzunehmen schon gefallen war, waren unsere GenossInnen in Großbritannien damit beschäftigt juristischen Beistand für diejenigen ArbeiterInnen zu organisieren, die aufgrund ihres Steuerboykotts vor Gericht angeklagt worden waren und Aktionen gegen Zwangspfändungen durchzuführen. Zu diesem Zeitpunkt war aus einem einseitigen Blickwinkel des Aufbaus der Organisation aus der Poll Tax-Kampagne nicht mehr viel zu holen (im Sinne von neuen Mitgliedern etc.), wir sahen es aber als unsere Verantwortung an den Kampf bis zum Ende durchzustehen, während andere Gruppen inkl. der SWP sich der nächsten Kampagne zugewendet hatten.

Der Kampf gegen Wassergebühren in Irland

Ein ähnliches Beispiel ist die Kampagne gegen die Erhebung von Wassergebühren in Dublin (Irland). Dazu schrieb unsere irische Schwesterpartei Socialist Party in einem offenen Brief an die irische SWP: *„Während der Kampagne gegen die Wassergebühren haben die Socialist Party-Mitglieder die Boykottkampagne dadurch aufgebaut, dass sie an tausenden Türen geklopft haben, das Thema geduldig*

erklärt haben, dutzende große und kleine Versammlungen einberufen haben, ein Netzwerk von AktivistInnen aufgebaut haben, durch und durch demokratische Strukturen für die Kampagne geschaffen haben, sich dagegen organisiert haben, dass Leuten das Wasser abgestellt wird, sichergestellt haben, dass jede Klageandrohung beantwortet und bekämpft wurde, die tausendundeine detaillierten Probleme, die in einer solchen Massenbewegung auftauchen behandelt wurden. Ohne diese Arbeit hätte es keinen Erfolg gegeben. Im Gegensatz dazu flatterte die Socialist Workers Party in die Kampagne hinein und wieder raus. Wie wir von Eurer Partei leider erwarten mussten, gab es Versuche rivalisierende Anti-Wassergebühren-Strukturen in Gegenden zu schaffen, wo unsere Kampagne noch nicht vorgedrungen war. Diese verloren entweder an Dampf oder die AktivistInnen in diesen Gruppen sahen unsere Arbeit und wurden Teil der wirklichen Kampagne. Für die meiste Zeit hat Eure Partei nur einen Fuß in die Kampagne gehalten, nach großen Mobilisierungen Ausschau gehalten, die Euch möglicherweise die Gelegenheit geboten haben neue Mitglieder zu rekrutieren. Eure Abwesenheit von der wirklichen Kampagne hat Euch nicht davon abgehalten bei den Demonstrationen und anderen Massenmobilisierungen aufzutauchen und „Ratschläge“ zu verteilen, wie man eine wirklich „kämpferische“ Kampagne aufbauen solle – bevor Ihr wieder zu einem „anderen“ Kampf oder einer anderen Aktivität verschwunden seid, der Eure Aufmerksamkeit gewonnen hatte. Das hat Euch auch nicht davon abgehalten fälschlicherweise den Sieg gegen die Wassergebühren auf Eure Rolle zurückzuführen.“

Der Arbeitskampf in Hackney

Das dritte Beispiel ist der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Broschüre stattfindende Kampf der Beschäftigten des Stadtrates im Londoner Stadtteil Hackney, den wir schon im Kapitel „Bündnisarbeit und antikapitalistische Bewegung“ erwähnt haben.

Hier kämpfen die Beschäftigten gegen Kürzungspolitik, Privatisierungen und Stellenabbau. Zu Beginn der Auseinandersetzung hat die SWP, in ihrer typischen Art und Weise, einen sofortigen und unbefristeten wilden Streik gefordert und damit meilenweit am Bewusstsein der KollegInnen vorbei gezielt. Während unsere britischen GenossInnen eine Strategie entwickelt haben, die schrittweise die Kampfmaßnahmen steigerte und zuerst zu einem eintägigen, dann dreitägigen Streik führte, hat die SWP dann bei einer Gelegenheit gegen einen 24-stündigen Streik argumentiert und keine weiteren konkreten Vorschläge für die nächsten Schritte des Kampfes gemacht. Die Kampagnen der SWP-dominierten Sozialistischen Allianz in Hackney griffen den Kampf der städtischen ArbeiterInnen nicht auf. Während es Allianz-Poster zu den unterschiedlichsten Themen gibt, gibt es keines zur Unterstützung des Kampfes.

Ihre Arroganz und Sektierertum demonstrierte die SWP in Hackney aber, als sich die Beschäftigten auf ein Gebiet vorwagten, in dem die SWP eine Alleinvertretung bean-

sprucht: Die Stadtratswahlen.

Eine Mehrheit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute entschied sich bei einer parallel zu den Parlamentswahlen am 7. Juni 2001 stattfindenden Nachwahl zu einem Stadtratsmandat einen Arbeiterkandidaten aufzustellen. Aus rechtlichen Gründen konnte die Gewerkschaft dazu keinen offiziellen Beschluss fassen, aber eine Mehrheit der Vertrauensleute unterstützen die Kandidatur namentlich. Weil der Gewerkschaftsvorsitzende von Hackney, wiederum aus rechtlichen Gründen nicht kandidieren durfte, nominierten die Vertrauensleute mit Glenn Kelly einen führenden oppositionellen Gewerkschafter und ein Mitglied unserer britischen Schwesterpartei, der Socialist Party. Mittlerweile haben über einhundert weitere ArbeiterInnen die Kandidatur namentlich unterstützt.

Die Vertrauensleute sprachen dann die von der SWP dominierte Sozialistische Allianz in Hackney an und forderten sie auf, die Kandidatur von Glenn Kelly zu unterstützen. Die Vertrauensleute waren kompromissbereit, was den Wahlkreis anging und boten der Sozialistischen Allianz an, ihre KandidatInnen in anderen Wahlkreisen zu unterstützen. Doch die Hackney Sozialistische Allianz entschloss sich eine eigene Kandidatin gegen den Arbeiterkandidaten aufzustellen. Dies ist umso unglaublicher, als dass die Allianz in anderen Wahlkreisen sogar sozialdemokratische Labour-KandidatInnen unterstützt. Hintergrund dieser Entscheidung ist die sektiererische Einstellung der SWP, die Allianz als einzige mögliche Wahlalternative zu New Labour zu betrachten und selbständige Initiativen von unten zu blockieren, wenn sie sich nicht der Disziplin der Sozialistischen Allianz unterwerfen wollen. Vor allem befürchten sie aber offensichtlich, dass die Socialist Party ihre Unterstützung in Hackney ausdehnen könnte und bewerten es aus ihrer sektiererischen SWP-Sicht heraus als wichtiger, dieses zu verhindern, als den Kampf der Beschäftigten zu unterstützen. Wohin diese Politik führen wird ist in Hackney schon deutlich geworden: die SWP hat jede Unterstützung unter den AktivistInnen verloren und wurde kürzlich von einer Vertrauensleuteversammlung hinausgeworfen, weil sie, ohne um Erlaubnis zu fragen, einen Info-Stand aufgebaut hat.

Die Methoden von Linksruck/IST werden es dieser Organisation unmöglich machen eine wirkliche Basis in der Arbeiterklasse zu entwickeln und sich dort zu verankern. Leider führen diese Methoden auch dazu, dass ArbeiterInnen und AktivistInnen, die zuerst mit Linksruck/IST in Kontakt kommen oftmals skeptisch gegenüber allen sozialistischen Organisationen sind. So wie unsere GenossInnen aus Hackney berichten, dass sie in Gesprächen mit ArbeiterInnen und AnwohnerInnen oft die ersten Minuten damit verbringen müssen zu erklären, dass wir nicht die SWP sind, haben wir in Deutschland schon ähnliche Erfahrungen gemacht. Daher schaden die Methoden von Linksruck/IST nicht nur ihnen selber, sondern letztlich der Linken und der Arbeiterbewegung insgesamt.

Zum Aufbau einer revolutionären Organisation

Der strukturelle Aufbau ist für eine revolutionäre Organisation keine zweitrangige Frage. Die revolutionäre Organisation ist letztlich kein Selbstzweck, sondern nur ein Instrument zur Abschaffung des Kapitalismus und der erfolgreichen Durchführung der sozialistischen Revolution. Ihr struktureller Aufbau muss also der Erreichung dieses Zieles entsprechen.

Revolutionäre MarxistInnen haben aus den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung zwei Schlussfolgerungen für den Aufbau von revolutionären Organisationen gezogen, die wir als ein Prinzip verstehen: Erstens muss eine revolutionäre Organisation international sein und zweitens muss sie nach den Prinzipien des Demokratischen Zentralismus aufgebaut sein (wobei dieser nichts mit stalinistischem bürokratischem Zentralismus zu tun hat).

Obwohl es schwierig ist von außen einen genauen Eindruck der Strukturen von Linksruck und IST zu bekommen (so scheint es zwar ein Linksruck-Statut zu geben, das aber nicht bei Info-Ständen erhältlich ist und von dem wir nur einen Auszug kennen), weisen alle Informationen, die wir haben darauf hin, dass der Aufbau von Linksruck und IST nicht den revolutionären Prinzipien entsprechen.

Die Frage der Internationale

Nachdem sie zwar Mitte der 60er Jahre für eine kurze Zeit zum Aufbau einer neuen Internationale aufgerufen haben, versteht sich die IST heute nicht als eine vereinigte internationale Organisation, als eine marxistische Weltpartei, sondern als eine internationale Tendenz. Dazu schreibt der SWP-Führer Alex Callinicos in seinem Text „Die antikapitalistische Bewegung und die revolutionäre Linke“: *„Die SWP und ihre Schwesterorganisationen haben sich immer dagegen ausgesprochen die Fehler von Trotzki und seinen Anhängern zu wiederholen, indem man eine internationale Organisation mit einer eigenen Führung und Disziplin gründet, bevor es zu einer massenhaften Radikalisierung der Arbeiterklasse gekommen ist, die es für die Bolschewiki möglich machte die Kommunistische Internationale zu einem wichtigen Attraktionspol innerhalb der weltweiten Arbeiterbewegung zu machen. Wir haben die IS Tendenz als eine internationale revolutionäre Strömung konzipiert, die sich aus autonomen Organisationen, die durch eine gemeinsame politische Tradition vereinigt werden.“*

Leider führt Callinicos in diesem Text nicht aus, worin Trotzki's Fehler bei der Gründung der Vierten Internationale bestand und er erklärt auch nicht, warum diese Logik international, aber nicht national gilt. Wir würden auch die Frage stellen, ob Marx und Engels einen Fehler begingen, als sie den Bund der Kommunisten als eine internationale Organisation konzipierten oder

als sie die Internationale Arbeiterassoziation 1864 mitgründeten? Wir denken, dass es sich dabei nicht um Fehler handelte, sondern um mutige und wichtige Schritte beim Aufbau einer revolutionären, internationalen Organisation.

Unser Eindruck ist, dass Callinicos hier versucht eine politische Rechtfertigung für das Innenleben der IST zu geben und dabei die Tatsache zu verschleiern, dass die IST keinen demokratischen Aufbau hat, dass es keine internen Debatten gibt, an denen sich alle Mitglieder beteiligen können und dass Entscheidungen in den Londoner Führungszirkeln der SWP beschlossen werden.

Eine revolutionäre Organisation muss in der Lage sein politische Differenzen in einer demokratischen Weise zu diskutieren, nicht nur national, sondern auch international. Nur so kann sie den großen Vorteil, den eine Internationale darstellt auch nutzen: Nämlich die verschiedenen Erfahrungen und Ideen von Mitgliedern in verschiedenen Ländern zusammen zu bringen.

Aufbau des CWI

Das Komitee für eine Arbeiterinternationale hat Parteien und Organisationen in zirka 35 Ländern auf allen Kontinenten. Wir sind auch international nach den Prinzipien des Demokratischen Zentralismus aufgebaut. Regelmäßig wird ein Weltkongress durchgeführt, der die Delegierten aus den verschiedenen Sektionen zusammen bringt, die wegweisenden politischen Beschlüsse fällt und ein Internationales Exekutivkomitee (IEK) wählt. Das IEK wiederum wählt das Internationale Sekretariat und stellt internationale Hauptamtliche ein, die ein permanentes Internationales Büro bilden. Die Leitungsgremien des CWI sind dem Weltkongress gegenüber rechenschaftspflichtig. Egal ob neue Sektionen im CWI aufgenommen oder Gruppen ausgeschlossen werden: die letzte Entscheidung darüber fällt der Weltkongress.

Auch innerhalb des CWI kam es in den 90er Jahren zu Debatten über Meinungsverschiedenheiten. Diese wurden unter der Einbeziehung möglichst der gesamten Mitgliedschaft geführt indem ausführliche interne Bulletins produziert wurden, indem die jährliche internationale Sommerschulung und die Treffen des IEK genutzt wurden und auch indem nationale Sektionen Mitglieder aus den Sektionen einluden, in denen die Debatten stattfanden.

Die IST funktioniert anders. Sie hat keine demokratischen Strukturen, sondern informelle Strukturen. Es gibt keinen Weltkongress, keine gewählte internationale Leitung, keine organisierten Diskussionsprozesse zu strittigen Fragen. Aber ohne demokratische Entscheidungsstrukturen kann es nur zwei Möglichkeiten geben, zu Entscheidungen zu kommen: Entweder die nationalen

Sektionen folgen mehr oder weniger automatisch der größten Sektion, die aufgrund ihrer „Erfahrung“ und „Autorität“ diese Rolle für sich in Anspruch nehmen kann oder aber jede Sektion entscheidet unabhängig. Beide Fälle widersprechen unserem Verständnis von einer revolutionären Internationale, in der demokratische Entscheidungen gemeinsam gefällt werden sollten. Die IST behauptet, sie bestehe aus autonomen nationalen Organisationen, die ihre eigenen Entscheidungen fällen. Auch das wäre keine marxistische Organisationsmethode. Wir haben jedoch sehr viel mehr den Eindruck, dass die britische SWP den Ton angibt, der von den nationalen Organisationen der IST übernommen wird.

Der kürzliche Ausschluss der amerikanischen IST-Organisation, der International Socialist Organization, gibt einigen Aufschluss über die innere Funktionsweise der IST. Die Debatte zwischen der ISO und der IST vollzog sich in Wirklichkeit als eine Debatte zwischen der ISO und der britischen SWP, wobei die griechische SEK dadurch einbezogen wurde, dass sie sich im selben Zeitraum spaltete. Die SWP und die Mehrheit der SEK haben irgendwann mit der ISO gebrochen und die anderen IST-Mitgliedsorganisationen aufgefordert es ihnen gleich zu tun. Was aber würde geschehen, wenn die anderen IST-Gruppen diesem Bruch nicht folgen wollen? Wenn sie zum Beispiel der Ansicht sind, dass die ISO zwar falsch liegt, die Meinungsverschiedenheiten aber keinen Grund für eine Spaltung darstellen? Wo könnten solche Fragen diskutiert und entschieden werden? Nirgendwo! Letztlich kann die britische SWP ihre Autorität dazu nutzen, um ihren Willen der IST aufzuzwingen, denn schließlich ist die britische SWP sowohl Ursprung als auch größte Vertreterin der IST. Also hat die SWP die Macht nationale Organisationen aus der IST auszuschließen, ohne dass es dazu eine breite demokratische Debatte gibt.

Dies wird auch dadurch deutlich, dass das durchschnittliche Linksruck-Mitglied genauso wenig weiß, welche Politik die SWP macht, wie das durchschnittliche SWP-Mitglied weiß, was Linksruck macht (im Gegensatz dazu werden im CWI internationale Entwicklungen und Diskussionen an die Mitglieder verbreitet und diskutiert). Spricht man heute Linksruck-Mitglieder auf die Politik der SWP in den Sozialistischen Allianzen an, so zucken sie in der Regel mit der Schulter. Als wir 1994 SWP-Mitglieder auf einer Demonstration auf den Eintritt ihrer deutschen GenossInnen in die SPD ansprachen, haben sie uns als Lügner bezeichnet und wollten diese Wendung nicht wahrhaben.

Die Bildung von Linksruck ist ein weiteres Beispiel für den undemokratischen Charakter der Organisation. Linksruck selber formulierte in einem Nachruf auf Tony Cliff, dieser habe *„in einem waghalsigen Manöver eine Gruppe junger SAG-Mitglieder in die Jusos evakuiert.“* Damit wird zugegeben, dass die Führung der SWP in der Gestalt von Tony Cliff eine große Rolle bei der Gründung von Linksruck eingenommen hat. Passiert

dies im Sinne von Überzeugungsarbeit vor einer demokratischen Entscheidung ist daran nichts auszusetzen, im Gegenteil besteht darin die Rolle einer (allerdings vorzuziehenderweise gewählten) internationalen Führung. Nach Berichten, die wir kennen gab es aber in den Diskussionen zwischen der damaligen SAG-Führung und Tony Cliff wenig Diskussion und viel Befehl. Eine ähnliche Erfahrung musste 1997 die belgische IST-Sektion machen. Als die Mehrheit der Gruppe der Anweisung der britischen SWP-Führung in die belgische Sozialistische Partei einzutreten (und dem Linksruck-Kurs zu folgen) nicht nachkommen wollte, fanden sie sich außerhalb der IST wieder. Glücklicherweise haben die belgischen IST-Mitglieder daraufhin die Diskussion mit der belgischen Sektion des CWI aufgenommen und sind kurze Zeit später in das CWI eingetreten. Es wäre interessant zu erfahren, ob diese Information jemals die Basismitglieder von Linksruck oder der SWP erreicht hat.

Das Innenleben von Linksruck und der Demokratische Zentralismus

Revolutionäre Organisationen sind aufgrund der erfolgreichen Erfahrung des Bolschewismus nach den Prinzipien des Demokratischen Zentralismus aufgebaut. Kurz zusammengefasst bedeutet dies: Demokratische Diskussion und Entscheidungsfindung innerhalb der revolutionären Organisation und einheitliche Umsetzung der Entscheidung durch alle Mitglieder. Damit ist der Demokratische Zentralismus letztlich das natürliche Organisationsprinzip der Arbeiterbewegung. Jeder Streik wird demokratisch-zentralistisch durchgeführt: Es wird debattiert und demokratisch abgestimmt. Gibt es eine Mehrheit für Streik, wird von allen erwartet, dass sie streiken, denn alles andere wäre Verrat und Streikbruch. Gibt es keine Mehrheit für Streik, wird die unterlegene Minderheit keinen wilden Streik anfangen und versuchen diesen den anderen KollegInnen aufzuzwingen. Demokratischer Zentralismus soll dazu dienen, die Organisation handlungs- und kampffähig zu machen. Deshalb werden Leitungsstrukturen gewählt, deren Entscheidungen im Zweifelsfall für die Mitgliedschaft bindend sind, damit die Organisation geschlossen handeln kann. Diese Leitungsgremien sind aber auch jederzeit abwählbar und rechenschaftspflichtig.

Alle Kritik, die Linksruck-Mitglieder oder ehemalige Linksruck-Mitglieder an der Organisation äußern beinhaltet in der Regel auch Kritik am fehlenden demokratischen Aufbau, mangelnder politischer Ausbildung der Mitgliedschaft und einer schlechten Informationspolitik der Führung.

Wie gesagt kennen wir die Strukturen des Linksruck nicht im Detail und sie scheinen sich außerdem über die letzten Jahre auch etwas verändert zu haben. Von außen fällt vor allem auf, dass Linksruck darunter leidet, dass enorm viele neue Mitglieder schnell wieder

austreten oder passiv werden, das politische Niveau oftmals sehr niedrig ist, verschiedene Linksruck-Mitglieder sehr stereotyp argumentieren.

Es scheint keine Ortsgruppentreffen zu geben, bei denen auch interne Meinungsverschiedenheiten diskutiert werden können, da alle Linksruck-Treffen als öffentliche Veranstaltungen konzipiert werden und eine interne Debatte dort nicht hinpasst. Die bundesweiten Aktiventreffen sind keine Delegiertenkonferenzen, die zu einer wirklichen Repräsentierung der Mitgliedschaft führen könnten. Zumindest zum Teil scheint es die Praxis zu geben, dass örtliche Gremien nicht von unten gewählt, sondern von der Linksruck-Bundeskoordination eingesetzt werden.

All das weist darauf hin, dass der Linksruck-Aufbau demokratischen Maßstäben nicht entspricht und weniger Demokratischer Zentralismus als vielmehr Bürokratischer Zentralismus angewendet wird.

Wir wollen hier den SAV-Aufbau darstellen und jede(r) kann alleine entscheiden, in welcher Organisation der Demokratische Zentralismus umgesetzt wird.

Der Aufbau der SAV

Die SAV hat bei ihrem Aufbau die Prinzipien umgesetzt, die von der Pariser Kommune und von Lenin für die Struktur eines demokratischen Arbeiterstaates entwickelt wurden: Vor allem die jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit von Funktionären und das Prinzip des maximalen durchschnittlichen Facharbeiterlohnes für Funktionäre (dazu gehört auch, dass Parlamentarier keine Privilegien annehmen dürfen und von ihren Diäten nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn behalten dürfen).

Auf allen Ebenen finden regelmäßige demokratische Wahlen zu allen Gremien und Positionen statt: Von der Ortsgruppe über Stadtverband, Bundesvorstand bis hin zur Internationale. Die Gremien sind den verschiedenen Strukturen jederzeitig rechenschaftspflichtig. Neben bundesweiten und internationalen Rundbriefen, die zur Information der Mitgliedschaft dienen, gibt es mit den „SAV Nachrichten“ eine Mitgliederzeitschrift und ein Internationales Bulletin, die den Mitgliedern und Ortsgruppen für schriftliche Beiträge offen stehen. Eine Bundesdelegiertenkonferenz findet mindestens alle 24 Monate statt. Die Sitzungen des gewählten Bundesvorstands mindestens dreimal im Jahr.

Innerhalb der SAV gibt es das Recht Fraktionen zu bilden. Im Gegensatz zu Linksruck bedarf es dafür nicht eine Mindestanzahl von Fraktionsmitgliedern (bei Linksruck zwei Prozent der Gesamtmitgliedschaft) und gibt es auch nicht die Verpflichtung die Fraktion nach Beschlussfassung durch eine Konferenz wieder aufzulösen.

Unsere Ortsgruppentreffen und stadtweiten Mitgliederversammlungen bieten die Gelegenheit auch Fragen der SAV-Arbeit zu diskutieren, Anträge zu stellen und generell Einfluss auf die Arbeit der Partei zu nehmen.

Doch das demokratische Innenleben einer revolutionären Organisation ist nicht von der politischen Ausbildung und dem politischen Niveau ihrer Mitglieder zu trennen. Kontrolle der Führung ist nur durch eine selbständige denkende und handelnde Mitgliedschaft möglich. Mitglieder, die selbständig das marxistische Programm entwickeln und anwenden können nennen wir Kader und es ist ein vordringlichstes Ziel unserer Arbeit, SAV-Mitglieder zu Kadern zu entwickeln.

Viele Linksruck-Mitglieder kritisieren das niedrige politische Niveau innerhalb von Linksruck, die Tatsache, dass die Mitglieder kaum mit Texten von Marx, Engels, Lenin, Trotzki und anderen Klassikern vertraut gemacht werden, sondern fast ausschließlich Linksruck/IST-Broschüren verbreitet werden. Dies führt, wie es ein kritisches Linksruck-Mitglied formulierte zu folgendem: *„Das spärliche Broschürenwissen wird kaum erweitert, die zwangsläufige Folge sind Phrasendrescherei, unkritisches Übernehmen vorgegebener Denkmuster, generell politische Unselbständigkeit und Automatentum.“*

In der SAV versuchen wir marxistische Ausbildung und aktive Teilnahme am Klassenkampf und am Aufbau der revolutionären Partei zu verbinden. Unsere Ortsgruppentreffen beginnen mit politischen Referaten, die rotierend von allen Mitgliedern vorgetragen werden. Zusätzlich finden regelmäßige Schulungstreffen statt. Wer die Rosa-Luxemburg-Tage von Linksruck und die Sozialismus-Tage der SAV vergleicht, wird sicher feststellen, dass wir die verschiedenen Themen nicht nur länger, sondern auch tiefgehender diskutieren.

Die Staatskapitalismustheorie

Der politische Ursprung der IST ist die Theorie vom „Staatskapitalismus“. 1948 schrieb Tony Cliff, der Begründer und bis zu seinem Tod zentrale Führer der IST, ein Buch über das stalinistische Russland, das die Analysen und Thesen Trotzki und der Vierten Internationale zu widerlegen suchte.

Trotzki hatte die Sowjetunion, auch nach der politischen Entmachtung der Arbeiterklasse in den frühen zwanziger Jahren und der Errichtung der stalinistischen Diktatur, als eine nichtkapitalistische Gesellschaft betrachtet, die sich qualitativ vom Kapitalismus unterscheidet. Er bezeichnete die Sowjetunion als einen degenerierten Arbeiterstaat und verstand sie als eine Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die historisch gesehen einen Schritt in Richtung Sozialismus darstellte, also im Vergleich zum Kapitalismus progressive Elemente hatte. Arbeiterstaat, weil die neue ökonomische Basis, die die Oktoberrevolution mit der Verstaatlichung der Wirtschaft, der Einführung eines zentralen Planes und des Außenhandelsmonopols geschaffen hatte, weiter existierte und degeneriert, weil die Arbeiterklasse keine Kontrolle über Wirtschaft und Staat ausüben konnte und sich die politische Macht in den Händen der stalinistischen Bürokratie konzentrierte.

Tony Cliff stellte eine dem widersprechende These auf. Russland bezeichnete er als „staatskapitalistisch“. Die stalinistische Bürokratie konstituierte nach Cliff eine neue kollektive bürokratische Klasse und Russland unterschied sich angeblich nicht qualitativ von den USA, Deutschland oder Japan. Für Cliff gab es an Russland nichts, was verteidigungswert gewesen wäre.

Linksruck/IST haben über Jahrzehnte aus dieser Theorie ihre Existenzberechtigung gezogen. Und auch heute, zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Stalinismus und der Restauration des Kapitalismus in fast allen vormals stalinistischen Staaten, erfüllt die „Staatskapitalismustheorie“ die Funktion des wichtigsten Identifizierungspunktes für viele Linksruck/IST-Mitglieder, ist sie der Klebstoff, der die Organisation zusammenhält. Linksruck/IST behauptet immer wieder, dass die Anerkennung der Marxschen These *„die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein“* von der Anerkennung der „Staatskapitalismustheorie“ nicht zu trennen ist und vermittelt den Eindruck, dass AnhängerInnen von Trotzki Stalinismusanalyse keine wirklichen MarxistInnen sein können. Dabei vermischt Linksruck/IST sehr gerne die Begriffe „Sozialismus“, „gesunder Arbeiterstaat“ und „deformierter Arbeiterstaat“, als ob es dazwischen keine qualitativen Unterschiede gäbe.

Diese Auseinandersetzung hat keinen akademischen Charakter und ist auch nicht nur von historischem Interesse. Sie führte zu entgegengesetzten praktischen Schlussfolgerungen. Hätte die Sowjetunion während des

Zweiten Weltkriegs verteidigt werden sollen? Welche Haltung sollten MarxistInnen in den Kriegen gegen Nordkorea oder Südvietnam einnehmen? Welche Politik sollten sozialistische Organisationen angesichts des Zusammenbruchs des Stalinismus und der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 machen? Wie stellen sich RevolutionärInnen heute zu Kuba?

Sie behandelt aber auch grundlegende theoretische Fragen, die in Zukunft von großer Bedeutung sein werden, um eine korrekte marxistische Politik zu entwickeln; Fragen der marxistischen Staatstheorie und die Frage, wie der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus aussehen wird.

Nicht zuletzt ist eine korrekte Position in dieser Frage eine Voraussetzung, um in den ex-stalinistischen Staaten heute eine marxistische Organisation aufzubauen. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale baut zur Zeit Organisationen und Gruppen in der Tschechischen Republik, Russland, Moldawien, der Ukraine, Kasachstan, sowie in Ostdeutschland, auf.

Ein Verständnis der Ereignisse von 1989 und seitdem ist eine Grundvoraussetzung um diese Aufgabe erfolgreich zu erfüllen. Dass man daran scheitern kann zeigt nicht zuletzt die IST-Erfahrung in der ehemaligen Sowjetunion. Vor einigen Jahren verließen die nach Russland geschickten IST-Mitglieder das Land mit der Aussage *„es ist unmöglich hier etwas aufzubauen“* wieder. Das CWI hat sie Lügen gestraft und in den 90er Jahren die größte trotzkistische Organisation in der ehemaligen UdSSR aufgebaut.

Ein Verständnis der Ereignisse ist aber auch wichtig, um die Entwicklung der Arbeiterbewegung im Rest der Welt in den letzten zehn Jahren zu verstehen und AktivistInnen eine Erklärung für diese Entwicklung zu geben.

Für Linksruck/IST hat sich 1989/90 tatsächlich nicht viel getan. Diese welthistorisch monumentalen Ereignisse waren für sie „kein Schritt nach vorne, kein Schritt zurück - sondern ein Schritt zur Seite“. Für sie wurde eine Form des Kapitalismus durch eine andere ersetzt.

Aus Sicht der SAV hat sich in diesen Staaten 1989/90 tatsächlich eine soziale Konterrevolution ereignet, die zur Wiedereinführung des Kapitalismus geführt hat und somit einen Schritt zurück bedeutete, der große Auswirkungen auf die ökonomische und soziale Lage der Arbeiterklasse in diesen Ländern hatte und den Zustand der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen bis heute prägt.

Cliffs Methode

Cliffs Buch über die „Staatskapitalismustheorie“ hat über 280 Seiten. Es wird unmöglich sein, alle Aspekte dieser Debatte im folgenden Kapitel wiederzugeben. Deshalb beschränken wir uns auf eine Zusammenfassung der Position Trotzki und der SAV zu den stalinistischen Staaten und werden versuchen die Widersprüchlichkeit von

Tony Cliffs Position darzulegen. Vor allem interessieren uns aber auch die praktischen Konsequenzen der „Staatskapitalismustheorie“. Um die Gelegenheit zu geben, sich mit diesen Fragen in der Tiefe zu beschäftigen hat die SAV eine Broschüre von Ted Grant (dieser gehörte nach dem 2. Weltkrieg zu den britischen TrotzkiInnen, die flexibel auf die neue Weltlage eingegangen sind und sie auf Grundlage der marxistischen Methode korrekt analysierten. Er gehörte zu den Gründern der trotzkistischen Strömung, die 1974 das CWI bildete. Leider hielt er nach dem Zusammenbruch des Stalinismus an überholten Analysen und Perspektiven fest und brach 1992 mit dem CWI) aus dem Jahre 1949 mit dem Titel „Marxismus und Staat - eine Antwort auf Tony Cliffs Staatskapitalismustheorie“ wiederaufgelegt, die im Detail die Thesen von Tony Cliff wiederlegt.

In einem Interview mit „The Leveller“ sagte Tony Cliff 1979: *„Als ich zur Theorie des Staatskapitalismus kam, war dies keine Folge einer langen Analyse des Wertgesetzes in Russland oder der Wirtschaftsstatistiken in Russland. Nichts dieser Art. Ich kam zu dieser Theorie durch die simple Feststellung, dass, wenn die Emanzipation der Arbeiterklasse die Tat der Arbeiterklasse ist, man keinen Arbeiterstaat haben kann, ohne dass die Arbeiter die Macht haben zu bestimmen, was in der Gesellschaft geschieht.“*

So hatte ich zu wählen zwischen dem, was Trotzki sagte – das Wesentliche bei Trotzki ist die Selbsttätigkeit der Arbeiter– oder den Eigentumsverhältnissen. Ich entschied mich, die Eigentumsform, als die Frage bestimmend auszuscheiden.“ (In seiner Autobiographie beschreibt Cliff, er habe sich zwei Monate mit Zweifeln an Trotzki's Stalinismusanalyse zerrissen und über nichts anderes nachgedacht. Dann passierte folgendes: *„Eines frühen Morgens sprang ich aus dem Bett und sagte zu ihr [zu seiner Frau Chanie, d.A.]: 'Russland ist kein Arbeiterstaat sondern staatskapitalistisch.' Danach brauchte ich ein Jahr um dieses Skelett mit Fleisch zu umgeben.“*)

In dieser kurzen Stellungnahme gibt Cliff zu, dass seine „Staatskapitalismustheorie“ nicht auf einer marxistischen Analyse basiert, sondern auf einer Annahme. Sie ist nicht mit einer wissenschaftlichen Methode entwickelt worden, sondern „der Wunsch war der Vater des Gedankens“: Zuerst zog Cliff die Schlussfolgerung und um diese herum konstruierte er seine Theorie. Bei einer solchen Methode kann nur eines herauskommen: Eine Theorie, die nicht in der Realität verwurzelt ist und die sich zudem noch widerspricht.

Die marxistische Methode ist es, die Ökonomie zur Grundlage für politische und gesellschaftliche Analysen zu nehmen. Marx und die anderen großen Köpfe der marxistischen Arbeiterbewegung haben Staaten und Gesellschaftsformationen nach ihrer materiellen Grundlage beurteilt, das heißt nach den ökonomischen Verhältnissen. Das bedeutet in erster Linie die Eigentums- und die Produktionsverhältnisse. Die Fortschrittlichkeit eines Gesellschaftssystems haben sie nicht nach morali-

schen oder politischen Kriterien beurteilt, sondern sich an einer einzigen Frage orientiert: Werden die Produktivkräfte entwickelt? Auf dieser Grundlage konnten Marx und Engels die historisch fortschrittliche Mission der Sklavenhaltergesellschaft, des Feudalismus und des Kapitalismus erklären, ohne zu Anhängern der Sklaverei, des Leibeigentums oder der Lohnarbeit zu werden.

Um zu seiner Schlussfolgerung des „Staatskapitalismus“ zu gelangen ignorierte Cliff diese Methode. Und tatsächlich konstruierte er seine ökonomischen Argumente um die schon getroffene Schlussfolgerung herum. Wie er selber sagt, sind die ökonomischen Argumente nicht ausschlaggebend für seine These. Deshalb gehen wir nicht in aller Ausführlichkeit auf diese ein und verweisen auf die schon erwähnte Schrift der britischen Trotzkiisten aus dem Jahr 1949.

Was sagt Cliff? Er erkennt an, dass mit der Oktoberrevolution 1917 in Russland der Kapitalismus abgeschafft wurde und ein Arbeiterstaat entstand. Dieser Arbeiterstaat habe sich während des ersten Fünf-Jahres-Plans zwischen 1928 und 1932 in einen „staatskapitalistischen“ Staat verwandelt. Die Bürokratie (deren Entstehung er, wie Trotzki, an den Beginn der zwanziger Jahre datiert) wurde nach Cliff zur „Personifikation des Kapitals“ und verwandelte sich von „einer Schicht, die unter unmittelbarem und mittelbarem Druck und Kontrolle des Proletariats stand, in eine herrschende Klasse.“ (aus T. Cliff - Die Ursprünge der Internationalen Sozialisten, S.38/39) Cliff behauptet, dass sich der kapitalistische Charakter Russlands und die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten durch Russlands internationale Konkurrenzsituation zur Weltwirtschaft ergaben. Dazu schreibt er: *„Tatsächlich hängt die stalinistische Planung aber von Faktoren ab, die außerhalb ihrer Kontrolle liegen, nämlich der Weltwirtschaft, der internationalen Konkurrenz. Unter diesem Gesichtspunkt befindet sich die russische Wirtschaft in einer ähnlichen Lage wie der Eigentümer eines kapitalistischen Unternehmens, das mit anderen Unternehmen konkurriert.“* (a.a.O., S.37)

Dieser Gedanke entspricht einfach nicht den Fakten. Die russische Wirtschaft hat nur zu einem geringen Maße Waren für den Weltmarkt produziert und ist auf diesem Wege mit anderen kapitalistischen Konzernen in Konkurrenz getreten. Das konnte selbst Cliff nicht leugnen und behauptete daher, die internationale Konkurrenz, die wiederum die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten (wie das Wertgesetz) in Russland wirken ließe, würde sich im Rüstungswettbewerb manifestieren. An diesem Punkt verlässt Cliff vollständig den Boden einer auch nur in Ansätzen marxistischen Methode. Der Rüstungswettbewerb trug nicht den Charakter, dass der russische Staat Waffen produzierte und versuchte diese auf dem Weltmarkt abzusetzen. Damit ist der Rüstungswettbewerb auch keine ökonomische Kategorie, keine ökonomische Konkurrenz. In ihm drückt sich gerade der Widerspruch zwischen zwei unterschiedlichen sozialen Systemen aus. Russland produzierte Waffen nicht in erster Linie aus ökonomischen Gründen. Niemand in Russland konnte durch die

Waffenproduktion Profit realisieren. Für die privilegierte Stellung der Bürokratie war es letztlich unerheblich, ob Waffen, Autos oder Kühlschränke produziert wurden. Russland beteiligte sich am Rüstungswettlauf aus politischen Gründen, um dem Druck des westlichen Imperialismus in dieser Frage Stand zu halten. Unter den Bedingungen bürokratischer Herrschaft entwickelte sich auf diesem Gebiet eine Eigendynamik, aber auch ein gesunder Arbeiterstaat auf der Basis vollständiger Rätedemokratie wäre – beim Ausbleiben der internationalen Revolution und sich daraus ergebender imperialistischer Umzingelung – dazu gezwungen gewesen einen Militärapparat zu schaffen und aufrechtzuerhalten, der den Arbeiterstaat gegen den Imperialismus hätte verteidigen können. Er hätte sich aber anderer Methoden bedient. Vor allem hätte er auf Grundlage einer internationalistischen Politik die Solidarität der Arbeiterklasse in anderen Ländern mobilisieren können und auf Grundlage der Arbeiterdemokratie die aktive Unterstützung der eigenen Arbeiterklasse erfahren.

Doch das ist gar nicht Cliffs wichtigster Gedanke. Das entscheidende siebte Kapitel in seinem Hauptwerk „Staatskapitalismus in Russland“ beginnt mit der Fragestellung: *„Kann ein Staat, der nicht unter der Kontrolle der Arbeiter steht ein Arbeiterstaat sein?“* Diese Frage verneint Cliff kategorisch. Ausgangspunkt für diese Überlegung war für ihn die Entstehung der stalinistischen Staaten in Osteuropa. Ausgehend von Marxens Satz *„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein“* wollte Cliff nicht wahr haben, dass in Osteuropa der Kapitalismus abgeschafft wurde, ohne dass es eine klassische sozialistische Arbeiterrevolution gegeben hatte. Sein Denken folgt hier ganz dem Prinzip „es kann nicht sein, was nicht sein darf“. Nun klingt Cliffs These „Ein Staat, der nicht von den Arbeitern kontrolliert wird, kann kein Arbeiterstaat sein“ überzeugend und logisch. Doch einmal mehr gehört formale Logik nicht auf ein Gebiet, in dem dialektisches Denken – also das Verständnis von widerspruchsvollen Entwicklungsprozessen – gefragt ist. Die reale und konkrete Situation in Russland und Osteuropa hat sich sehr viel komplexer und widersprüchlicher entwickelt, als es die größten marxistischen Genies und auch Marx selber hätten voraussehen können. Aber als Marxist geht man von den realen und konkreten Situationen aus und nicht von Abstraktionen. Untersucht man die konkreten Zustände mit einer marxistischen Analyse kommt man zur Position, die Trotzki eingenommen hat und die von SAV und CWI beziehungsweise ihren Vorgängerorganisationen weiterentwickelt wurde. Dies wollen wir nun kurz zusammenfassen.

Die trotzkistische Position

Die Russische Revolution vom Oktober 1917 war die erste erfolgreiche sozialistische Revolution. Sie schaffte den Kapitalismus ab und brachte die Arbeiterklasse an die Macht. Diese organisierte ihren neugeschaffenen

Arbeiterstaat durch das System der Räte, die an der Front, in den Fabriken und auf dem Land entstanden waren und in denen die Bolschewistische Partei die Mehrheit hatte. Die russische Rätedemokratie war in ihrer ersten Phase zweifelsfrei der erste Staat in der Geschichte der Menschheit in der die Mehrheit die Macht ausübte. Damit war sie die demokratischste aller bisherigen Gesellschaften.

In Russland brach die imperialistische Kette an ihrem schwächsten Glied. Das Land war reif für die Revolution, aber nicht reif für den Sozialismus. Es war ein halbfeudales Land mit einer stark konzentrierten und gut organisierten, aber im Vergleich zur Gesamtbevölkerung doch schwachen Arbeiterklasse. Die Oktoberrevolution war die historische Bestätigung von Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution. Das russische Bürgertum war unfähig die Aufgaben der bürgerlichen Revolution – Abschaffung des Großgrundbesitzes und Aufteilung des Landes, Erkämpfung demokratischer Freiheiten etc. – zu lösen. Diese Mission musste die Arbeiterklasse übernehmen. Indem sie aber die Ketten des Zarismus und Feudalismus abschüttelte, musste sie selber die Macht ergreifen und in diesem Prozess auch die Grenzen des Kapitalismus sprengen. Lenin und Trotzki, die wichtigsten Führer der Oktoberrevolution, waren vom ersten Tag der Arbeitermacht an überzeugt, dass diese nur dann würde bestehen können, wenn Russland nicht isoliert bliebe und die Arbeiterklasse in zumindest einigen entwickelten kapitalistischen Staaten ebenfalls die Macht ergreifen würde und den russischen ArbeiterInnen zur Hilfe eilen könnte. Dies sollte nicht geschehen. Der russische Arbeiterstaat blieb isoliert. Auf die vier Jahre des Ersten Weltkriegs folgten weitere Jahre des Bürgerkriegs, die das Land ausbluteten. Die besten Revolutionäre fielen während dieses Bürgerkrieges, das Kulturniveau des Landes war niedrig, Hungersnöte griffen um sich und das Wirtschaftsniveau lag weit unter dem Niveau des Vorkriegsjahres 1913. Nach Marx beginnt der Sozialismus auf der höchstmöglichen ökonomischen Stufe, die der Kapitalismus erreichen kann. Sozialismus bedeutet Überflussverwaltung. In Russland konnte nur Mangel verwaltet werden. Doch wo Mangel herrscht, herrscht auch Ungleichheit.

Vor diesem Hintergrund konnte sich zu Beginn der 20er Jahre eine Partei- und Staatsbürokratie entwickeln, die Stück für Stück die verbliebenen Elemente von Arbeiterdemokratie aushebeln konnte, die politische Macht in ihren Händen konzentrierte und sich auf dieser Grundlage enorme materielle Privilegien sicherte. Dieser Prozess setzte zwangsläufig schon zu Lenins Zeiten ein, der selber oft genug darauf hinwies. Doch zu Lenins Zeiten versuchte die Führung der Bolschewistischen Partei dieser Bürokratisierung etwas entgegenzuhalten (Cliffs Behauptung, dass das Proletariat bis 1928 eine Kontrolle über die Bürokratie ausübte ist leider eine Idealisierung der Zustände, tatsächlich war sowohl das Proletariat als auch ein unabhängiges Räteleben in den frühen zwanziger Jahren kaum existent). Nachdem Stalin die Führung der Partei übernommen hatte, wurde diese

zu einer treibenden Kraft der Bürokratisierung. Stalin wurde zur Personifizierung der Interessen der neuen bürokratischen Kaste, die an der Spitze von Staat und Gesellschaft stand. Mitte der 20er Jahre hatte sich die Macht der Bürokratie gefestigt, eine politische Konterrevolution hatte stattgefunden, die ein diktatorisches, bonapartistisches Regime an die Macht gebracht hatte. Der russische Arbeiterstaat war degeneriert, die Arbeiterklasse politisch entmachtet und entmündigt.

Doch während das politische Regime von 1924 sich von der Räte Demokratie der Jahre 1917 und 1918 grundlegend unterschied, hatte sich die ökonomische Basis der Gesellschaft nicht grundlegend verändert. Das gilt trotz der „Neuen Ökonomischen Politik (NÖP)“, die ab 1922 mehr marktwirtschaftliche Elemente zuließ. Die wirtschaftlichen Errungenschaften der Revolution bestanden noch: Die Wirtschaft blieb verstaatlicht, die Planwirtschaft und das staatliche Außenhandelsmonopol blieben bestehen. Die Bürokratie hatte sich, wie für eine bonapartistische Clique üblich, über die Gesellschaft erhoben, sie konstituierte aber keine neue Klasse. Der Grund hierfür ist so einfach, wie er deutlich ist: Die Bürokraten waren nicht die Eigentümer der Betriebe, die sie managten. Die Bürokratie war privilegiert und konsumierte einen Teil des gesellschaftlichen, von der Arbeiterklasse erwirtschafteten, Mehrwerts. Aber sie waren nicht die Eigentümer der Betriebe (und konnten sie zum Beispiel dementsprechend auch nicht an ihre Nachfahren vererben), sie waren nicht zu Kapitalisten geworden – genauso wenig, wie ein Betriebsdirektor oder Regierungsmitglied im Westen nur aufgrund dieser Funktion zum Kapitalisten wird.

Die Existenz der verstaatlichten Planwirtschaft machte es aber möglich, dass trotz (und nicht aufgrund!) der bürokratischen Herrschaft die Fesseln der kapitalistischen Anarchie gesprengt waren und eine Entwicklung der Produktivkräfte möglich wurde, die auf kapitalistischer Grundlage unerreichbar gewesen wäre. Denn in Russland wurde nicht mehr für den Profit produziert und die Fabriken konkurrierten nicht mehr miteinander. So konnte aus dem rückständigen, halbfeudalen Russland eine hochindustrialisierte Gesellschaft und die Supermacht Nummer Zwei auf der Welt werden und China, um ein anderes Beispiel zu nehmen, konnte den Hunger ausmerzen und für alle Menschen eine Grundversorgung gewährleisten.

Daniel Behruzi hat in seinem Buch „Sowjetunion 1917-1924“ aussagekräftige Zahlen zusammengetragen: „*Schon in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre kontrastierte das wirtschaftliche Wachstum in der Sowjetunion mit der tiefen Krise in den kapitalistischen Staaten: Während die Industrieproduktion in Deutschland zwischen 1925 und 1932 um fast zwei Drittel und in den USA um die Hälfte einbrach, stieg sie in der Sowjetunion um mehr als das Vierfache.*

Die Zahlen sind im Bezug auf größere Zeiträume noch aussagekräftiger. Trotz zwei Weltkriegen und einem Bürgerkrieg stieg die Industrieproduktion von 1913, dem

Höhepunkt der Vorkriegsproduktion, bis 1963 um das 52fache, während sie in den USA um weniger als das sechsfache stieg und sich in Britannien nur verdoppelte. Im selben Zeitraum erhöhte sich die Produktivität in Britannien um 73 Prozent, in den USA um 332 Prozent, in der UdSSR aber um 1.310 Prozent! Grant (1997) gibt eine ganze Reihe weiterer Zahlen an, die den in den ersten Jahrzehnten in der Sowjetunion erreichten Fortschritt nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern auch in Fragen der Gesundheitsversorgung und des allgemeinen Lebensstandards dokumentiert: „In der früheren UdSSR, bei einer Bevölkerung, die um 15 Prozent anwuchs, stieg die Zahl der Techniker um das 55fache, die Zahl derer in Ganztagsbildungseinrichtungen um das sechsfache, die Anzahl der veröffentlichten Bücher um das dreizehnfache, Krankenhausbetten um das zehnfache. Kinder in Kindergärten um das 1.385fache. Die Anzahl der Ärzte pro 100.000 EinwohnerInnen war 205, im Vergleich dazu waren es 170 in Italien und Österreich, 150 in Amerika, 144 in Westdeutschland, 110 in Britannien, Frankreich und den Niederlanden und 101 in Schweden. Die Lebenserwartung hat sich mehr als verdoppelt und die Kindersterblichkeitsrate fiel auf ein Neuntel.“

In einem Brief an unsere irische Schwesterpartei hat die irische SWP/IST geschrieben, dass sie „*niemals das Argument akzeptiert haben, dass der ‚geplante Charakter‘ dieser Ökonomien bedeutete, dass sie den Widersprüchen und Krisen des Kapitalismus entkommen könnten.*“ Tatsächlich bedarf es politischer Blindheit oder Ignoranz, um nicht zu erkennen, dass genau das siebzig Jahre lang der Fall war. Die Sowjetunion, und nach dem Zweiten Weltkrieg die anderen stalinistischen Staaten, genossen über Jahrzehnte ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum und kannten keine Wirtschaftszyklen und Krisen, wie sie dem Kapitalismus immanent sind. Während der Weltkapitalismus Ende der 20er und Ende der 30er Jahre und dann 1973-75 und 1980-82 in Rezessionen geraten ist, blieben die stalinistischen Staaten davon verschont. Das Phänomen der Überproduktion war dem Stalinismus fremd (wenn überhaupt gab es eher das Problem von Unterproduktion an Konsumgütern) und auch als die Wachstumsraten mit Beginn der 70er Jahre nachließen und später den Nullpunkt erreichten entwickelten sich keine kapitalistischen Wirtschaftsrezessionen.

Die Todeskrise des Stalinismus, die zu seinem Untergang führte, hatte völlig andere Gründe. Sie war Ausdruck des Widerspruchs zwischen der verstaatlichten Produktions- und Aneignungsweise und der bürokratischen Kontrolle über die Gesellschaft. Eine Planwirtschaft braucht auch Kontroll- und Regulierungsmechanismen. Im Kapitalismus ist dies die Aufgabe des Marktes, der diese aber nicht bewusst und planmäßig, sondern verspätet und blind erfüllt. In einer Planwirtschaft muss diese Kontrolle durch die Beteiligung der Arbeiterklasse (der ProduzentInnen und KonsumentInnen) an der Verwaltung von Staat und Wirtschaft erreicht werden. Von Beginn an wurden die Wirtschaftserfolge der stalinistischen Staaten zu einem hohen Preis an Verschwendung und Missmanagement

erzielt. Je differenzierter die Wirtschaft aber wurde, desto unmöglicher wurde es diese in einer bürokratischen Art und Weise von oben nach unten zu planen und zu organisieren. Dies führte letztlich in die Sackgasse und zum Zusammenbruch der stalinistischen Staaten.

Wir sehen keinen qualitativen Unterschied zwischen dem Russland von 1924 und dem Russland von 1928. Tatsächlich hat der Fünf-Jahres-Plan kapitalistische Elemente in der sowjetischen Wirtschaft eher zurückgedrängt, als den Übergang zum Staatskapitalismus markiert (übrigens hatte die Linke Opposition um Leo Trotzki einen nationalen Produktionsplan schon einige Jahre lang eingefordert). Linksruck/IST müssen die Frage beantworten: Wenn Russland nach 1928 „staatskapitalistisch“ war, was waren die fundamentalen Unterschiede der russischen Wirtschaft im Vergleich zum Jahr 1924 oder 1918?

Das Phänomen der Übergangsgesellschaft

Das entscheidende Phänomen, das Cliff und Linksruck/IST nicht verstehen ist das Problem der Übergangsgesellschaft. Sie lehnen die Idee ab, dass die stalinistischen Staaten Übergangsgesellschaften waren. Daher können sie auch nicht die Bedeutung der Tatsache verstehen, dass in ihnen weiterhin bürgerlich-kapitalistische Elemente existierten.

Für Lenin und Trotzki war der Charakter der Sowjetunion als Übergangsgesellschaften völlig klar. Lenin schrieb 1918: *„Aber was bedeutet das Wort ‘Übergang’? Bedeutet es nicht in Anwendung auf die Wirtschaft, dass in der betreffenden Gesellschaftsordnung Elemente, Teilchen, Stückchen sowohl des Kapitalismus als auch des Sozialismus vorhanden sind. Jeder wird zugeben, dass dem so ist. Aber nicht jeder, der das zugibt, macht sich Gedanken darüber, welches denn nun die Elemente der verschiedenen Wirtschaftsformen sind, die es in Russland gibt. Das ist aber der ganze Kern der Frage.“* Und während der berühmten „Gewerkschaftsdebatte“ sagte Lenin 1920: *„Aus unserem Parteiprogramm (...) ist bereits ersichtlich, dass unser Staat ein Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen ist. Ja, mit diesem traurigen – wie soll ich mich ausdrücken? – Etikett mussten wir ihn versehen. Da haben Sie die Realität des Übergangs.“*

Trotzki schreibt im Übergangsprogramm von 1938: *„Das Regime der UdSSR trägt daher ungeheure Widersprüche in sich. Aber noch bleibt sie ein degenerierter Arbeiterstaat. Das ist die gesellschaftliche Diagnose. Die politische Prognose stellt die Alternative dar: Entweder wird die Bürokratie, indem sie zunehmend mehr das Organ der Weltbourgeoisie im Arbeiterstaat wird, die neuen Eigentumsformen abschaffen und das Land in den Kapitalismus zurückstoßen oder die Arbeiterklasse wird die Bürokratie zerschlagen und den Weg zum Sozialismus eröffnen.“*

Die Sache war also noch nicht entschieden. Die Sowjetunion war eine Gesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus – schon kein Kapitalismus mehr aber auch lange noch kein Sozialismus. Ted Grant schreibt in seinem

Text gegen die „Staatskapitalismustheorie“ von 1949 sehr richtig dazu: *„Der ganze Widerspruch, ein Widerspruch innerhalb der Gesellschaft selbst, der nicht willkürlich auferlegt wird - ist in der Vorstellung der Diktatur des Proletariats selbst enthalten. Wenn man die Probleme abstrakt betrachtet, kann man sehen, dass dies ein widersprüchliches Phänomen ist: Die Abschaffung des Kapitalismus, aber das Fortbestehen von Klassen. Das Proletariat verschwindet nicht. Es erhebt sich selbst in die Stellung der herrschenden Klasse und schafft die kapitalistische Klasse ab. Aber in der Übergangszeit bleibt es die Arbeiterklasse.“*

Das bedeutet, dass in der Gesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus (also nach der sozialistischen Revolution und vor dem Erreichen einer klassenlosen Gesellschaft) zwar der Kapitalismus abgeschafft, aber Elemente des Kapitalismus, bestimmte ökonomische und juristische Gesetzmäßigkeiten weiter wirken. Aber diese Gesetzmäßigkeiten wirken unter anderen Umständen, vor allem wirken sie nicht blind, wie im Kapitalismus, sondern die zur herrschenden Klasse organisierte Arbeiterklasse kann sie bewusst und planmäßig benutzen.

Auf dem Gebiet des gesellschaftlichen Überbaus ist es für MarxistInnen keine Frage, dass in der Übergangsgesellschaft ein Staat weiterhin existieren wird. In der Auseinandersetzung zwischen Marxismus und Anarchismus haben die MarxistInnen immer wieder darauf hingewiesen, dass der Staat nicht abgeschafft werden kann, sondern ein Arbeiterstaat die wirtschaftlichen Voraussetzungen für sein eigenes Verschwinden, sein eigenes Absterben schaffen wird. Dieser Staat würde jedoch eine völlig neue Art von Staat sein, da er erstens die Macht der Mehrheit über die Minderheit ausüben würde und zweitens seinen eigenen Untergang vorbereiten würde. Die Notwendigkeit des Staates in der Übergangsgesellschaft ergibt sich aus zwei entscheidenden Gründen: Erstens um Maßnahmen gegen die alte herrschende Klasse zu treffen und die Revolution und ihre Errungenschaften gegen konterrevolutionäre Versuche zu schützen; zweitens weil eine Übergangsgesellschaft nicht von einem Tag auf den anderen zu einer Verteilung von Überfluss führen kann.

Die Existenz eines Staates selber ist ein Überbleibsel der Klassengesellschaft im Arbeiterstaat. Doch solche Überreste gibt es nicht nur auf der Ebene des gesellschaftlichen Überbaus, sondern auch auf der ökonomischen Ebene. Deshalb gibt es auch in einer Übergangsgesellschaft, und das haben wir im Stalinismus gesehen, die Existenz von Geld, Lohnarbeit, Mehrwert, die Existenz der Arbeiterklasse, Produktion von Waren und so weiter. Deshalb haben wir eine verstaatlichte Wirtschaft und keine freie, gesellschaftliche Produktion.

Ted Grant drückt das in seiner Arbeit sehr gut aus: *„Was den Konflikt innerhalb des Kapitalismus verursacht, ist die Tatsache, dass die Gesetze blind wirksam werden. Aber, sobald die ganze Industrie verstaatlicht wird, können zum ersten Mal Kontrolle und Planung durch die Produzenten bewusst angewendet werden. Kontrolle und Planung werden jedoch in den ersten Stadien innerhalb*

gewisser Grenzen statt finden. Diese Grenzen werden durch das Niveau der Technik bestimmt, wenn die neue Gesellschaftsordnung an die Macht kommt.

Die Gesellschaft kann nicht über Nacht vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit treten. Nur auf der Grundlage einer grenzenlosen Entwicklung der Produktivkräfte wird Freiheit in ihrem vollsten Sinne Wirklichkeit werden. Die Stufe wird erreicht werden, auf der wir die 'Verwaltung von Sachwerten' erleben werden.

Bevor solch eine Stufe erreicht wird, muss die Gesellschaft die Übergangsperiode durchqueren. Aber insofern sofort nach der Abschaffung des Privateigentums Kontrolle und Planung zum ersten Mal eine Möglichkeit werden, wird zum ersten Mal auch das Reich der Notwendigkeit hinter sich gelassen. Aber während es jetzt möglich ist, von 'Freiheit' zu sprechen, ist dies nur in dem Sinne so, dass die Notwendigkeit bewusst erkannt wird.

Was wollen wir damit beweisen? Erstens, dass die Fortexistenz kapitalistischer Elemente und Gesetze in einem Arbeiterstaat zwangsläufig ist und daraus nicht geschlossen werden kann, dass ein solcher Staat kein Arbeiterstaat sein kann. Zweitens, dass Cliff nichts über den Charakter einer Übergangsgesellschaft verstanden hat. Während er zwar die Notwendigkeit eines Staates nach der Revolution anerkennt, hat er sich offensichtlich keine Gedanken über die wirtschaftlichen Gründe für die Fortexistenz des Staates gemacht und den Charakter der Übergangswirtschaft nicht verstanden. Denn er leitet die Existenz kapitalistischer Elemente in der stalinistischen Wirtschaft nicht aus dem Innenleben derselben her, sondern aus der internationalen Konkurrenzsituation (die, wie wir schon gesehen haben, nicht besonders weit entwickelt war).

Der Klassencharakter eines Staates

Im schon erwähnten Brief der irischen SWP/IST an die irische Socialist Party steht: *„Für die SWP, wie für Marx, sind die sozialen Verhältnisse der Produktion das entscheidende Kriterium – welche Klasse kontrolliert Industrie und Gesellschaft. Die Schlüsselfrage ist, ob die Arbeiterklasse tatsächlich kontrolliert und die wirkliche herrschende Klasse ist. Kann also ein Staat, der nicht unter der Kontrolle der Arbeiter steht, ein Arbeiterstaat sein?“*

Allein dieser Satz kommt einer Vergewaltigung von Marx gleich. Eine kapitalistische Klasse wird weder dadurch definiert, was sie kontrolliert (natürlich kontrollierte die Bürokratie Staat und Wirtschaft), noch was sie konsumiert (natürlich konsumierte die Bürokratie einen großen Teil des gesellschaftlichen Mehrwerts), sondern dadurch, was sie besitzt (und die Bürokratie war eben nicht Eigentümerin der Wirtschaft). Für Marx war ebenso entscheidend, welche Klasse die Eigentümerin der Industrie ist und nicht wer sie kontrolliert.

Dem mag man entgegen halten, dass in einigen Staaten, wie zum Beispiel Ägypten unter Nasser oder Israel, weitgehende Verstaatlichungen stattgefunden haben ohne dass wir diese Staaten als deformierte Arbeiter-

staaten bezeichnen würden. Der entscheidende Unterschied ist zum einen, dass es nicht zur vollständigen Verstaatlichung der Wirtschaft kam und weder eine Planwirtschaft eingeführt wurde noch ein staatliches Außenhandelsmonopol bestand. Zweitens müssen solche Entwicklungen im historischen Zusammenhang und vor dem Hintergrund ihrer Entwicklungsdynamik verstanden werden. Nasser drückte den Druck der ägyptischen Massen aus, als er Verstaatlichungsmaßnahmen ergriff. Die Existenz der Sowjetunion erlaubte es ihm antiimperialistische Maßnahmen zu ergreifen und zu versuchen zwischen Imperialismus und Stalinismus zu balancieren. Wäre er weiter gegangen, hätte es auch in Ägypten zur Abschaffung des Kapitalismus wie in Äthiopien oder Mocambique kommen können.

Marxens Beitrag zum Verständnis der kapitalistischen Gesellschaft bestand auch darin, dass er das Phänomen des Bonapartismus erklärt hat, also einer Gesellschaft in der die Bourgeoisie die Kontrolle über den Staat an eine herrschende Kaste oder einen einzigen Diktator abgeben musste. Nichtsdestotrotz bezeichnete Marx diese Gesellschaften als kapitalistisch.

Es gibt in der Geschichte viele Beispiele, in denen die (wirtschaftlich) herrschende Klasse die Kontrolle über den Staat an eine Bürokratie abtreten musste, bzw. der gesellschaftliche Überbau nicht den ökonomischen Verhältnissen entsprach.

Die ganze Geschichte des französischen Kapitalismus legt davon Zeugnis ab: Zwischen 1789 und 1793 übernahmen die Jakobiner die völlige Macht in Frankreich (die bürgerlich-kapitalistische Revolution wurde in dieser Phase nicht von den Kapitalisten geführt) und befreiten Frankreich vom Feudalismus. Darauf folgte der Thermidor (die Entmachtung der Jakobiner) und die Herrschaft des Direktoriums und später die Alleinherrschaft von Napoleon Bonaparte. Dieser ließ sich zum Kaiser krönen und führte bestimmte feudale Elemente wieder ein. Trotzdem blieb Frankreich kapitalistisch. Auch nach dem Ende von Napoleons Herrschaft und der Restauration der Bourbonenherrschaft blieb Frankreich kapitalistisch. Auf dieser Grundlage gab es 1830 und 1848 bürgerliche Revolutionen in einer kapitalistischen Gesellschaft keine sozialen Revolutionen, sondern politische Revolutionen. Der französische Staat hat seit 1789 viele Gesichter angenommen und befindet sich heute in der fünften Republik. Auf den ersten Blick wäre es absurd zu behaupten, dass die Gesellschaftsform Frankreichs zu Zeiten Robespierres, Napoleon Bonapartes, Louis XVIII., Louis Bonapartes, dem Vichy-Regime, De Gaulles und Chiracs oder Deutschlands zu Zeiten Bismarcks, Kaiser Wilhelms, der Weimarer Republik, Hitlers, Adenauers und Schröders dieselbe war. Dem ist aber so: Eine kapitalistische Gesellschaft. Der entscheidende gemeinsame Nenner ist die Eigentumsform, das Privateigentum an Produktionsmitteln und die allgemeine kapitalistische Warenproduktion.

Es gibt viele andere Beispiele für kapitalistische Staaten, in denen der Staat nicht von der Bourgeoisie kontrolliert wird und die Staatsbürokratie sogar Maßnahmen

gegen die Bourgeoisie ergreift: Das faschistische Hitlerdeutschland und Tschiang Kai-Scheks China, um nur zwei zu nennen. In diesen Fällen wurde die Staatsbürokratie nicht selbst zur herrschenden Klasse, in letzter Instanz blieben sie immer das Instrument der herrschenden Klasse, selbst, wenn sie zeitweilig oder in bestimmten Situationen in Konflikt mit ihr gerieten.

Trotzki hat die stalinistische Konterrevolution nicht zufällig den sowjetischen Thermidor und das stalinistische Regime ein bonapartistisches Regime genannt. Er zog eine passende Parallele zu den Entwicklungen nach der Großen Französischen Revolution. Der politische Überbau hatte seinen Charakter verändert, aber nicht der Klassencharakter der Gesellschaft. Frankreich blieb ein Kapitalistenstaat, Russland blieb ein Arbeiterstaat.

Die Abschaffung des Kapitalismus in Osteuropa

Das Phänomen, an dem Cliff und die IST geradezu verzweifelt, sind die Entwicklungen in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie wehren sich verzweifelt gegen die Schlussfolgerung, dass der Kapitalismus dort abgeschafft wurde, ohne dass eine von der Arbeiterklasse geführte sozialistische Revolution stattgefunden hatte. Verzweifelt ruft Cliff in seinem Hauptwerk „Staatskapitalismus in Russland“ aus: *„Wer behauptet, die Volksdemokratien seien Arbeiterstaaten, akzeptiert damit, dass die proletarische Revolution im Prinzip genauso wie die bürgerliche auf Volksbetrug beruht. Sind die Volksdemokratien Arbeiterstaaten, dann hat Stalin die proletarische Revolution verwirklicht, (...) Wenn diese Länder Arbeiterstaaten sind, was soll dann der Marxismus noch, was die IV. Internationale? Sind die Volksdemokratien Arbeiterstaaten, dann muss man die Aussage von Marx und Engels zurückweisen, dass sich im Akt der sozialistischen Revolution die Geschichte ihrer selbst bewusst wird.“*

Einmal mehr wird in dieser Cliff'schen Herangehensweise sein Hang zur Abstraktion und zur Ignoranz gegenüber den konkreten historischen Entwicklungen, sein Schematismus und mechanisches Festhalten an Lehrsätzen deutlich.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Diese Aussage unterstützt die SAV einhundertprozentig. Aber sie hilft uns in der Analyse der stalinistischen Staaten nicht weiter. Denn auch wenn der Kapitalismus in Osteuropa nach 1945 abgeschafft wurde, wurde die Arbeiterklasse nicht befreit. Wir landen wieder beim Phänomen der Übergangsgesellschaft, das Cliff geflissentlich ignoriert. Nur die Arbeiterklasse kann die Aufgabe der sozialistischen Revolution zu einem erfolgreichen Ende führen und die Tür zu einer klassenlosen Gesellschaft aufstoßen. Aber, ob es Cliff und Linksruck gefällt oder nicht, die Geschichte hat einen Weg eingeschlagen, der von Marx und Engels nicht vorhergesehen werden konnte. Unter ganz bestimmten historischen Umständen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten, wurde ein Teil der Aufgabe der

sozialistischen Revolution durchgeführt ohne dass die Arbeiterklasse in diesem Prozess eine unabhängige und führende Rolle spielte. Das Ergebnis waren deformierte Arbeiterstaaten, eine Übergangsgesellschaft nach dem Modell des stalinistischen Russlands und keine Gesellschaften, die die Arbeiterklasse befreiten.

Übrigens haben auch schon zu anderen Zeitpunkten in der Geschichte Gesellschaftsklassen historische Aufgaben erfüllt, die eigentlich anderen Klassen zugefallen wären. So wurde die deutsche Einheit 1871 durch Bismarck und die preußischen Junker vollzogen, weil das deutsche Bürgertum sich in der Revolution von 1848 als unfähig erwiesen hatte, die Führung der Gesellschaft zu übernehmen.

Doch der Blick der IST auf die Entwicklungen nach 1945 ist eindimensional und undialektisch. Für sie wurden die Volksdemokratien durch Stalin errichtet. Sie lassen den komplexen Prozess der sich bekämpfenden Klassenkräfte und der speziellen unabhängigen Interessen der russischen Bürokratie außer Acht, der sich entwickelte. Die Gründe für die Errichtung neuer stalinistischer Regime in Osteuropa waren vielfältig und sie standen in einem dialektischen Zusammenhang. In ihnen drückte sich die Erkenntnis Trotzki's aus, dass der Kapitalismus die unterentwickelten Länder nicht entwickeln kann und dass deshalb die Grenzen des Kapitalismus überschritten werden müssen.

Ein wichtiger Faktor war die Existenz der Sowjetunion und ihre enorme Stärkung durch den Ausgang des Zweiten Weltkriegs. Dadurch wurde die Sowjetunion, die eine beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung vorzeigen konnte, in den Augen breiter Massen in der unterentwickelten Welt und in Osteuropa zu einem Modell. In Osteuropa war der größte Teil der Kapitalisten, der mit den faschistischen Besatzern kollaboriert hatte, nach Ende des Krieges geflohen. Ein Machtvakuum war in Staat und Wirtschaft entstanden. Gleichzeitig entwickelte sich eine revolutionäre Welle der Arbeiterklasse und armen Bauern, die enormen Druck auf die neuen Verwalter ausübte, die von der Roten Armee eingesetzt worden waren. Die Sowjetbürokratie selber hatte ein Interesse daran die Kontrolle über die osteuropäischen Pufferstaaten als Bollwerk gegen den Imperialismus zu behalten. Aus dieser Lage entwickelte sich eine Dynamik, die die russische Bürokratie dazu zwang in Osteuropa Staaten nach ihrem eigenen Vorbild aufzubauen und den Kapitalismus abzuschaffen. Doch diese Staaten waren vom ersten Augenblick an stalinistische Staaten, in denen die Arbeiterklasse entmündigt war. Während SozialistInnen alle antikapitalistischen Maßnahmen unterstützten, haben sie niemals die stalinistischen Regimes unterstützt.

Für die Verteidigung von Staatseigentum und Planwirtschaft

Linksruck/IST haben die Verteidigung von Staatseigentum, Planwirtschaft und staatlichem Außenhandelsmonopol immer wieder als Verteidigung der stalinistischen Regime dargestellt. Das ist eine falsche Darstel-

lung. Wir haben die Errungenschaften der Oktoberrevolution verteidigt, all das was an den stalinistischen Gesellschaften im historischen Sinn progressiv war. Wir haben die deformierten Arbeiterstaaten auch gegen Versuche der Restauration des Kapitalismus verteidigt. Übrigens auch und gerade gegen die Teile der Bürokratie, die Ende der 80er Jahre pro-kapitalistische Schlussfolgerungen gezogen haben und selber zu den Trägern der kapitalistischen Konterrevolution wurden. Damit befinden wir uns bei Trotzki in guter Gesellschaft: *„Das wirtschaftliche Fundament der UdSSR beinhaltet ihren fortschrittlichen Charakter: diese wirtschaftlichen Grundlagen müssen von den arbeitenden Massen der ganzen Welt und allen Freunden des Fortschritts mit allen möglichen Mitteln verteidigt werden.“*

Die Verteidigung der wirtschaftlichen Grundlagen der stalinistischen Staaten bedeutet nicht die stalinistischen Regime zu verteidigen (genauso wie die Verteidigung der Gewerkschaften nicht mit einer politischen Unterstützung für die Gewerkschaftsbürokratie gleichzusetzen ist). Wir sind in jeder Situation für die politische Revolution eingetreten. Bei den Arbeiteraufständen 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn, bei den Protestbewegungen in Polen 1956, 1970, 1976 und 1980/81, beim Prager Frühling 1968 und der revolutionären Bewegung 1989/90 standen wir eindeutig auf Seiten der Massen gegen die stalinistische Bürokratie und haben gleichzeitig gegen die pro-kapitalistischen Illusionen argumentiert, die sich in den 80er Jahren bei Teilen der Arbeiterklasse entwickelt hatten.

Wir verteidigten die ökonomischen Errungenschaften der Oktoberrevolution aber auch gegen Versuche diese abzuschaffen. Es war für Revolutionäre eine wichtige Frage, welche Haltung sie in Konflikten zwischen den deformierten Arbeiterstaaten und dem Imperialismus einnehmen sollten. Angesichts des Zweiten Weltkriegs kam diese Frage zum ersten mal auf und führte zu hitzigen Debatten in den Reihen der Vierten Internationale. Für Trotzki war die Position, die die Vierte Internationale einnehmen sollte, eindeutig: Für die militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen jede imperialistische Aggression ohne aufzuhören für den Sturz der Bürokratie und die politische Revolution der Arbeiterklasse einzutreten. Die Haltung der IST wäre im Zweiten Weltkrieg (zumindest wenn sie der Logik ihrer eigenen Argumentation gefolgt wären) eine neutrale Position gewesen, da ihrer Ansicht nach das staatskapitalistische Russland keine historisch fortschrittlichen Produktionsverhältnisse verkörperte. Stellen wir uns vor, die sowjetische Arbeiterklasse wäre während des Zweiten Weltkriegs einer solchen politischen Linie gefolgt. Es ist mehr als fraglich, ob wir heute am Leben wären, wann der Faschismus gestürzt worden wäre und wie viel er bis dahin hätte zerstören können.

Politische Kontinuität ist keine Stärke der IST. Während des Koreakrieges, als der kapitalistische Süden mit Unterstützung des Imperialismus Nordkorea angriff, nahm Cliff eine neutrale Position ein, da es sich aus seiner

Sicht nur um einen innerkapitalistischen Konflikt handelte. Abgesehen vom Klassencharakter Nordkoreas als deformiertem Arbeiterstaat, handelte es sich auch um eine imperialistische Intervention in einem exkolonialen Land. Dies interessierte Cliff nicht besonders. Während des Vietnamkrieges – ein Konflikt der denselben Charakter wie der Koreakonflikt trug – änderten Cliff und die IST ihre Linie. Obwohl sie auch diesen Konflikt als innerkapitalistischen bezeichneten unterstützten sie Nordvietnam gegen den Imperialismus. Warum diese unterschiedliche Haltung? Die Antwort kann nur in dem organischen Opportunismus der IST gefunden werden. Der Koreakrieg führte zu keiner massenhaften Antikriegsbewegung, der Vietnamkrieg zu einer Massenbewegung. Eine neutrale Position hätte die IST von dieser Bewegung abgeschnitten. Massenstimmungen und Bewegungen zum Ausgangspunkt für die eigene politische Position zu machen ist jedoch keine marxistische Methode.

Die Restauration des Kapitalismus 1989/90

Jede Theorie findet ihren Test in der Realität. Die Ereignisse von 1989/90 waren der größtmögliche Test für die „Staatskapitalismustheorie“. 1989/90 bewahrheitete sich Trotzki's Prognose, dass der Stalinismus eine Übergangsgesellschaft darstellt, die entweder durch eine politische Revolution der Arbeiterklasse zum Sozialismus führt oder durch eine kapitalistische Konterrevolution das Rad der Geschichte zurückdrehen wird.

Cliffs Prognose war eine gänzlich andere. In seinem Hauptwerk „Staatskapitalismus“ schreibt er: *„Wir halten es für ausgeschlossen, dass die internen Klassenkräfte Russlands zur Restauration des Privatkapitalismus führen können“ (Seite 187, deutsche Ausgabe von 1975)* Dementsprechend unfähig war die IST 1989/90 eine Analyse und politische Praxis zu entwickeln, die den Erfordernissen der Zeit entsprach und der Arbeiterklasse einen politischen Ausweg aufzeigte.

Wir haben damals an der revolutionären Massenbewegung, die in ihrer ersten Phase eindeutig zu einem Programm der politischen Revolution für eine sozialistische Demokratie tendierte, angesetzt und ein Programm für den Sturz der Bürokratie und die Errichtung einer Arbeiterdemokratie vertreten. Gleichzeitig verteidigten wir das Staatseigentum und die Planwirtschaft gegen die Privatisierungsvorhaben und die Wiedereinführung kapitalistischer Verhältnisse.

Die deutsche Vorgängerorganisation von Linksruck, die SAG, hatte in dieser Zeit einen Zickzackkurs, wie er widersprüchlicher kaum sein könnte. In ihrer Zeitung findet man überhaupt kein Programm für die Massenbewegung in der DDR. Es werden keine Vorschläge gemacht, wie aus dieser Bewegung eine Bewegung für einen demokratischen Arbeiterstaat gemacht werden kann. Stattdessen nimmt die SAG innerhalb eines Jahres absolut widersprüchliche Positionen ein. Hier ein paar Zitate. Im November 1989 wird die Wiedervereinigung noch grundsätzlich abgelehnt (obwohl diese Forderung

in der revolutionären Bewegung in der DDR noch keine dominierende Rolle gespielt hat).

„Die Forderung nach einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR stellen wir gegen die Forderung nach Wiedervereinigung (...) Solange die Wiedervereinigung nur auf die Stärkung und Vergrößerung des BRD-Kapitalismus hinausläuft müssen Sozialisten ein klares Nein zur ‚Wiedervereinigung‘ aussprechen.“
(Klassenkampf Nr. 79, 11/89)

„Unser Nein zur Wiedervereinigung unter den Vorzeichen des BRD-Imperialismus - und nur eine solche ist heute denkbar - ist gleichzeitig ein Nein zur Wiedererrichtung einer großdeutschen imperialistischen Supermacht in Mitteleuropa, die eine Bedrohung für die Arbeiterbewegung und aller kleiner Völker Europas wäre, und es ist ein Ja zur demokratischen Massenbewegung in der DDR für den Kampf gegen jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung. Denn ein wiedervereinigtes Deutschland wäre für das Volk der DDR keine Befreiung, sondern ein Austausch der Unterdrückerklassen.“
(Klassenkampf 80, 12/89)

In derselben Ausgabe sprechen sie davon, dass die DDR-Bürokratie kein Interesse habe sich in eine neue Bourgeoisie zu verwandeln und dass die Tendenz nicht weg vom „Staatskapitalismus“, sondern zu ihm hingehe (!!!), weil dem eine ökonomische Notwendigkeit zugrunde liege.

Im Mai 1990 brachte es die SAG sogar fertig zu schreiben: *„Der Stalinismus ist tot, der Staatskapitalismus lebt fort, ja wird sogar verstärkt, wenn er nicht durch Arbeiterrevolutionen gestürzt wird.“* – und die USA, Japan und die BRD wurden auch zu „Staatskapitalismen“ erklärt!

Im Januar 1990 geht die Ablehnung der Wiedervereinigung weiter: *„Die Masse der Demonstranten, die unter der Parole gegen Misswirtschaft, Korruption und politische Unterdrückung zu Felde ziehen, haben dabei zwar nicht die Anliegen westdeutscher Wirtschaftsbesitzer, sondern ihre eigenen Interessen im Auge; aber sie blasen natürlich trotzdem dasselbe, nationalistische Horn wie konservative und industrielle Kreise in der BRD und nutzen diesen.“*

Im Oktober 1990 wurden dann plötzlich ganz andere Töne angeschlagen: *„Dies war keine Invasion westdeutscher Truppen, keine gewaltsame Annexion. Mauer und Stacheldraht, die Symbole der Unterdrückung der DDR-Bevölkerung, wurden nicht durch westliche Aggression, sondern durch eine politische Revolution in der DDR selbst beseitigt. Der westdeutschen Bourgeoisie das Recht auf gewaltsame, imperialistische Ostexpansion zu verwehren ist eine Sache. Eine ganz andere Sache war es jedoch, der DDR-Bevölkerung das demokratische Recht abzuspochen, über die Frage der Eigenstaatlichkeit zu entscheiden. Die Demokratiebewegung verriet ihr eige-*

nes Programm, wenn sie einerseits Rede- und Versammlungsfreiheit einklagte, andererseits aber die Freiheit der nationalen Selbstbestimmung der DDR-Bevölkerung ablehnte.“ Und: *„Keine Macht und keine noch so richtige politische Initiative hätte in der DDR die Wiedervereinigung verbindern können. Aber sie hätte möglicherweise einen anderen Verlauf nehmen können. Der Stasi-Apparat hätte zerstört, die Modrow-Regierung gestürzt werden können und die Bedingungen der Vereinigung mit der BRD hätten nicht von einer aus freien Wahlen hervorgegangenen heimlichen Stasi-Regierung ausgehandelt werden können. Eine solche Wiedervereinigung ‚von unten‘ hätte vor allem der Arbeiterklasse wesentlich bessere Voraussetzungen für ihre zukünftige Erneuerung verschafft.“*

Dieser Gedanke wird auch 1994 in „Sozialismus von unten“ wiederholt: *„Anstatt auf Eigenständigkeit der DDR um jeden Preis zu pochen, hätten Sozialisten die Aufgabe gehabt, die tatsächlichen Arbeiterkämpfe voranzutreiben. Ein Generalstreik gegen die Stasi und für eine Volksabstimmung zur Wiedervereinigung wäre Anfang Dezember möglich gewesen. Eine aus dem Generalstreik hervorgegangene revolutionäre Übergangsregierung hätte den Auftrag gehabt, die Stasi und den alten Machtapparat vollständig aufzulösen und mit der Kohl-Regierung die Bedingungen für eine Wiedervereinigung auszuhandeln.“*

So unglaublich es klingen mag, aber das waren die Positionen von SAG und Linksruck zur Frage der deutschen Einheit. Sie widersprechen sich innerhalb weniger Monate völlig. Aber vor allem nehmen sie keinen Klassenstandpunkt ein und behandeln die sozialen und ökonomischen Folgen der deutschen Wiedervereinigung nicht. Privatisierungen wurden von der SAG anfangs nicht abgelehnt, auch in dieser Frage gab es dann einige Jahre später eine stillschweigende Veränderung der Position.

Sie formulieren – inmitten einer revolutionären Massenbewegung – kein sozialistisches Programm, sondern beschreiben die Aufgaben einer revolutionären Regierung damit, mit Kohl die kapitalistische Wiedervereinigung auszuhandeln!!! Vertrauen in die Kraft und Möglichkeit der DDR-Arbeiterklasse einen eigenen Kurs einzuschlagen – nicht vorhanden.

Revolutionen und Konterrevolution sind, wie Kriegssituationen, die größten Tests für Revolutionäre. Bei dem Test 1989/90 haben alle Kräfte, die sich auf den Marxismus beziehen (inklusive VORAN/SAV) Fehler gemacht und Fehleinschätzungen abgegeben. Aber SAG/IST haben völlig den Boden unter den Füßen verloren und sind in politischer Verwirrung versunken. Der Grund ist, dass sie den grundlegenden Konflikt, der sich entwickelt hat nicht verstanden haben: Den Konflikt zwischen zwei sich widersprechenden sozialen Systemen, zwischen Kapitalismus und nachkapitalistischer Übergangsgesellschaft.

Tatsächlich hat sich für Linksruck/IST nicht viel verändert. Sie benutzen nach wie vor die Losung „1989/90 war kein Schritt nach vorne, kein Schritt zurück – sondern ein Schritt seitwärts.“ Für sie hat eine Form des Kapitalismus die andere ersetzt und nichts qualitatives hat sich getan.

Für Tony Cliff kann es 1990 aus einem anderen Grund keine kapitalistische Konterrevolution gegeben haben. An Trotzki's Worten klebend sagt er: „Wenn die UdSSR ein Arbeiterstaat gewesen wäre, wie degeneriert auch immer, dann hätten die Arbeiter im Falle eines Angriffs durch den Kapitalismus ihren Staat verteidigt. Trotzki betrachtet es als selbstverständlich, dass die Arbeiter der Sowjetunion ihr bei einem Angriff durch den Kapitalismus zur Seite stehen würde, wie korrupt und verdorben die herrschende Bürokratie auch sein mochte.“ (Zu den Ursprüngen der Internationalen Sozialisten, S. 48)

Wieso hat sich die Arbeiterklasse dann nicht gegen die „staatskapitalistische“ Konterrevolution 1928 gewehrt? Sicher findet Cliff dafür irgendeine konstruierte Erklärung, seine These bleibt für 1990 trotzdem falsch. Tatsächlich hat die Arbeiterklasse der Sowjetunion durch ihren heldenhaften Opfermut während des Zweiten Weltkriegs Trotzki's Ansicht bestätigt und die UdSSR gegen den imperialistischen Angriff verteidigt. 45 Jahre später hatte die Herrschaft der Bürokratie jedoch zu einem solchen Ausmaß an Misswirtschaft, Korruption und Diskreditierung des Sozialismus geführt, dass die Errungenschaften der Revolution nur noch wenig Verankerung im Bewusstsein der Massen hatten. Die Verhältnisse vormaliger kapitalistischer Zeiten waren in den Köpfen der Massen kaum präsent, dafür aber das Überangebot an Konsumgütern in westlichen Kaufhäusern und der allgemein höhere Lebensstandard und das größere Maß an demokratischen Freiheiten in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Das, kombiniert mit der Schwäche des Marxismus, war die Grundlage für eine kapitalistische Restauration, die nicht den Widerstand der Arbeiterklasse hervorrief, sondern sich auf die Stimmung der Massen, unter denen sich große Illusionen in die Marktwirtschaft entwickelt hatten, stützen konnte.

Bilanz

Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Stalinismus kann Bilanz gezogen und beurteilt werden, ob es qualitative Veränderungen gegeben hat oder ob sich nur eine geschichtliche Seitwärtsbewegung vollzogen hat.

Diese Bilanz besteht in der größten Zerstörung von Produktivkräften, die die Menschheit in Friedenszeiten jemals gesehen hat. Millionen von ArbeiterInnen haben ihren Arbeitsplatz verloren, abertausende Betriebe wurden stillgelegt. Die 90er Jahre bedeuteten für die Massen in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion Elend in einem Ausmaß, wie es Jahrzehnte unvorstellbar war. Die nationale Frage ist in aller Schärfe wieder aufgebrochen, hat zu Kriegen und zum Zerfall der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens geführt. Die

Lebenserwartung von Männern in Russland ist auf 58 Jahre gefallen. Die Arbeiterklasse in Russland befindet sich immer noch in einem Zustand der erzwungenen Zersplitterung und hat sich noch nicht davon erholt.

International hatte die kapitalistische Konterrevolution eine politische und ökonomische Offensive der Kapitalisten zur Folge, die weltweit zu einer drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Massen führte. Gleichzeitig hat die Konterrevolution den Rechtsruck in der Arbeiterbewegung qualitativ verschärft, zur Verbürgerlichung der alten sozialdemokratischen Parteien geführt und die Massen in einen Zustand der politischen Verwirrung geführt.

Die These der „Seitwärts-Entwicklung“ von Linksruck/IST gibt erstens keine Erklärung für den historischen Wendepunkt den die kapitalistische Konterrevolution 1990 markierte und zweitens ist sie eine Anleitung zur Passivität und nicht zum Handeln. Betrachtet man die praktischen Konsequenzen der „Staatskapitalismustheorie“ muss man zu dem Ergebnis kommen, dass es sich um eine im Kern reaktionäre Theorie handelt.

Brennende Aktualität hat die Frage des Klassencharakters stalinistischer Staaten im heutigen Kuba. Dort sind die ökonomischen Grundlagen, die die Revolution von 1959 geschaffen hat, noch weitgehend vorhanden. Die SAV betrachtet Kuba als einen deformierten Arbeiterstaat (siehe dazu unser Buch „Castros Kuba - eine marxistische Kritik“ von Peter Taaffe). Wir treten für die Ersetzung des Castro-Regimes durch eine Arbeiterdemokratie ein und verteidigen Kuba gleichzeitig gegen die Wirtschaftsblockade und gegen jeden Versuch kapitalistisches Privateigentum wiederherzustellen.

Die „Staatskapitalismustheorie“ hat sich als unfähig erwiesen den Test durch die Realität zu bestehen. Sie ist aber nicht nur eine falsche Darstellung des Klassencharakters der stalinistischen Staaten und führt zu falschen praktischen Schlussfolgerungen. In ihr kommt auch die schematische und unmarxistische Methode von Linksruck/IST zum Ausdruck.

Viele Linksruck-Mitglieder haben uns gegenüber geäußert, dass sie die SAV in vielen Fragen „besser“ finden als Linksruck und haben auf unseren demokratischen Parteaufbau, die Anwendung des Übergangsprogramms, unsere ernsthafte Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, unsere politische Bildungsarbeit und so weiter hingewiesen. Gleichzeitig haben sie gesagt, ihre Anerkennung der „Staatskapitalismustheorie“ verbiete es ihnen in die SAV einzutreten. Für uns ist die Anerkennung unserer Stalinismusanalyse keine Vorbedingung für den Eintritt einzelner Mitglieder in die SAV, wenn sie vom allgemeinen Programm und den Methoden der SAV überzeugt sind und konstruktiv in der Partei mitarbeiten wollen. Wir sind bereit die Debatte über die Staatskapitalismustheorie mit solchen GenossInnen zu führen und sind sicher, eine gemeinsame Basis für den Aufbau einer revolutionären Partei zu finden.

Schlussbemerkung

Diese Broschüre ist ein Diskussionsangebot an Linksruck-Mitglieder und an die gesamte Linksruck-Organisation. Wir haben uns in ihr kritisch - und manchmal mit einem Schuss Polemik - mit Theorie und Praxis von Linksruck auseinandergesetzt. Dabei ging es uns nicht darum eine andere sozialistische Organisation „runterzumachen“. Uns liegt die Praxis sektiererischer Gruppen fern, die ihre politische Aufgabe vor allem darin sehen andere Linke zu „entlarven“. Mit dieser Broschüre wollen wir die Diskussion in der revolutionären Linken über die anstehenden Aufgaben und darüber mit welcher Politik und welchen Methoden sie bewältigt werden können, vorantreiben.

Während diese Broschüre beantwortet, dass die Existenz von SAV und Linksruck als separate Organisationen aufgrund der weitgehenden Differenzen gerechtfertigt ist, wollen wir gleichzeitig betonen, dass wir jederzeit zur Zusammenarbeit mit Linksruck und anderen linken Organisationen bereit sind, wenn diese Zusammenarbeit

auf einer ehrlichen und gleichberechtigten Grundlage stattfindet und klar formulierte Ziele verfolgt. Das Mittel der Einheitsfront haben wir in den letzten 27 Jahren unserer Existenz in Deutschland angewendet und werden dies auch weiterhin tun.

Wir würden uns freuen, eine schriftliche Antwort der Linksruck-Bundeskoordination auf diese Broschüre zu erhalten und haben eine solche Aufforderung an sie gerichtet. Ebenso würden wir uns freuen, wenn Linksruck-Gruppen oder Einzelmitglieder, aber auch andere AktivistInnen, die mit dem Thema konfrontiert sind und sich darüber auseinandersetzen wollen, die Diskussion mit uns suchen würden.

Diskussion und Debatte ist innerhalb der revolutionären Linken von entscheidender Bedeutung, um den Weg zu finden, mit dem eine marxistische Masseninternationale in den nächsten Jahren aufgebaut werden kann.

Broschüren und Bücher der SAV

Das Grundsatzprogramm der SAV , beschlossen auf der SAV-Bundeskonferenz April 1999	4,00
Das Statut der SAV	1,00
Stopp Nazis & Rassisten , das Antifa-Programm der SAV, erschienen 1998	3,00
Gleichberechtigung erkämpfen – das sozialistische Frauenprogramm der SAV , Wie entstand Frauenunterdrückung? – Frauen und Erwerbsarbeit – Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – Mädchen und Frauen in Schule und Ausbildung – Frauen und Familie – Sexismus und Gewalt gegen Frauen – Frauen in Ostdeutschland – MigrantInnen – Wo steht die Frauenbewegung heute? – Wie können wir was verändern? – Frauen in Parteien und Gewerkschaften	5,00
Weltwirtschaft, Halbzeit für Rot-grün und Aussichten für Deutschland , beschlossen auf der SAV-Bundeskonferenz im Dezember 2000	1,00
Sozialistische Standpunkte:	
<i>Nr. 1 Demokratische Planung statt Diktatur des Marktes</i>	1,00
<i>Nr. 2 Alle Atomkraftwerke sofort abschalten</i>	1,00
<i>Nr. 3 Zehn Jahre Wiedervereinigung = Zehn Jahre „Abschwung Ost“</i>	1,00
<i>Nr. 4 Kampf gegen Nazis / Was ist Faschismus?</i>	1,00
<i>Nr. 5 Fusionsfieber – die kapitalistische Wirtschaft ist krank</i>	1,00
<i>Nr. 6 Anarchismus – Ausweg oder Irrweg</i>	1,00
<i>Nr. 7 Sozialismus – Alternative oder Utopie</i>	1,00
<i>Nr. 8 Ein Rückblick aufs 20ste Jahrhundert</i>	1,00
<i>Nr. 9 Zum 75. Todestag von Lenin</i>	1,00
<i>Nr. 10 Börsencrash 1929</i>	1,00
<i>Nr. 11 150 Jahre Kommunistisches Manifest – Ist der Marxismus noch aktuell?</i>	1,00
<i>Nr. 12 Zum 100. Todestag von Friedrich Engels</i>	1,00
<i>Nr. 13 Ursprünge des Rassismus</i>	1,00
<i>Nr. 14 Gesundes Essen – ohne Profit</i>	1,00
<i>Nr. 15 Kritiker des Neoliberalismus</i> , Die Theorien von Bordieu, Forrester, Kurz, Krugman & attac	1,00
<i>Nr. 16 Nein zum Europa der Banken und Konzerne</i>	1,00

- DDR 1989: Die gescheiterte Revolution**, Robert Bechert, Im Herbst 1989 wurde die stalinistische SED-Diktatur durch eine revolutionäre Massenbewegung gestürzt. Wie war es möglich, dass das DDR-Regime in wenigen Wochen aus den Angeln gehoben werden konnte? Welchen Charakter hatte die Bewegung? Gab es eine Alternative zur Wiedervereinigung auf kapitalistischer Grundlage? 20,00
- Castros Kuba – eine marxistische Kritik**, Peter Taaffe, Debatten über die Revolution und Kuba heute 15,00
- Die Lage der Welt und die ehemaligen Arbeiterparteien**, Die Beschlüsse des 7. Weltkongresses des Komitees für eine Arbeiterinternationale (Internationale Organisation, deren Mitglied die SAV ist). Inhalt: Wendepunkte im 20. Jahrhundert - Die Wirtschaft und die Produktivkräfte - Europa und die Weltrevolution - Die halbentwickelten kapitalistischen Länder und Australasien - Nord -und Südamerika - Russland und Osteuropa - Die ehemaligen Arbeiterparteien 10,00
- Die Russische Revolution 1917**, Wolfram Klein, Ein 100seitiger Text über die Geschichte der russischen Revolution 1917. Welche Lehren können SozialistInnen heute daraus ziehen? 10,00
- Das Übergangsprogramm der IV. Internationale**, Leo Trotzki, mit Schriften zum Programm: Ein Aktionsprogramm für Frankreich, Diskussion über das Übergangsprogramm, Diskussion über die Arbeiterpartei in den USA 5,00
- Geschichte der Arbeiterbewegung**, Ein Überblick über die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland mit folgenden Themen: Die SPD und der erste Weltkrieg - Der internationale Sozialistenkongreß 1907 - 1918: Die Revolution in Deutschland - Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet - Über die USPD zu einer revolutionären Partei - Generalstreik und Aufstand gegen den Kapp-Putsch - 1923: Die KPD verpasst die Chance zur Revolution - Das Kapital bringt Hitler an die Macht - Kampflose Kapitulation der Arbeiterführer 1933 - ADGB: Kompromissbereit bis zur Selbstaufgabe - Der 2. Weltkrieg: Sterben für die Profitlogik - Der Generalstreik 1948 - 1966: Große Koalition gegen die Arbeiter - DDR 1989-90: Revolution und Konterevolution 4,50
- Geschichte des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI, CWI)**, im Anhang: VORAN und SAV - Geschichte der deutschen Sektion des KAI, Geschichte des Trotzkiismus in Deutschland, Trotzki: Stalinismus und Bolschewismus 4,50
- Che Guevaras Vermächtnis**, zum 30. Todestag des Revolutionärs 2,50
- Einführung in den Marxismus**, Einführende Texte zu Dialektischer Materialismus, Historischer Materialismus und Staatstheorie, sowie Kurztexzte: Thalheimer: Einführung in den Dialektischen Materialismus, Mandel: Die materialistische Dialektik, Marx: Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie, Engels: Theoretisches zum Sozialismus, Lenin: Die ökonomische Lehre von Karl Marx 4,00
- Frankreich 1968**, Clare Doyle, Über die StudentInnenrevolte, den Generalstreik und die Revolution 1968 10,00
- Internationalismus gegen Imperialismus**, Die deutsche Wiederbewaffnung aus der Sicht britischer SozialistInnen 2,50
- Ergebnisse und Perspektiven**, Leo Trotzki 5,50
- Klasse, Partei, Führung**, Leo Trotzki 1,00
- Krieg & Frieden – der marxistische Standpunkt**, Artikel-Sammlung, erschienen 1991 2,00
- Krieg & Revolution im arabischen Raum**, Artikel-Sammlung, erschienen 1991 2,50
- Die Französische Revolution 1789** 1,50
- 1918: Räte in Deutschland**, Richard Müller, Die Entstehung des Rätegedankens - Demokratie oder Rätssystem - Sozialisierung und Rätssystem 2,00
- Lenins Kampf gegen Stalinismus**, Letzte Briefe und Aufzeichnungen 3,00
- Bericht über die Militant-Tendenz**, David Cameron 3,50

Bestellungen bitte an:

info@sav-online.de oder Tel. (030) 24 72 38 02 oder Fax (030) 24 72 38 04

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, die innerhalb von 14 Tagen zu bezahlen ist. Die Versandkosten betragen abhängig von der Größe der Bestellung zwischen 1,50 und 10 DM.

Abonniert die VORAN!

VORAN ist die Monatszeitung der Sozialistischen Alternative – SAV. Wir bringen jeden Monat Berichte, Kommentare und Analysen, die sonst in keiner Zeitung erscheinen. In der VORAN schreiben regelmäßig Gewerkschaftsmitglieder und SozialistInnen aus aller Welt über die aktuellen Entwicklungen und Bewegungen in ihren Ländern.

Wenn Du über die Entwicklung in der Gewerkschaftslinken informiert werden möchtest, die Wahrheit über die rot-grüne Bundesregierung erfahren und über die Aktivitäten der SAV lesen willst, dann abonniere die VORAN.

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo für eine monatliche Spende von m 10 DM m 20 DM m ____ DM
- zusätzlich ____ Exemplare zum Weiterverkaufen (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name Telefon/Email (für eventuelle Rückfragen)

Strasse, Hausnummer Postleitzahl, Ort

- Geschenk-Abo** befristet (10 Ausgaben zu 25 DM) unbefristet
Das Abo bitte an folgende Adresse liefern:

Name

Strasse, Hausnummer Postleitzahl, Ort

| Ich ermächtige die Sozialistische Alternative e.V. – jederzeit widerruflich –

| 25 DM für 10 Ausgaben

| ____ DM für ein Förderabo (monatlich vierteljährlich)

| von meinem Girokonto mittels Lastschrift einzuziehen

Name der Bank

Bankleitzahl Kontonummer

Name des/der KontoinhaberIn

Datum, Unterschrift

Oder überweisen an: VORAN, Kontonummer 2500 59 - 430 bei der Postbank Essen, BLZ 360 100 43, Stichwort: „ABO + Name & Adresse“

**Bitte einsenden an: SAV, Zeitungsversand, Littenstr. 106/107,
10179 Berlin oder Fax: 030 / 24 72 38 04**

Preis: 6,50 DM